

Nr. **3/4** Dez. 93

**ARBEITSLOSIGKEIT - DIE MITVERANTWORTUNG
DES VERBRAUCHERS - BERICHTE UND
NOTIZEN**

**- TERMINE - AUFRUF ZUM KOSTENAUSGLEICH -
SEMINAR DER INITIATIVE NETZWERK**

Inhalt

Editorial	S. 1
Notiert	S. 3
Arbeitslosigkeit	S. 4
Die Mitverantwortung des Verbrauchers	S. 11
Notizen und Berichte	S. 21
Bekanntmachungen und Termine	S. 28
Finanzierung der Initiative "Netzwerk"	S. 32
Netzwerk-Seminar	S. 34

Impressum:

Rundbrief *Dreigliederung des sozialen Organismus*. Herausgegeben von der Initiative "Netzwerk Dreigliederung". Redaktion: Dr. Christoph Strawe. Verwaltung: Marita Holst. Adresse: Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Tel.: 0711-2368950, Fax: 0711-2360218. Es erscheinen in der Regel 4 Hefte pro Jahr. Versand (Abo) gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr DM 30,-). Zahlungen bitte durch Geldschein, Scheck oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 60050101. Bitte jeweils das Stichwort "Rundbrief" angeben. Bei Beiträgen zum Kostenausgleich der Initiative "Netzwerk Dreigliederung" werden, soweit keine gesonderte Überweisung für den Rundbrief erfolgt, DM 30,- auf den Rundbrief angerechnet.

Editorial

Impulse der praktischen Zusammenarbeit für die zeitnotwendige Dreigliederung des sozialen Organismus, Förderung von Erfahrungsaustausch, gegenseitiger Wahrnehmung und notwendigem Gespräch auf diesem Feld, - das sind Ziele, für die die Initiative "Netzwerk" ins Leben gerufen wurde.

Durch diese Initiative soll die für die Entwicklung eines immer breiter und dichter geknüpften "Netzwerks Dreigliederung" notwendige Vermittlungsarbeit geleistet und an den hierfür erforderlichen Organisations- und Informationsstrukturen gearbeitet werden.

Manches ist dafür bisher geleistet worden, doch noch weit mehr bleibt zu tun. Noch immer stecken wir ganz in den Anfängen, wenn es darum geht, den Arbeitsansatz der Dreigliederung in einer breiten Öffentlichkeit zur Geltung zu bringen und damit für das Ringen um die Lösung der sozialen Probleme unserer Zeit fruchtbar zu machen.

Unabdingbare Voraussetzung hierfür ist die intensive Beschäftigung mit den brennenden Zeitfragen. Die verschiedenen Treffen, die in den letzten Jahren stattfanden, haben hierzu wichtige Beiträge erbracht: Beispielsweise die Asylfrage, ökologische Probleme, die Krise des Sozialstaats und die Arbeitslosigkeit wurden dabei behandelt. Das letztere Thema bildet neben der Verbraucherfrage auch den Schwerpunkt dieses Heftes.

Ein hervorragendes Beispiel für das öffentliche Wirken ist die problemorientierte und offene Herangehensweise der Initiative "Schweiz im Gespräch", über die wir auch in dieser Nummer wieder berichten können. Erfreulich sind auch solche Aktivitäten wie die öffentlichen Veranstaltungen des "Arbeitskreises soziale Dreigliederung im Ruhrgebiet", über die wir ebenfalls berichten. In dem Maße, in dem sich solche Initiativen entwickeln, wird auch der Bedarf an Erfahrungsaustausch, Unterstützung und effektiven Zusammenarbeitsformen wachsen.

Das "Netzwerk" ist ganz bewußt nicht als vereinsmäßiger Zusammenschluß gebildet worden. Aktivitäten werden immer von den sie unmittelbar tragenden Menschen und Gruppierungen verantwortet. Zum "Netzwerk" gehört man nicht als "Vereinsmitglied", sondern durch den finanziellen oder sonstigen materiellen Beitrag zur Ermöglichung der Arbeit ("Trägerkreis"), durch die Beteiligung am "Informationsnetz" (Rundbrief-Abo, eigene Informationsbeiträge), durch Teilnahme an Treffen und Seminaren der Initiative und schließlich durch eigene Initiativen, die im Bewußtsein des gemeinsamen Zusammenhanges "Netzwerk" ergriffen werden.

Die Weiterentwicklung der Initiative "Netzwerk" ist nicht zuletzt auch eine Finanzfrage: Deshalb möchten wir den Aufruf zum Kostenausgleich 1994 in diesem Heft Ihrer besonderen Aufmerksamkeit empfehlen. Allen, die im Jahr 1993 zum Kostenausgleich beigetragen haben, möchten wir an dieser Stelle herzlich danken. Die Unterstützung durch Freunde, denen die Dreigliederung des sozialen Organismus ein Herzensanliegen ist, ist die Grundvoraussetzung für die weitere Arbeit.

Der Rundbrief ist diesmal weit umfangreicher als gewohnt, dafür erscheint aber auch in diesem Jahr nur noch diese eine Doppelnummer. Auch das hängt mit der finanziellen Situation zusammen, die in dem Aufruf zum Kostenausgleich im einzelnen dargestellt wird.

Notiert

Juni - Juli

Der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe stellt fest, daß die Privatkassen auch alternativmedizinische und anthroposophische Therapien finanzieren müssen. Die sog. Wissenschaftlichkeitsklausel (nur "allgemein wissenschaftlich Anerkanntes" wird bezahlt), wird für ungültig erklärt.

Pannen bei der Terroristenfestnahme von Bad Kleinen. Innenminister Seitz tritt zurück, neuer Innenminister wird der Fraktionsvorsitzende der Hessischen CDU, Kanther.

Die Diskussion um den Somalia-Einsatz der Bundeswehr hält an.

Ungeachtet der Genfer Verhandlungen über Bosnien geht das Morden im ehemaligen Jugoslawien weiter.

In Japan wird die Alleinherrschaft der LDP beendet, eine neue Koalition übernimmt die Regierung.

Bangladesh wird von einer schweren Flutkatastrophe heimgesucht.

August - September

Großbritannien ratifiziert den Vertrag von Maastricht.

Protest ostdeutscher Kali-Kumpel gegen geplante Betriebsstillegungen.

Prinz Albert wird Nachfolger des verstorbenen belgischen Königs Baudouin.

Im Skandal um den zu VW gewechselten Manager Lopez werden neue Vorwürfe erhoben.

Israel und die PLO schließen ein Abkommen über eine palästinensische Teilautonomie für den Gaza-Streifen und Jericho.

Die Bundesregierung legt ihren Bericht zum Standort Deutschland vor.

Bewaffnete Kräfte erzwingen die Lostrennung Abchasiens von Georgien. Der gestürzte Präsident Swiad Gamsachurdia versucht vergeblich, mit militärischen Mitteln die Macht in Georgien zurückzuerobern.

Krise des "dualen Systems", es droht die Zahlungsunfähigkeit.

Die Metallarbeitgeber kündigen die Tarifverträge.

In Moskau setzt sich Boris Jelzin in blutigen Auseinandersetzungen gegen die um Parlamentspräsident Chasbulatow und Vizepräsident Ruzkoï gescharten Putschisten durch. Ausschlaggebend für den Ausgang ist die loyale Haltung der Armee zu Jelzin.

Oktober/November

Das Bundesverfassungsgericht läßt den Vertrag von Maastricht passieren. Allerdings wird der Interpretationsspielraum in bezug auf den Vertrag definiert: er sei prinzipiell kündbar, Deutschland bleibe Nationalstaat, der Wählereinfluß müsse erhalten bleiben, es dürfe keine Automatik in der Herstellung der Währungsunion geben. Das BVG behält sich das Recht vor, europäisches Recht auf seine Vereinbarkeit mit dem Grundge-

setz der BRD zu überprüfen. Die EG ist nach Auffassung des BVG kein Staat.

Das Defizit der Bundesanstalt für Arbeit im Jahr 1993 wird auf DM 24,7 Mrd. DM beziffert. Das Defizit muß durch Bundeszuschüsse ausgeglichen werden.

Die Bundesregierung kündigt eine Kürzung der Ausgaben für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen um ca. 334-449 Mio DM an.

Die Auseinandersetzung um Kosten und Durchführung des Berlin-Beschlusses des Deutschen Bundestags hält an.

Bei den Beratungen der durch den Einigungsvertrag erforderlich gewordenen gemeinsamen Verfassungskommission von Bund und Ländern fand die von vielen Bürgern erhoffte Aufnahme direktdemokratischer Elemente in das Grundgesetz keine Mehrheit. Dagegen soll immerhin der Umweltschutz in die Staatszielbestimmungen des Grundgesetzes aufgenommen werden.

Die Bundesbank senkt die Leitzinsen.

Anfang 1995 wird der Bund die restlichen Treuhandbetriebe übernehmen. Gerechnet wird mit 100 Betrieben, bei denen evtl. an eine Zusammenfassung in branchenorientierten Führungsholdings gedacht wird. Dazu kommen 3000, meist kleinere, noch in Abwicklung befindliche Unternehmen.

Präsident Jelzin verkündet die Privatisierung des Bodens in Rußland. Das Eigentum an Boden schließt die freie Verkäuflichkeit ein.

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Jagoda, rechnet für 1994 mit 3,75 Mio Arbeitslosen - 2,6 Mio in den alten und 1,15 Mio in den neuen Bundesländern.

Skandal um Aids-verseuchtes Blutplasma.

Der VW-Vorstand beschließt, um Massenentlassungen zu vermeiden, die 4-Tage Woche einzuführen. Die IG Metall lobt die Herangehensweise von VW, will aber nur bei einem Lohnausgleich zustimmen.

In den USA wird zum ersten Mal ein menschlicher Embryo geklont, d.h. ein künstlicher eineiiger Zwillingsembryo gentechnisch hergestellt.

Ein Vorstoß aus der CDU/SPD-Koalition in Baden-Württemberg, die Lehrer künftig nicht mehr als Beamte, sondern als Angestellte zu beschäftigen, stößt auf Skepsis bei Kultusministerin Schulze-Hector und auf entschiedene Ablehnung beim Beamtenbund.

Die Bundesregierung will, daß Sozialhilfeempfänger künftig zu sozialen Arbeiten zwangsweise verpflichtet werden können.

Der Vertrag in Maastricht tritt in Kraft.

Als Sitz der geplanten europäischen Zentralbank wird Frankfurt bestimmt.

VW und Gewerkschaft einigen sich über die Einführung der Viertage-Woche bei Einkommenseinbußen zwischen - je nach Berechnungsart - 10 und 20%.

Steffen Heitmann zieht seine Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten zurück.

Skandal um überhöhte Gehälter der Regierungsmitglieder von Sachsen-Anhalt. Rücktritt der Regierung und Diskussion über Neuwahlen.

Arbeitslosigkeit - vorübergehende Erscheinung oder Aufforderung zum Umdenken?

Zu diesem Thema fand am 17. Oktober in Frankfurt ein Treffen der Initiative "Netzwerk Dreigliederung" statt. Die einführenden Referate hielten Prof. Dr. Harald Spehl, Udo Herrmannstorfer und Dr. Christoph Strawe. Im folgenden wird der Versuch gemacht, im freien Anschluß an die Referate und die Aussprache, Grundgedanken darzustellen, die bei dem Treffen zum Tragen kamen.

Die Entwicklung von Arbeitslosigkeit und Einkommenssituation in Europa und in der Welt

Hierzu referierte Prof. Dr. Harald Spehl (Trier).

Arbeitslosigkeit: Die Zahlen der offiziellen Arbeitslosenstatistik sind richtig und falsch zugleich. Denn nur ein Teil der Menschen, die ohne Arbeit sind, taucht in dieser Statistik auf. Nur ein Teil der Arbeitslosigkeit wird überhaupt öffentlich "verwaltet".

Wenn beispielsweise von 1,2 Millionen Arbeitslosen im Osten Deutschlands gesprochen wird, so verschleiert allein die hierbei nicht berücksichtigte Zahl der Kurzarbeiter ohne Perspektive auf längerfristige Weiterbeschäftigung die in Wirklichkeit viel massivere Zunahme der Erwerbslosigkeit. Auch die vielfach praktizierte Frühberentung - bereits 40jährige gelten als "schwer vermittelbar" - ist in Wirklichkeit eine Umbuchung von Arbeitslosen ins System der Alterssicherung. Hinzu kommen all die Menschen, die in Arbeitsförderungsmaßnahmen eingebunden sind. Eine andere Methode zur Schönung der Arbeitslosenstatistik besteht in der Demotivierung. Als arbeitslos wird nur geführt, wer uneingeschränkt dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. Viele Menschen in den neuen Bundesländern - besonders Frauen - haben aber inzwischen resigniert und tauchen daher nur noch in der Sozialhilfestatistik auf. Eine wesentliche Rolle dabei spielt auch die Tatsache, daß den Bemühungen, die ehemaligen DDR-Betriebe konkurrenzfähig zu machen, bisher vorhandene Einrichtungen zum Opfer gefallen sind, die Frauen die Berufstätigkeit ermöglichten, wie z.B. Betriebskindergärten. Wissenschaftliche Institute sprechen davon, daß in Deutschland in Wahrheit 5 Millionen Arbeitsplätze fehlen. Nur 3 von 10 Arbeitslosen finden im ersten Jahr wieder Arbeit. Charakteristisch ist ein hoher Sockel von Dauerarbeitslosigkeit.

Blickt man auf die europäische Situation, ergibt sich ein nicht weniger düsteres Bild, wobei zu berücksichtigen ist, daß brauchbare Statistiken nur über EG-Europa vorhanden sind. In der EG gibt es derzeit 10,4% Arbeitslose (Spanien 21,8%, Niederlande 6,9%, Belgien 9,5%).¹ Für 1993 bis 1996 werden in der EG ca. 11% Arbeitslose erwartet, die OECD spricht sogar von 12%. Europa - einst Flaggschiff der Vollbeschäftigung - ist zum Sorgenkind geworden.

Die offizielle Arbeitslosenzahl für Japan beträgt 2,5%, für die USA 6,7%. Mit Recht stellt aber die "Frankfurter Rundschau" vom 11.10.93 fest: "Japan vertuscht seine Arbeitslosigkeit." In Japan zerfällt die Arbeiterschaft in die Schicht der - relativ privilegierten - Festangestellten und die der Teilzeitarbeiter. Arbeitslose Teilzeitarbeiter werden in der Statistik gar nicht geführt. Traditionell gilt es in japanischen Konzernen als ethisch problematisch, Festangestellte zu entlassen. In der jetzigen Krise kommt man um Personalabbau nicht mehr herum; um das Gesicht nicht zu verlieren, kaschiert man diesen Abbau durch Ruhestandsregelungen mit Abfindungen, von denen vielfach schon Vierzigjährige betroffen sind. In Wirklichkeit dürfte die Arbeitslosigkeit 6 - 7% betragen.

Auf einer Konferenz im Rahmen des "International Labour Office" (ILO) in Genf wurde eine weltweite Konvention über die Arbeitslosenstatistik vereinbart, demnach als arbeitslos zu gelten hat, wer älter als 14 Jahre ist, sich nicht in der Ausbildung befindet, ohne Arbeit ist, zugleich aktiv nach Arbeit sucht und dem Arbeitsmarkt unmittelbar zur Verfügung steht. Die Arbeitslosenquote wird ermittelt, indem die Gesamtzahl der Erwerbsfähigen (abzüglich der Soldaten) durch die Zahl der Arbeitslosen dividiert wird (die also erst einmal bei den Erwerbsfähigen mitgezählt werden!).

Die weltweite Arbeitslosenstatistik folgt europäischen Mustern. Dabei werden noch existierende Selbstversorgungsstrukturen und Formen familiärer Solidarität nicht berücksichtigt, was zu falschen Schlußfolgerungen führen kann. Man müßte eine Zahl wie die von 49% Arbeitslosen in Ozeanien erst einmal im Hinblick auf die tatsächliche Lebenssituation der Menschen interpretieren, damit sie wirklich aussagekräftig wird. Für manche Länder geben die Statistiken absolute Zahlen, jedoch keine Prozentzahlen an, für Indien 1991 beispielsweise 36,3 Mio.

Zur Einkommenssituation

Innerhalb der Kategorie der Beschäftigten ist weltweit eine Spreizung der Lohnskala zu konstatieren. 10% der Bevölkerung erhalten zwischen 40 und 80% der Einkommen, während immer größere Bevölkerungsgruppen unter der Armutsgrenze leben. Jeder weiß im Grunde, daß die Sozialsysteme so nicht länger finanzierbar sind. Im Gegensatz zu vielen armen Ländern hatten wir es im Westen in den vergangenen Jahren immer noch mit einem leichten Anstieg der Einkom-

¹ "Trierer Volkszeitung" vom 12.10.93.

men zu tun. Inzwischen sind aber auch hier die Nullrunden in Mode gekommen, viele müssen Einkommenseinbußen fürchten.

Einkommensziffern sind nun allerdings noch problematischer als Arbeitslosigkeitsziffern. Die Zahlen täuschen darüber hinweg, daß wir über die tatsächlichen Lebensverhältnisse viel weniger wissen. In der Einkommensstatistik nimmt man das Bruttosozialprodukt und teilt es durch die Bevölkerungszahl. Einmal gibt es da das alte Problem, das in der Rede von der Lüge, der gemeinen Lüge und der Statistik ins Visier genommen wird: Wenn ich jeden Tag ein Hähnchen esse und mein Nachbar keines, so haben wir doch statistisch betrachtet pro Tag jeder ein halbes Hähnchen gegessen. Ganz generell ist das Bruttosozialprodukt ein problematischer Indikator für Wohlfahrt. Wie auf der Basis der oben genannten Rechnung die Einkommenssituation etwa in Ghana mit der hiesigen verglichen werden soll, ist ein Rätsel.

In der internationalen Statistik reicht die Skala von "Ländern mit niedrigem Einkommen" wie Mozambique, China und Indien (80 \$, 300 \$, 350\$ pro Kopf) über "Länder mit mittlerem Einkommen" (Syrien 100 \$, Bolivien 630 \$, Iran 2490 \$) bis zu Ländern der oberen Kategorie (wie Saudi-Arabien mit 7050 \$ pro Kopf), und schließlich zu den "Ländern mit hohem Einkommen". Hierzu gehören z.B. Irland mit 9500 \$, Australien mit 17.000 \$, Kanada mit 20.470 \$, die USA mit 21.790, Deutschland (West) mit 22.320 \$ und die Schweiz mit 32.688 \$. Das reichste Land ist vermutlich Kuwait, über das aber keine aktuellen Zahlen vorliegen.

Auch im internationalen Vergleich geht die Tendenz in Richtung weiterer Spreizung der Einkommen zwischen den armen und den reichen Ländern. Diese Situation kann so nicht bestehen bleiben. Genauso wenig erscheint eine Lösung auf der Basis einer Angleichung an den Standard der reichsten Länder möglich. Die Verallgemeinerung von deren Lebensstil würde zum unverzüglichen ökologischen Kollaps führen.

Auf der Suche nach Lösungen...

Viele Arbeitgeber argumentieren, man müsse den Arbeitsmarkt "deregulieren" und dadurch wieder voll funktionsfähig machen - was im Klartext darauf hinausläuft, die Arbeitskraft noch konsequenter als Ware zu sehen und zu behandeln. Arbeitszeitverkürzungen seien rückgängig zu machen, die Sozialleistungen ("Hängematten") drastisch zu kürzen, Kündigungen zu erleichtern. All dies steigere die Arbeitsmotivation.

Die Gewerkschaften argumentieren genau entgegengesetzt: Nicht die Arbeitslosigkeit sei zu bezahlen, sondern Qualifizierung. Der Kündigungsschutz sei zu verstärken, ein Beschäftigungspakt sei erforderlich. Der Staat müsse verstärkt arbeitsfördernde Maßnahmen ergreifen und die Arbeitgeber notfalls zwingen, aus "Unterlassern" wieder zu "Unternehmern" zu werden.

In der öffentlichen Debatte wird verstärkt der Ruf nach einer Arbeitspflicht laut. So betreibt man z.B. in Leipzig das Heranziehen von Sozialhilfeempfängern zu gemeinnützigen Arbeiten.² In einem Papier "Arbeit für

Leipzig" wurde ein Katalog von 5000 Arbeitsgelegenheiten vorgestellt und vorgeschlagen, ein Leistungsamt zu schaffen. Bei Ablehnung der zugewiesenen Arbeit soll es keine Sozialhilfe mehr geben. Bei einem Testlauf meldeten sich von 5000 Angeschriebenen allerdings nur 12. So prekär die Lage der Kommunen auch ist, die jetzt durch das Bonner Sparpaket mit zusätzlichen Belastungen in Höhe von 1 bis 1,5 Mrd. DM rechnen müssen, so problematisch ist die oben genannte, an den "Reichsarbeitsdienst" gemahnende "Lösung", die nach dem Willen der Bundesregierung Schule machen soll.

Der Referent zitierte aus einem Buch von Wolfgang Kaschuba ("Entstaatlichung") Passagen über die Verstaatlichung der Wohlfahrtspflege in Württemberg, wo im Jahre 1817 per Gesetz dekretiert wurde, Armut dürfe nicht länger den Reiz der Bequemlichkeit haben. Die bisherigen Formen der Mildtätigkeit wurden untersagt, in jedem Kreis Arbeitshäuser eingerichtet. "Industriösität" war das erklärte Ziel, die Armen wurden als arbeitsscheue und alkohol süchtige "Asoten" gebrandmarkt, mußten ein Armenabzeichen tragen, erhielten Bettel- und Heiratsverbot. Diese Verhältnisse führten übrigens auch dazu, daß sich Denunzianten fanden, die die Nachbarn als arbeitsscheue Elemente anschwärzten.

Es muß möglichst alles getan werden, daß eine Entwicklung in ähnlicher Richtung heute verhindert wird. Aber erneute Staatseingriffe sind nicht die Lösung. Auch der neue Wachstumsfetischismus führt in die Irre, der heute offiziellerseits gepflegt wird und ökologische Gesichtspunkte an den Rand drängt - auch solche, zu denen sich die Regierenden in Rio feierlich bekannt haben. Wachstum ist nur so lange sinnvoll, wie es wirklich wachsenden Bedarf gibt. Lösungen für das Problem der Arbeitslosigkeit müssen davon ausgehen, daß vielfach Grenzen des Wachstums erreicht sind.

Arbeitsmotivation, Arbeitsverteilung, Arbeitszeitverkürzung

Über dieses Thema referierte Udo Herrmannstorfer.

Viele Menschen befinden sich heute in einer Situation innerer Perspektivlosigkeit, die auch zu einem Mangel an Arbeitsmotivation führt. In der gegenwärtigen Debatte spielt das Argument des Mißbrauchs von Sozialleistungen eine große Rolle; die Situation der Arbeitslosen sei mit einer Art "Hängematten" zu vergleichen. Ganz abgesehen davon, daß bei durchschnittlich 1.600,- DM Unterstützung für einen Arbeitslosen in der BRD eher von einem Nagelbett zu sprechen wäre als von einer Hängematten: die Mißbrauchssituation ist keine Erscheinung, die auf den Bereich der Arbeitslosen beschränkt wäre, sondern ist ein generelles, mit der inneren Perspektivlosigkeit zusammenhängendes Problem. Steuer- und Subventionsbetrug ist in diesem Zusammenhang eine noch weit gravierendere Frage.

Wir stehen gegenwärtig in der Gefahr, mit einem hypertrophen Sozialstaat das Soziale gleich mit zu eliminieren, statt den sozialen Schutz sinnvoller zu gestalten. So stehen denn die Gewerkschaften mit dem Rücken zur Wand. Es ist durchaus eine offene Frage,

² Vgl. Frankfurter Rundschau vom 16.10. 93 ("Sozialhilfeempfänger sollen für Bonner Kürzungspläne büßen").

ob wir in 10 Jahren überhaupt noch relevante Gewerkschaften haben werden. Die soziale Frage, die am Ausgang dieses Jahrhunderts aufkam, steht gegen Ende des Jahrhunderts in neuer Form wieder zur Debatte.

Wir haben es am Ausgangspunkt der "sozialen Frage" zu tun mit einer Situation sozialer und geistiger Hüllenlosigkeit. Denn die alten Strukturen der Solidarität in gewachsenen kleinen Gemeinschaften mit starken Elementen der Selbstversorgung sind zerstört. In einer auf Erwerbsarbeit gegründeten Gesellschaft bedeuten Krankheit, Invalidität und Arbeitslosigkeit mit dem Einkommensverlust die Zerstörung der Existenz.

Auf diese Situation gab es in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts zwei Antworten: diejenige Bismarcks und die der Sozialdemokratie. Beide Antworten haben, wie sich heute zeigt, höchstens ein Stück weit getragen. Letztlich sind diese Fragen nur in einer neuen dreigliedrigen Sozialordnung lösbar, in der das Wirtschaftsleben auf assoziativer Basis geordnet ist. Doch kommt es darauf an, Schritte auf dem Weg zu einer solchen Ordnung anzugeben, die heute gegangen werden können. Es geht nicht um Betrachtungen vom Typ "Was wäre, wenn wir eine assoziative Wirtschaft hätten", sondern um praktikable Lösungen, die am Bestehenden anknüpfen.

Arbeitslosigkeit und Produktivitätsfortschritt - "Vollbeschäftigung" ist keine Lösung

Gerade sozial engagierte Leute wollen alle in Beschäftigung bringen. So z.B. spricht die SPD davon, daß es allein darauf ankomme, die Arbeit intelligenter und gerechter zu verteilen.

Man kann sich fragen, was geschähe, wenn die Arbeitslosen nichts kosten würden. Würde dann überhaupt jemand die Forderung nach Vollbeschäftigung erheben? - Vermutlich würde man dann das Problem viel lockerer anschauen. Denn von einem Versorgungsmangel kann ja generell keine Rede sein, höchstens davon, daß es einzelne notwendige Arbeiten gibt, die nicht bezahlt werden können. Die Kostenfrage der Arbeitslosigkeit wird dagegen immer dramatischer. Besonders heftig wird dieses Problem in Ländern erlebt, die bisher nicht voll betroffen waren. In der Schweiz etwa stieg die Arbeitslosigkeit von 0,6% (1990) auf 3,0 % (1992), inzwischen liegt sie bei 5%. In derselben Zeit ging allerdings das Bruttosozialprodukt nur minimal zurück.

Das verweist auf die Hauptursache der Arbeitslosigkeit: Die Steigerung der Produktivität. Und diese Steigerung ist an sich ja wünschenswert! Denn Produktivitätssteigerung führt nicht zu Mangel, sondern bedeutet, daß die gleiche Produktion mit weniger Menschen realisiert wird. Eine 20%ige Steigerung der Produktivität bedeutet: Wo bisher 100 Menschen arbeiten mußten, sind nur noch 80 Menschen erforderlich. Insofern bleibt auch das bisherige Einkommensvolumen erhalten! Solange die Wirtschaft im selben Maß wächst wie der Produktivitätsfortschritt, entsteht hier kein Problem. Die 20 an einer Stelle überflüssig gewordenen Menschen werden durch neue Produktionsaufgaben aufgesaugt, für die sie wiederum ein Einkommen erzielen. Der Wohlstand wächst um die besagten 20%. Auf

diese Weise würde die Wohlstandsentwicklung sich in einem selbsttragenden Prozeß immer weiter steigern. In Zeiten, wo dies der Fall ist, kann man sich ohne Schaden für den sozialen Organismus betriebswirtschaftlich verhalten. Denn die Verbesserung der Situation der 80 bzw. des Betriebes, in dem sie arbeiten, ist nicht mit einem Verlust für die 20 verbunden.

Was aber da, wo die freigesetzten Menschen vom sozialen Prozeß nicht wieder aufgesaugt werden? Für den einzelnen Betrieb ergibt sich eine Einsparung. Diese ist aber nur eine scheinbare, denn die 20% müssen nach wie vor erhalten werden. Betriebswirtschaftliches und gesamtwirtschaftliches Denken klaffen jetzt auseinander. Was im einzelnen Betrieb als Gewinn erscheint, muß doch wieder von der Allgemeinheit getragen werden.

Wir müssen an dieser Stelle heute lernen, daß es ein Elementarrecht auf Erhaltung des einzelnen gibt. Wenn wir immer noch meinen, locker über Menschen disponieren und Arbeitslosigkeit zum individuellen Problem erklären zu können, dann vergessen wir die Verhältnisse, die sich entwickelt haben. Wenn wir Arbeitslosen empfehlen, sich bitte schön zu sputen und wenn möglich doch einfach selbständig zu machen, dann mag dies für einzelne ja durchaus eine Lösung sein. Aufs Ganze gesehen wird dadurch aber kein neuer Bedarf geschaffen. So gerät das Argument zum Zynismus. Wenn alle Arbeitslosen sich als Selbständige im Handwerk oder anderswo tummeln, entstünde ja - bei gleichbleibender oder nicht im gleichen Verhältnis steigender "Auftragsmasse" - nur ein mörderischer Verdrängungswettbewerb.

Unsere Wirtschaft ist immer mehr arbeitsteilig geworden, Arbeitsteilung aber erzeugt Abhängigkeit. Der einzelne wird durch sie immer mehr abhängig von der Gemeinschaft. Das Argument, die Arbeitslosen seien selber schuld, geht an der Sache vorbei. Wir dürfen die Arbeitslosen nicht zu Menschen zweiter Klasse machen. Und wenn schon die Rede von Selbständigkeit ist, dann wäre eher über eine selbständigere Stellung der Mitarbeiter im Unternehmen zu reden: wenn wir 80% der Menschen heute ganz offiziell als "unselbständig erwerbend" bezeichnen, dann drücken wir damit im Grunde aus, wie weit wir auch in der Demokratie noch von der Anerkennung der Mündigkeit des einzelnen auch im Wirtschaftsleben entfernt sind.

Wenn man heute Unternehmer hört, so argumentieren sie oft - und auch nicht ohne Berechtigung - mit dem gestiegenen Kosten- und Konkurrenzdruck. Da man weder bei den Zinsen und Abschreibungen noch bei den Fremdleistungen Einsparungen vornehmen könne, müsse man die Lohnquote senken. Wie soll aber sozialer Friede entstehen, wenn der Mitarbeiter im Denken und Handeln immer nur als Kostenstelle vorkommt? Der Mensch muß im Wirtschaftsleben Zielgröße, nicht Kostengröße sein. Natürlich ist nur das Geleistete verteilbar, aber die Art des Herangehens, ob wir Einkommen als Anteil am Ertrag des gemeinsam Geleisteten sehen oder ertragsmindernd als Kostenfaktoren bewerten, prägt die sozialen Empfindungen in negativer Weise.

Was das Problem der Vollbeschäftigung angeht, so müssen wir klar sehen, daß nach der Rationalisierungswelle in der Industrie jetzt auch im Dienstleistungssektor ein Rationalisierungsschub eingesetzt hat. Man denke nur an den Einsatz von Computern im Zahlungsverkehr, in der Touristikbranche und in anderen Bereichen. Das Warten auf einen neuen Wachstumssektor ist vergeblich. Auch wenn neue Produktionen und Dienstleistungsangebote entstehen werden, eine Entwicklung analog des explosiven Wachstums des Dienstleistungssektors, die weitgehend die Rationalisierung in der Industrie auffing, ist nicht zu erwarten.

Das Wachstum ist an seine Grenzen gekommen, und es findet im Grunde ein Zurückdrängungsvorgang statt. Man kann das vorliegende Problem an der organischen Entwicklung des Menschen studieren: Der Mensch braucht Perioden des Wachstums, um sich zu entwickeln. Bei 2m wird Wachstum pathologisch. Denn ab einem bestimmten Alter muß das äußere Wachstum zur Grundlage innerer geistiger Entwicklung des Menschen werden. Die Wachstumskräfte müssen sich metamorphosieren.

So ist auch das Wachstum der wirtschaftlichen Produktivität potentielle Grundlage von Freiheit: Wenn man Arbeitszeiten von 60 Stunden und mehr am Jahrhundertanfang bedenkt, wird sehr deutlich, daß hier ein gewonnener Raum an freier Kraft und Zeit entstanden ist. Nicht die Freisetzung als solche, sondern unsere Art, mit ihr umzugehen, ist pathologisch. Es geht nicht um "Vollbeschäftigungsprogramme", nicht darum, daß jeder automatisch wieder in Arbeit kommt, sondern darum, wie mit den Freiräumen der Produktivität umzugehen ist. Qualitatives Wachstum im Sinne gesteigerter Lebensqualität wäre die Aufgabe.

Wir haben heute eine groteske Diskussion um die Verlängerung der Lebensarbeitszeit und die Verkürzung von Ausbildungszeiten. Man sieht das Loch in der Rentenkasse und fordert die Heraufsetzung des Rentenalters, man sieht die Löcher in der Finanzierung der Arbeitslosenversicherung und versucht, Arbeitslose durch Frühberentung aus dem Arbeitslosensystem "umzubuchen". Oft sind es dieselben Politiker, die bei jeweils passender Gelegenheit entweder das eine oder das andere fordern.

Man sollte lieber daran denken, Bildungszeiten und Freijahre einzuführen. Das moderne Berufsleben führt zu einem permanenten Umschulungsbedarf. Wer mit 15 oder 16 in den Beruf kommt und mit 65 in Rente geht, wird zwischendurch immer wieder umlernen, Neues lernen müssen. Wer sagt, die Arbeit werde gestört, wenn Mitarbeiter zu häufig zu Bildungszwecken abwesend sind, der möge das Schweizer Militärmilizsystem studieren, das bestens funktioniert und gerade darauf basiert, daß Mitarbeiter bis in die höchsten Etagen der Unternehmen wochenlang zu militärischen Übungen weg sind, ja das Regiment von ihrem Schreibtisch aus einberufen. Es ist das Ganze mehr eine Frage des Willens! Außerdem sollte im Unternehmen neben der Arbeitszeit "Sozialzeit" eingeräumt werden, Zeit, die der Verbesserung der Zusammenarbeit dient.

Die Verankerung des Rechts auf Arbeit in den Verfassungen kann nicht die Lösung sein: dieses Recht

etwa in der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen hat die Arbeitslosigkeit in diesem Land keineswegs vermindert. Das Recht auf Arbeit pflegt sich nur zu schnell in eine Arbeitspflicht zu verwandeln. Die Forderung danach liegt in der Luft. Natürlich gibt es Aufgaben, die angepackt werden müssen: nur, wie will man begründen, daß sich nur die Arbeitslosen um die Umwelt kümmern müssen?

Eine ökonomische Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit erfordert die Heranziehung aller Einkommensarten

Wir hatten gesehen, daß das Hauptmotiv für die Forderung nach Vollbeschäftigung die Kostenfrage der Arbeitslosigkeit ist. Wie soll damit umgegangen werden, "wer soll das bezahlen?"

Bei einer Produktivitätssteigerung von 20% bleibt das bisherige Volumen von 100% erhalten. Das Problem besteht nicht darin, daß die 20% nicht mehr da sind, sondern daß sie sich in Taschen befinden, wo sie nicht hingehören. Im Grunde handelt es sich um eine Umverteilung zugunsten der Einkommensbezieher und zuungunsten der Arbeitslosen.

Nun besteht das Konzept der Arbeitslosenversicherung darin, daß die Arbeitenden die Arbeitslosen mitversorgen. Darin aber steckt nun ein schwerwiegender Denkfehler: Denn die Einkommensbezieher sind ja in Wirklichkeit durchaus nicht nur die Lohnempfänger. Die Bodeneigentümer realisieren den Produktivitätsfortschritt über Mieten, Kapitalbesitzer über Zinsen und andere Erträge. Dem Geld dürfte es aber doch wohl nicht besser gehen als den Arbeitenden!

Ökonomisch ist die ungleiche Behandlung der verschiedenen Einkommensarten jedenfalls nicht begründbar. Im Gegenteil: die Vorstellung, daß immer weniger Arbeiter immer mehr Arbeitslose ernähren sollen, ist ökonomisch absurd (auch die Debatte um eine Maschinensteuer o.ä. ist ein Reflex auf diese Absurdität).

Deshalb macht es ökonomisch Sinn, für die Existenzsicherung der Arbeitslosen einen Teil der Zinserträge heranzuziehen, zumal Zinserträge, die ja auch im Inland versteuert werden müssen, in aller Regel Zusatzeinkünfte sind und eine geringe Reduzierung leicht verkraftbar ist.

Bei einem Zins von sagen wir 6% stellt 1% bereits einen erheblichen Beitrag zur Sicherung der Arbeitslosen dar. Man kann sich fragen, ob Unternehmenskapital wegen des Haftungsrisikos anders behandelt werden müßte. Aber die Dividende beispielsweise ist nur eine andere Form der Verzinsung, und auch Börsengewinne wären sinnvollerweise in die skizzierte Neuregelung einzubeziehen.

Die Frage, in welcher Form die Bodenrente herangezogen werden sollte, wird hier nicht diskutiert - denkbar sind verschiedene Optionen. Auch hier wäre der Beitrag erheblich.

Eine solche Solidarität aller Einkommensarten ist ökonomisch und sozial geboten. Wenn man bedenkt, daß das Vermögen der Bundesbürger an Spareinlagen, Wertpapieren, Lebensversicherungen etc. Ende 1992

3.356 Mrd. DM³ betrug, wird deutlich, in welchem Maße auf diese Weise die Situation entspannt werden könnte.

Preisdruck, Verbrauchssteuern

Voraussetzung für die oben aufgemachte Rechnung ist, daß die Preise gehalten werden können. Dies ist nun allerdings in der Realität häufig nicht der Fall. Denn ein Grund für Rationalisierungen ist natürlich häufig der Preisdruck durch die internationale Konkurrenz. Man bedenke nur, daß die Lohnkostendifferenz zwischen Tschechien und der BRD 1:10 beträgt. Das führt zu der Frage, wie man es schaffen kann, unter Wettbewerbsdruck die richtigen Preise permanent herzustellen. Denn volkswirtschaftlich betrachtet sind die Preise um den Prozentsatz zu niedrig, den der Aufwand für die Arbeitslosen kostet. Das geeignete Instrument, um die Preise auf das richtige Niveau zu heben, ist die Verbrauchssteuer (Umsatzsteuer in der BRD). Eine Verteuerung durch Verbrauchssteuern wirkt gleichmäßig und damit wettbewerbsneutral und ist mit keinerlei Preisreglementierung verbunden. Da die Differenz zwischen der Mehrwertsteuer im Inland und im Exportland an der Grenze zurückerstattet wird bzw. Importe mit der im Inland geltenden Mehrwertsteuer belastet werden, geht nach draußen der volle Wettbewerbsvorteil, während im inneren durch den Mehrwertsteuersatz eine Art sozialer Schutzraum - aus der Rechtssphäre heraus - gebildet wird.

Denkbar wäre es, zunächst einen zweckgebundenen Betrag von 1% zur Abgeltung der Arbeitslosigkeit auf die Mehrwertsteuer aufzusetzen. Für die von Verbrauchssteuern besonders betroffenen geringen Einkommensgruppen sollte ein Ausgleich durch einen entsprechenden Steuerfreibetrag geschaffen werden.

Die vorgeschlagene Regelung geht von dem Grundsatz aus, daß Produkte nicht billiger sein dürfen, als sie gesamtwirtschaftlich sind. Das ist ein ökonomischer, kein traditionell-moralischer Ansatz. Die Höhe - sowohl der zweckgebundenen Besteuerung der drei Einkommensarten wie des zweckgebundenen Mehrwertsteueranteils - müssen jedes Jahr der realen Entwicklung der Arbeitslosigkeit angepaßt werden. Auf diese Weise stehen die Einkommen der Arbeitslosen immer 100%ig zur Verfügung. Die Frage würde ganz anders stehen als heute. Es würde sich allein darum handeln, was mit diesen zur Verfügung stehenden Mitteln gemacht werden soll.

Selbstverständlich kann es nicht darum gehen, diese Mittel 100% dem Arbeitslosen direkt auszuzahlen. Der nicht ausgezahlte Teil dieser Mittel stünde dann für Arbeitsförderungs- und Bildungsmaßnahmen zur Verfügung. Und zwar sollte - um die Verantwortung und Motivation des einzelnen anzusprechen - der Differenzbetrag als zweckgebundenes Guthaben dem Arbeitslosen selber für die Finanzierung von Maßnahmen zu seiner Weiterqualifizierung zur Verfügung stehen.

Ausgangsgröße wäre wie heute das Arbeitseinkommen. In einer angemessenen langen Frist müßte sich die Summe bis auf das Niveau eines aus rechtlichen

Gesichtspunkten demokratisch festzusetzenden Grundeinkommens absenken.

Auf diese Weise wird nicht Vollbeschäftigung erreicht, doch wird der Arbeitslose aus der Situation eines passiven Almosenempfängers befreit und seine eigene Aktivität gefördert. Eine solche Herangehensweise wäre ein wichtiger Schritt auf dem Weg in eine assoziative Wirtschaft.

Einkommen und Einkommenssicherung

Die Ausführungen U. Herrmannstorfers über die Einkommensproblematik wurden ergänzt von C. Strawe, der u.a. das heute stark diskutierte Modell eines "Grundeinkommens" zum Thema machte.

Der Einkommensbegriff muß neu überdacht werden

Die gegenwärtigen sozialen Probleme führen unter anderem auch dazu, daß unser bisher gesellschaftlich praktizierter Umgang mit Arbeit und Einkommen zusehends fragwürdig wird. Themen wie 4-Tage-Woche bei Lohnverzicht sind plötzlich keine Tabus mehr. "Öffnungsklauseln", die größeren Freiraum zur Gestaltung der Einkommensverhältnisse aus der Situation eines einzelnen Betriebes heraus geben, sind im Gespräch. Innerhalb der Gewerkschaften wird die Frage laut, ob die bisher praktizierte Tarifpolitik noch trägt. Neben den Stimmen derer, die im Grunde nur durch Lohnverzicht alle Lasten den ohnehin geringer Verdienenden aufbürden wollen, gibt es auch die ernsthafte Frage nach neuen, ökonomisch tragfähigen *und* zugleich sozial gerechten Lösungen, bei denen auch die Einkommenssicherung der Arbeitslosen mitbedacht wird.

Bislang haben wir einen Einkommensbegriff gepflegt, der formalistisch den Verkäuflichkeitsgesichtspunkt in bezug auf Waren und Dienstleistungen auf die Arbeit übertragen hat. Es hat sich die Vorstellung gebildet, daß der Lohn eine Art Preis der Arbeitskraft sei. Wenn man von dieser Vorstellung ausgeht, ist es im Sinne ökonomischer Ertragsmaximierung konsequent, für möglichst wenig Arbeit möglichst viel Lohn herauszuschlagen zu wollen ("Arbeitnehmer"-Standpunkt) oder für möglichst viel Arbeit möglichst wenig zahlen zu wollen ("Arbeitgeber"-Standpunkt). Damit ist aber die Arbeit ihrer Würde als freie, in den Dienst des Mitmenschen gestellte individuell-menschliche Wesensbetätigung beraubt. So herrscht der Verteilungskonflikt um die besten Stücke des Kuchens statt die gemeinsame Suche nach gerechtem Ausgleich von Leistung und Gegenleistung. 1905/06 schrieb R. Steiner, Einrichtungen, die in dieser Weise auf dem Egoismus basierten, würden letztlich Elend und Not erzeugen, während das Heil in einer Trennung von Arbeit und Einkommen zu suchen sei.

Preis und Einkommen: Zur anthroposophischen Debatte über die Trennung von Arbeit und Einkommen

In der Literatur zu Fragen der Dreigliederung gibt es überaus kontroverse Positionen in bezug auf die Frage, was denn unter einer solchen Trennung von Arbeit und Einkommen zu verstehen sei. Im Extrem geht das von der Auffassung, es handele sich nur darum, daß unter

³ Aktuell. Harenberg Lexikon der Gegenwart 1994, S. 459.

den Bedingungen der Arbeitsteilung ein Einkommen eben nicht durch Selbstversorgung, sondern nur durch Tätigkeit für andere erzielbar sei, bis zu der These, die Einkommensfrage sei überhaupt keine ökonomische Frage, sondern völlig unabhängig von seiner Stellung im Leistungsprozeß stehe jedem Menschen ein Einkommen gemäß seinen "Bedürfnissen" zu.

Die erste Auffassung ignoriert, daß soziale Gerechtigkeit sich niemals "von selbst", etwa durch den Marktmechanismus herstellt. Die zweite These ignoriert, daß die faktische Realisierung der Gerechtigkeit eben doch eine ökonomische Frage ist, denn verteilbar ist nur der "Ertrag", die Gesamtheit der Früchte des Leistungsprozesses. So holt uns die Frage nach dem Zusammenhang von Ökonomie und Einkommen wieder ein.

Da die Früchte des Leistungsprozesses unter heutigen Bedingungen dem Austausch unterliegen, wird der Ertrag im einzelnen Unternehmen über die erzielten Preise realisiert: Einkommen und Preis sind korrelative Kategorien. Da die Verteilung über die Vergabe von Guthaben bzw. Anspruchsrechten (Geld) erfolgt, ist die Frage der gerechten Verteilung primär die Frage nach dem gerechten Preis.

Am durchsichtigsten ist der innige Zusammenhang von Preis und Einkommen beim Selbständigen, der dieses sein Einkommen unmittelbar über das Honorar als den Preis für seine Leistungen realisiert. Auch der Übergang von der Abrechnung nach Einzelleistung zu einem Pauschalhonorierungsverfahren ändert diese Grundsituation durchaus nicht.

In der anthroposophischen Diskussion über Arbeit und Einkommen gibt es m.E. eine Konfusion zwischen den Begriffen Dienstleistung und Arbeit: Die Arbeit, in welcher der Mensch seinen "himmlischen Anteil", sein schöpferisches Potential, in den sozialen Prozeß einbringt, darf keinen Preis haben, das Ergebnis der Arbeit dagegen erhält im Tauschprozeß seinen Preis.⁴ Bei Waren als materiellen Gütern ist dies leicht nachvollziehbar, bei der Dienstleistung ist der Unterschied schwerer greifbar. Aber auch hier bezahle ich eben nicht die Tätigkeit als solche, sondern ihr Ergebnis: dem Friseur die - hoffentlich gelungene - Frisur, dem Steuerberater die Steuererklärung. Ob ich dem Unternehmensberater ein Gutachten bezahle oder das, was mir als Ergebnis seiner Erfahrungen und Fähigkeiten als sein "Rat" laufend zufließt, macht keinen prinzipiellen Unterschied.

Überall, wo Menschen zusammenarbeiten, entsteht die Frage nach dem Teilungsverhältnis in bezug auf die Früchte der Arbeit. Im Tauschprozeß wird dieses Verhältnis durch die Preisrelationen bestimmt, im Verhältnis der Mitarbeiter eines Unternehmens untereinander über die Einkommensrelationen. Das Einkommen ist so betrachtet - und so beschrieb R. Steiner den Tatbestand bereits 1919 - ein vereinbarter Anteil am gemeinsam Erwirtschafteten. Lohn ist der Qualität nach nicht er-

tragsmindernder "Kostenfaktor", sondern Ertragsteil⁵, der "Monatslohn" mithin Vorauszahlung auf den Jahresertrag. Damit gewinnt er Kreditcharakter. An dieser Figur des Kredits können sich die richtigen sozialen Empfindungen bilden, Anspruchsdenken und Erwerbsmotive können zugunsten eines wirklichen Arbeitswillens zurückgedrängt werden.

Wie kann aber nun der Anteil am gemeinsam Erwirtschafteten bestimmt werden? - Dies kann nur durch die Beteiligten selbst geschehen, denn es handelt sich um eine Rechtsfrage, die mündige Menschen unter sich ausmachen können und müssen. Deshalb ist es auch verfehlt Fragen zu stellen wie die: "Was ist das "richtige" Teilungsverhältnis gemäß dem sozialen Hauptgesetz R. Steiners?" o.ä. Anthroposophische Sozialwissenschaft beschreibt primär die Figur des Zustandekommens, die "Bildegeste" der Einkommensenteilung. Menschen können eine Berücksichtigung von Verantwortungsgrad, Qualifikation und vieler anderer Faktoren bei der Bestimmung dieses Verhältnisses für gerecht und angemessen halten, sie können aber genauso gut verabreden, von diesen Faktoren weitgehend abzusehen und einen "Bedürfnislohn" zu zahlen. Immer würde es aber um Verhältniszahlen gehen, nicht um absolute Summen!⁶ Trennung von Arbeit und Einkommen bedeutet also nicht "Einheitslohn" oder "Gemeinschaftskonto", sondern beinhaltet eine Vielzahl von Gestaltungsmöglichkeiten. Erwartet werden darf aber wohl, daß eine solche neue Herangehensweise an das Thema auch den Trend zur immer weiteren Spreizung der Einkommensskala umkehren würde.

Frage nach Gerechtigkeitslücken führt ins Assoziative
Gegen eine einzelbetriebliche Ertragsteilung läßt sich sofort ein Einwand erheben, der gründlich bedacht sein will: Würden die großen Unterschiede zwischen den Branchen und zwischen einzelnen Betrieben nicht zu größeren Ungerechtigkeiten führen als gegenwärtig, wo der Tariflohn eine gewisse Sicherheit bietet?

Dieser Einwand ist unter den gegenwärtigen Bedingungen auch einigermaßen zutreffend. Die extremen Einkommensunterschiede beispielsweise zwischen der Landwirtschaft und der Computerbranche sind aber im Kern der Ausdruck falscher Preisrelationen: die landwirtschaftlichen Produkte sind im Verhältnis zu anderen Gütern zu billig! - So führt uns die Frage der Einkommensgerechtigkeit noch einmal auf die Frage der Preisgerechtigkeit zurück, diese aber auf die Frage nach Organen, in denen die Frage nach der Herstellung der Bedingungen vernünftiger Preise bewegt und Schritte zu ihrer Realisierung vereinbart werden können. Solche Organe nennt man "Assoziationen". Erst

⁵ Auf die Problematik heute praktizierter Ertragsbeteiligungsmodelle, die meist unter anderem Vorzeichen stehen, kann hier nicht weiter eingegangen werden.

⁶ Das wiederholt von U. Herrmannstorfer aufgegriffene Problem des Verhältnisses von Individual- und Soziallohn kann hier nur gestreift werden. Da z.B. bei der Krankenversicherung und Altersvorsorge Gemeinschaftseinrichtungen sinnvoll sind, sind die Gelder, die hierfür als Sozialeinkommen zur Verfügung stehen, keine "Abzüge" vom Individualeinkommen. Wir erleben das aber häufig deshalb so, weil wir nicht gelernt haben, Solidarlösungen individuell gestaltbar zu machen, sondern Individualprinzip ("Privatkasse") und Solidarprinzip ("Gesetzliche" oder "Ersatzkasse") nur als Dualismus denken können.

⁴ Man muß im Grunde für alle drei "Produktionsfaktoren" so argumentieren: Boden, Arbeit und Kapital sind die Quellen der Produktivität, wobei am einen Pol die natürliche, am anderen die geistige Produktivität steht. Der Verkäuflichkeit dürfen aber nur die Früchte dieser Produktivität unterliegen, nicht ihre Quellen!

durch solche Organbildung wird die Neugestaltung der Einkommensverhältnisse umfassend möglich. Sind die Preis- und Einkommensrelationen aber erst einmal im Lot, so wird die Produktivität und damit absolute Preis-senkungen zur wichtigsten Form der Einkommensverbesserung, an der von vornherein jeweils alle partizipieren, so daß ein Verteilungskonflikt gar nicht erst entstehen kann.

Arbeitslosigkeit und Einkommen

Nun kann es sich nicht darum handeln, nur langfristige Perspektiven aufzuzeigen. Es geht um Schritte, die unmittelbar möglich sind.

Die gegenwärtige Lage lehrt vor allem dies, daß wir die Ertragskraft der Wirtschaft wieder als Grenze des Verteilungsspielraums akzeptieren müssen. Wo Erträge rückläufig sind, ist das Problem der Arbeitslosigkeit nicht durch Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich lösbar. Neu zu verteilen ist allenfalls der jeweilige Produktivitätszuwachs. Darauf basierte ja auch weitgehend die gewerkschaftliche Lohnpolitik der Nachkriegszeit. Wir müssen damit umgehen lernen, daß produktivitätsbedingte Freisetzungen immer weniger durch Entstehung neuer Arbeitsplätze aufgefangen werden. Die Alternative zu einem bewußteren Umgang mit Arbeit und Einkommen ist eine brutale Umverteilung und die Zerstörung des sozialen Schutzes. Das kann nicht die Lösung sein. Ein "Recht auf Arbeit" auf der anderen Seite macht den Verteilungsspielraum nicht größer. Aufgabe des Staates wäre nicht die Schaffung von Arbeitsplätzen, sondern die Schaffung von Rahmenbedingungen für assoziative Bemühungen zur Gesundung der Wirtschaft.

Nicht nur unser Umgang mit Arbeit und Einkommen, sondern auch der mit Arbeitslosigkeit und Einkommen ist prekär. Der Zustand unseres Systems der Arbeitslosenversicherung ist zwar durchaus eine historische Errungenschaft - gemessen an den Zuständen von Kaiserreich und Weimarer Republik. Zugleich ist dieses System aber eher demotivierend als motivierend - trotz des Gesichtspunkts der Arbeitsförderung. Streckenweise wird es geradezu zum Verhinderungsprinzip. Denn wer Arbeitslosenunterstützung erhält, muß sich davor hüten, eine geringer bezahlte Beschäftigung aufzunehmen, - will er nicht einen Teil seiner erworbenen Versicherungsansprüche verlieren. Dies führt zu absurden Verhältnissen: Wer eine undankbare, aber notwendige Aufgabe ergreift, fährt schlechter als derjenige, der nur den Anspruch auf den "zumutbaren" Arbeitsplatz kultiviert.

So wird das System zum Tummelplatz egoistischer Besitzstandswahrung für die einen, während andere über die Stufen Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe schließlich bei der Sozialhilfe landen, ohne Perspektive auf Wiedereingliederung in den sozialen Prozeß.⁷

⁷ Von der Bundesregierung geplante Kürzungen bei den Lohnersatzleistungen sollen bereits zum 1.1.1994 in Kraft treten, dafür aber etwas geringer als ursprünglich geplant ausfallen. Der Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung beschloß am 14. 10. 93 in Bonn die folgenden Kürzungen: Erwerbslose mit Kindern - Kürzung des Arbeitslosengeldes von 68 auf 67% des letzten Nettogehalts. Arbeitslose ohne Kinder von 63 auf 60%. Arbeitslosenhilfe soll entgegen früheren Plänen für Menschen, die vor dem 1.1.94 55 Jahre alt waren und arbeitslos wurden, weiter

Grundeinkommen für alle?

Das System basiert darauf, daß sich ein ursprünglicher Einkommensanspruch auf das Niveau einer Minimalsicherung absenkt, die dem einzelnen im Sinne sozialer Menschenrechte von der Gemeinschaft zugebilligt wird. Zugleich ist aber die Ausgestaltung und Handhabung überaus kompliziert und bürokratisch. Nach einer Erhebung, die der FDP-Politiker Andreas Reichel anstellen ließ, gibt es in Deutschland 90 soziale Leistungen, die von 40 Ämtern verteilt werden: "Das begünstigt nur noch die Cleveren, die wirklich Bedürftigen finden sich oft nicht zurecht."⁸

Ein Grundeinkommen für alle ("Bürgereinkommen") wird von vielen als Ausweg betrachtet. Insbesondere innerhalb der FDP findet es zahlreiche Anhänger. Vorschläge zur Ausgestaltung liegen seit Jahren vor, wobei besonders das Modell einer "negative income tax" eine Rolle spielt. Ein Rechenbeispiel⁹ macht deutlich, worum es sich handelt.

Negative Steuer¹⁰

Fall 1

Arbeitseinkommen	0,- DM
Negative Steuer	800,- DM
Verfügbares Einkommen	800,- DM

Fall 2

Arbeitseinkommen	400,- DM
Negative Steuer	600,- DM
Verfügbares Einkommen	1.000,- DM

Fall 3

Arbeitseinkommen	800,- DM
Negative Steuer	400,- DM
Verfügbares Einkommen	1.200,- DM

Fall 4

Arbeitseinkommen	1.600,- DM
Negative Steuer	0,- DM
Verfügbares Einkommen	1.600,- DM

Der Satz des Mindesteinkommens (im Rechenbeispiel von 1986 DM 800,-) wird vom Arbeitseinkommen abgezogen. Wenn kein "Arbeitseinkommen" vorliegt, soll der Betreffende das volle Mindesteinkommen erhalten.

unbegrenzt gezahlt werden, ansonsten ist die Befristung 2 Jahre. (Nach Stuttgarter Zeitung vom 9.10.93, S. 2.)

⁸ "Sozialhilfe ist wie ein Klob im Hals". In der FDP denkt man über grundlegende Veränderung der Sozialpolitik nach. (Stuttgarter Zeitung, 16.8.1993). Inzwischen hat der FDP-Vorsitzende Kinkel angekündigt, die Partei werde das "Bürgergeld" zum Wahlkampfthema machen. Auch die christlich demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) und die CDU-Wirtschaftsvereinigung forderten inzwischen am 22.11.93 eine Verzahnung von Sozial- und Steuersystem über die Grundsicherung nach dem Modell der Negativsteuer. Diese Forderung wollen sie im Februar im Grundsatzprogramm der CDU verankern. "Binnen zwei bis drei Jahren könnten das Kinder-, Erziehungs- und Wohngeld sowie die Bafögleistungen voll integriert werden, während die Einbeziehung der Sozialhilfe wegen der heute hohen Individualisierung der Leistungen etwa fünf Jahre benötigen würde." (Stuttgarter Zeitung vom 23. 11. 1993, S. 2.)

⁹ Vgl. Ralf Dahrendorf: Für jeden Bürger ein garantiertes Einkommen. Ein Leben auch ohne Lohnarbeit - wie ein neuer Sozialkontrakt aussehen müßte. ("Die Zeit", Nr. 4, 17. Januar 1986).

¹⁰ Dahrendorf referiert im zitierten Artikel das Kapitel von Klaus-Uwe Gerhardt und Arnd Weber aus dem Band Befreiung von falscher Arbeit, Verlag Klaus Wagenbach, Berlin.

Diskussionsfragen

Obwohl das Modell durch seine Durchsichtigkeit besticht, bleiben doch eine ganze Reihe von Fragen zu diskutieren:

- Unterschiedliche Lebenshaltungskosten werden - im Gegensatz zur gegenwärtigen Sozialhilfe - nicht berücksichtigt.

- Eine Einkommenssicherung über die Einkommenssteuer bringt von der Abwicklung her die Schwierigkeit der Vorfinanzierung mit sich: Steuerrückerstattungen holt man sich nach dem Jahresende, der Arbeitslose braucht aber sein Einkommen sofort. Es muß ein Modus gefunden werden, der dieses Problem löst.

- Die Abwicklung soll den Finanzämtern obliegen, womit die Selbstverwaltung durch die Betroffenen nicht gefördert wird. Demgegenüber wären Lösungen zu favorisieren, die Unternehmern und Gewerkschaften, möglicherweise auch den Organisationen der Rentner, Verantwortung übertragen.

- Damit zusammenhängend entsteht die Frage, wer über die Bemessung und Anpassung der Höhe der zur

Verfügung stehenden Beträge bestimmen soll. Da dies eine ökonomische Frage ist, dürfte die Lösung nicht einfach der Politik überlassen werden.

- Ganz generell ist die Frage, ob die Einkommenssteuer der richtige Ansatzpunkt ist. In der gegenwärtigen Situation spricht einiges dafür, langfristig sollte das Steuersystem jedoch aus funktionellen Gründen ganz von der Besteuerung der Leistung auf die der Leistungsentnahme (Verbrauchssteuerprinzip) umgestellt werden.

- Das vorgeschlagene Modell fördert zwar die Motivation zur Arbeit (bis zu einer gewissen Grenze bleibt "Zuerwerb" steuerneutral, s.o.), nicht jedoch zur Weiterbildung etc. Es stützt den Arbeitslosen nicht mit den Mitteln aus, mit denen er selber Weiterbildung und Arbeitsförderung finanzieren kann. Hier besteht Nachbesserungsbedarf.

Diese Einwände beziehen sich aber alle nicht auf das Prinzip einer Grundsicherung, sondern auf die Ausgestaltung als "Negativsteuer".

Die Mitverantwortung des Verbrauchers im Wirtschaftsgeschehen

Christoph Strawe

Die Einbeziehung des Konsumenten erweist sich immer wieder als mit die schwierigste Frage bei allen Bemühungen, zu einem assoziativen Wirtschaften im Sinne der Dreigliederung zu kommen. Ganz generell führt der Angebotsüberfluß unserer marktwirtschaftlichen Ordnung dazu, daß der Konsument keinen Handlungsbedarf für eigene Mitwirkung am Wirtschaftsgeschehen sieht: Es ist ja alles da... und ihm obliegt nur die Auswahl. Die Notwendigkeit zur Übernahme von Verantwortung und damit Verbindlichkeiten ist den meisten Konsumenten nicht transparent. Auch in der Naturkostszene ist mittlerweile nicht mehr das Problem eines Nachfrageüberhangs, sondern eher das eines Angebotsüberhangs zu konstatieren. Damit werden sogar die in der Vergangenheit herausgebildeten Formen von Verbrauchermitwirkung in Frage gestellt. Anlaß genug, die Frage nach der Rolle des Verbrauchers einmal neu aufzuwerfen.

Produktion und Bedarf: das Grundproblem des Verbrauchens

Ziel des Wirtschaftens muß letztlich immer die Bedarfsdeckung sein. In der arbeitsteiligen Geldwirtschaft, in der man nicht für sich selbst, ja nicht einmal für den Nächsten, sondern eher für den Fernsten tätig ist, wird die Wahrnehmung des Bedarfs zum Problem. Es wird zur entscheidenden Frage, wie die notwendigen Wahrnehmungsleistungen erbracht und wie die Wahrnehmungen so verarbeitet werden, daß sinnvolles ökonomisches Handeln möglich wird. Planwirtschaft und Marktwirtschaft sind zwei Versuche, dieses Problem zu lösen, wobei sich das planwirtschaftliche Modell in der Praxis ad absurdum geführt hat: Unterversorgung war die systembedingte Folge bürokratischer Mißwirtschaft.

Aber auch das marktwirtschaftliche Modell funktioniert in der Realität keineswegs so glatt, wie die Theorie suggeriert. Die einzelnen Unternehmungen haben zwar vielfältige Methoden der Bedarfsforschung entwickelt. Da aber jede Unternehmung nur den eigenen

Absatz bezweckt, tendiert das System zu Überproduktion. Wird in der Planwirtschaft der Konsument bürokratisch verplant, wird er in der Marktwirtschaft zum Objekt von Absatzstrategien gemacht und auf diese Weise ebenfalls bevormundet.

Konsumtion gibt es auf allen Stufen des Wirtschaftsgeschehens. Die produktive Konsumtion auf den verschiedenen Verarbeitungsstufen und zwischen den Branchen ist dabei aber letztlich immer auf die Erzeugung eines Endprodukts gerichtet, das unproduktiv konsumiert wird (weshalb das Wirtschaftsleben seiner eigenen Natur nach "abbauend" im sozialen Organismus ist). So ist die Frage nach der Rolle der Konsumenten im Wirtschaftsleben vor allem die Frage nach dem Endverbraucher.

Der Konsument als Objekt

Das "Individualistische der Konsumtion"

Der Endverbraucher ist zunächst der Träger rein individueller Bedürfnisse. Und das moderne Leben ist

durch eine nie gekannte individuelle Differenzierung der Bedürfnisse bestimmt. Was ich brauche, muß mir kein anderer sagen. Das Wirtschaftsleben soll der Befriedigung der Bedürfnisse dienen, diese entspringen aber nicht innerhalb seiner selbst, sondern sind ihm vorgelagert. Sie entspringen im Grunde im "Geistesleben", jedenfalls wenn man dessen Begriff im weiteren Sinne faßt, demjenigen der Sphäre, in der individuelle Veranlagungen und Prägungen, Fähigkeiten und eben Bedürfnisse das Geschehen bestimmen. Auch das, was man Verfeinerung und "Vergeistigung" der Bedürfnisse - über die Selbsterhaltung und Befriedigung von Begierden hinaus - nennt, ist keine Wirtschaftsfrage, sondern eine Frage von Bildung, Erziehung und Selbsterziehung.

Die moderne Arbeitsteilung führt dazu, daß das Individuum die meisten seiner Bedürfnisse nicht selber befriedigen kann: es braucht das "Angebot" der anderen. Umgekehrt ist seine zahlungsfähige Nachfrage dadurch möglich, daß es selbst für andere tätig ist und dadurch ein Einkommen bezieht. (Von der Problematik der arbeitslosen Einkommen sei an dieser Stelle abgesehen.) Nachfrage ist, näher betrachtet, Beauftragung des Produzenten via Handel zur Befriedigung eines bestimmten individuellen Bedarfs. So individuell die Bedürfnisse auf der einen Seite, so "kollektivistisch" - im Sinne von arbeitsteiliger Zusammenarbeit vieler einzelner im Wertschöpfungsprozeß - ist der moderne Produktionsprozeß.¹

"König Kunde" als Manipulationsobjekt

Für den Produzenten tritt der Endverbraucher als unberechenbares, launisches, jeder Eingebung seiner Willkür folgendes Wesen auf, das ihm bei der geringsten Irritation seine Gunst entziehen und diese der Konkurrenz zuwenden kann. Also umwirbt, umdienert und umschmeichelt man den Konsumenten. Der Kunde ist in der Marktwirtschaft König, weil die Abhängigkeit der Produktion vom Saugprozeß der Bedürfnisse eine totale geworden ist. Zugleich entwickelt man Strategien, um diese Abhängigkeit zu mildern und das Konsumverhalten berechenbar zu machen. Um den Saugstrom der Bedürfnisse zu paralisieren, setzt man auf Druckwirkungen: die eigene Produktion wird in den Markt gepreßt - ohne Rücksicht auf soziale und ökologische Verluste. Da dies nur durch die erfolgreiche Manipulation des Konsumverhaltens möglich ist, entfernt man sich mit diesem Vorhaben aber von dem Motiv des Dienstes gegenüber dem anderen und seinen Bedürfnissen. Produktion und Handel haben so kein Interesse an einer stark organisierten Verbraucherschaft, sondern an der Perpetuierung eines Zustandes der Zersplitterung und Atomisierung.

Daß Erwerbzweck und Gewinnstreben den Produktionsvorgang überlagern, hängt allerdings auch damit zusammen, daß Konkurrenzdruck und Zinsverhältnisse zu möglichst totaler Auslastung der Maschinerie und permanentem Wachstum drängen. Zu diesem Motiv gesellt sich das scheinbar soziale Argument der Erhaltung der Vollbeschäftigung. So wird der Ver-

brauch aus der Zielgröße des Wirtschaftens zum bloßen Mittel der Umsatzsicherung, der Profitrealisierung und der Auslastung der Produktionskapazitäten. Die Wegwerfgesellschaft ist die Folge dieser Entwicklung. Der geplante Verschleiß wurde zum Mittel der Absatzsicherung.

Die Veführbarkeit des Konsumenten hängt allerdings mit seiner "monarchischen" Rolle intim zusammen. In Hegels "Phänomenologie des Geistes" findet sich die berühmte philosophische Parabel von Herr und Knecht. Der Herr genießt, und der Knecht rackert sich ab, um ihm die Mittel des Genusses herbeizuschaffen - mit dem Ergebnis, daß sie schließlich die Rollen tauschen. Denn durch die Arbeit hat der Knecht die Fähigkeit des Herrschens gewonnen, während dem Herrn die Untätigkeit des bloßen Genießens zum Verhängnis wird. So schwingt sich auch die Produktion zum Herrn auf, gerade weil sie sich zum Knecht der Bedürfnisse macht. Sie knechtet nun ihrerseits ihren Herrn, indem sie ihm künstliche Bedürfnisse andreht. Dieser wird mit "geheimen Verführern" umgeben, die seine Trieb-, Begierden- und Gefühlswelt ansprechen. Vom Zärtlichkeitsbedürfnis ("Schmusewolle, das macht Perwoll aus Wolle") bis zur Abenteuerlust ("Der Duft nach Freiheit und Abenteuer") und weiter abwärts werden alle Schichten des Emotionalen angesprochen, - im Extremfall durch subliminale Wirkungen auf das Unterbewußte. Man führt "Krieg gegen das Ich" (Lusseyran), indem man dem Ego schmeichelt: Hedonismus wird als die einzig wahre Verhaltensweise in der Erlebnisgesellschaft propagiert. Wer Tugenden wie Bescheidenheit kultiviert, gilt als jemand von gestern. Und im Sinne der Wachstumsideologie ist er ja auch in der Tat jemand, der fahrlässig den konjunkturellen Aufschwung behindert - genauso wie ein Produzent, der den Verschleiß nicht plant und Dinge produziert, die für drei Generationen halten. Konsumieren ist die erste Bürgerpflicht, Auf-Pump-Leben eine patriotische Tat.

Die einfache Wahrheit, daß ich anderen umso mehr helfen kann, als meine eigene Produktivität meine Bedürfnisse übersteigt, je bedürfnisloser ich bin, soll nicht mehr gelten. *Was* produziert wird, ist gleichgültig, Hauptsache, es *wird* produziert. Der Gebrauchswert, die Qualität, wird zum bloßen Korpus der Umsatzerzielung.

Für diese Grundeinstellung bekommen wir heute die Quittung in der Zerstörung unserer Umwelt und unserer Inwelt. In Wahrheit ist es eben nicht gleichgültig, ob Sinnvolles oder Überflüssiges produziert wird. Daß R. Steiner das Ansichtskartenschreiben durchaus nicht als wirksames Arbeitsbeschaffungsprogramm für Postboten ansieht, sondern auffällig häufig dagegen polemisiert, weil es die Briefträger zu sinnlosen Wegen zwingt, ist keineswegs eine ökonomische Naivität, sondern Ergebnis der Überlegung, daß in der gleichen Zeit Sinnvolleres getan werden könnte. Es ist dieses Ansichtskartenschreiben aber sicherlich noch ein harmloses Beispiel verglichen mit mancherlei Vergnügungen, durch die die Umwelt belastet und dem lieben Gott die Zeit gestohlen wird.

Ein großer Teil der Werbung zielt auf nicht weniger als auf die Einschläferung des Gewissens der Konsu-

¹ Vgl. R. Steiner, Vortrag vom 30.11.1921, in: "Die Wirklichkeit der höheren Welten", GA 79.

menten. Der Gegensatz von Luxus in der ersten und Elend in der dritten Welt wird von vielen, allzuvielen nicht mehr als obszön erlebt, sondern als ein Stück Normalität akzeptiert. Der Protest der 68er-Bewegung gegen den "Konsumterror" hat hierin ihren rationellen Kern, wenn diese Bewegung auch teilweise ins andere Extrem einer ideologischen Manipulation zu verfallen drohte, indem sie Instanzen für möglich hielt, die über richtige und unrichtige Bedürfnisse urteilen und damit den einzelnen wiederum bevormunden müssen.

Für die Manipulateure stellt ein unabhängiges Geistesleben, das die Mündigkeit des Konsumenten stärkt, eine potentielle Bedrohung dar. Aus der Angst vor dieser Bedrohung wächst die Tendenz, das Wirtschaftsleben gegenüber dem Kulturleben dominant zu machen: Am liebsten hat man es zweifelsohne, wenn man selber die Gutachter stellen kann, denn nur so ist gewährleistet, daß die Unschädlichkeit eines Artikels "wissenschaftlich" attestiert wird.

Auch Werte wie Gesundheit und Persönlichkeitsentfaltung werden zum Vehikel der Absatzsteigerung gemacht. Milch ist nicht deshalb gesund, weil sie gesund ist: Sie muß gesund sein, damit der Pegel des Milchsees sinke. Da wird dann noch die "Kinderschokolade" als zusätzliche Portion Milch ausgelobt, und einem Bonbonproduzenten trat eine Werbeagentur mit der Losung: "Gesunde Vitamine naschen" zur Seite. Die Gefahr, daß neue menschenkundliche Erkenntnis zum moralischen Verschleiß von Produktionsanlagen - etwa für Kunstdünger - führen, ist für die Industrie kaum geringer als die Entwertung durch technische Innovationen. Die Tendenz zur Besetzung des Kulturfeldes durch wirtschaftliche Interessen drückt sich ebenfalls in bestimmten Formen des Kultursponsoring, aber auch in der verstärkten Werbeabhängigkeit der Medien aus. Zumal bei den Privatsendern ist das Programm nur das Umfeld der Werbung, was zur Verdrängung der Qualität durch die Diktatur der Einschaltquote führt.

Mittlerweile wird vermehrt die Klage laut, daß der Konsument gegenüber der Reklameflut abstumpft. Doch zieht man daraus nicht die Konsequenz, manipulative Werbung durch sachliche Verbraucherinformation zu ersetzen, sondern man fühlt sich gezwungen, die Dosis zu erhöhen, damit die Droge weiter wirke.

Zugleich redet sich der Produzent auf denselben Konsumenten heraus, den er zum Objekt seiner Werbestrategien gemacht hat. Er vergißt dabei, daß niemand ihn zwingt zu produzieren, was er im Grunde nicht verantworten kann. Die Tatsache des Bedarfs ist kein Freibrief für den Produzenten: sonst wäre die Drogenmafia ein Orden der Brüderlichkeit, denn für ihre Artikel ist zweifelsohne Bedarf vorhanden.

Andererseits kann sich der Konsument auch nicht auf den Produzenten herausreden. Niemand zwingt ihn, sich die ihm zugeordnete Objektrolle auch gefallen zu lassen. Die Entschuldigung, das FCKW-haltige Spray sei vom Händler im Regal plaziert worden, gilt nicht. Der Konsument ist unmittelbar mitbeteiligt und mitverantwortlich. Die Entnahme des Sprays aus dem Regal führt zur neuen FCKW-haltigen Produktion wie das Aufdrehen des Wasserhahns zum Nachfließen von

Wasser führt. Der Verbraucher ist faktisch mitverantwortlich dafür, ob andere Menschen ihre Arbeitszeit Sinnvollem widmen können oder Unsinnigem widmen müssen.

Der Konsument als Schutzobjekt

Wo der Konsument wach wird und die Manipulation durchschaut, entsteht die Forderung nach Konsumentenschutz: Verbraucherinteressen sollen durch Gesetze, Verordnungen und Kontrollen durch den Staat zur Geltung gebracht werden. So richtig auf der einen Seite der Ansatz einer rechtlichen Rahmensetzung für das Wirtschaftsleben auch ist, - bei der Beschränkung auf das rechtliche Instrumentarium besteht die Gefahr der "Verrechtlichung": im RegelungsDickicht erstickt die mündige Verantwortlichkeit. Auf der anderen Seite wird der Konsumentenschutz zum gefundenen Fressen der Medien, wobei legitimer journalistischer Ehrgeiz und bloße Taktik im Kampf um Einschaltquote und Auflage eine für den Leser und Zuschauer kaum entwirrbare Mischung eingehen. Für die Medien ist häufig der Skandal als solcher wichtig. Egal, ob der Bericht auch unter dem Wahrheitsaspekt ein Treffer war (Kälber-Hormonmast-Skandal, Schlachthof-Skandal) oder ob sich das Ganze hinterher als maßlos übertrieben zeigt (Birkel-"Skandal", Demeter-"Skandal", Heringswurm-"Skandal"), - beim Medium stimmt die Quote, beim Erzeuger stimmt der Umsatz nicht mehr. Wenn dadurch Existenzen vernichtet werden, waschen Journalisten und Verbraucher die Hände in Unschuld. Wo gehobelt wird, da fallen eben Späne - oder?

Die Marktwirtschaft, indem sie den Eigennutz zum eigentlich allein wirksamen Stimulus des Wirtschaftslebens erklärte, hat Erzeuger, Händler und Verbraucher auseinanderdividiert: der Ruf nach Kontrolle ist der Reflex auf diese Situation (wo Eigennutz herrscht, ist Betrug nicht weit - wer schützt uns davor?). Denkt man das zu Ende, so entsteht - angesichts vielfältiger Verquickungen von Staat, Wirtschaft und Wissenschaft - immer wieder neu auch die Frage nach der Kontrolle der Kontrolleure, wenn nicht unter dem Gesichtspunkt einer zweifelhaften "totalen Kontrollsicherheit" die Kontrollinstanzen zu undurchsichtigen Machtzentren werden sollen.² "Objektive Prüfmethode" drohen mittlerweile dem Verbrauch selbst als dem wichtigsten Qualitätstest den Rang abzulaufen. So entwickelt sich eine neue Autoritätsgläubigkeit nach dem Motto: den Gutachtern kann ich mehr trauen als meinem eigenen Geschmackempfinden. Daß dieses Mißtrauen in die eigenen Sinne durch chemische und gentechnische Manipulation von Aroma und Aussehen der Lebensmittel gefördert wird, darf natürlich an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben.

² Eine andere "verbraucherpolitische" Einseitigkeit ist die besonders in den USA verbreitete Tendenz, über eine Haftung, die sinnvolle Gewährleistungspflichten weit übersteigt, alle Verantwortung dem Hersteller aufzubürden und den Konsumenten gänzlich zu entlasten. Es wird die Geschichte von einer Frau kolportiert, die ihren Hund in der Waschmaschine wusch - mit tödlichem Ausgang für das arme Tier. Der Hersteller wurde zu Schadenersatz verurteilt, weil die Gebrauchsanleitung nicht ausdrücklich erwähnt hatte, daß sich das Gerät zum Waschen von Hunden nicht eignete.

Wo Produzent und Händler apriori als potentielle Kriminelle fungieren, wird der Konsument auf der anderen Seite zum bloßen Schutz"objekt" degradiert und im Extremfall - zu seinem eigenen Besten, versteht sich - seiner Vertragsfähigkeit beraubt: Die schlimmsten Auswüchse zeigt dieses Prinzip im Arzneimittelbereich, wenn es darum geht, das freie Verhältnis zwischen Arzt und Patient unter dem Gesichtspunkt des "Schutzes" vor wirkungslosen Produkten zu unterminieren. ("Wirkung" ist hierbei, was eine bestimmte Denkschule in der Medizin als Wirkung allein kennt und anerkennen will). Der Patient ist hier Vorwand und Opfer zugleich.

Auch die EG-Bio-Verordnung - von der ökologischen Landwirtschaft unter dem Gesichtspunkt des Rechtsschutzes gegen "Pseudo-Bio" mit herbeigeredet - führt letztlich zu einer Anonymisierung der Verhältnisse: Nicht mehr das klare Profil ganz bestimmter Anbauweisen und hierfür engagierter Menschengruppen ("Demeter", "Bioland") prägt das Bild, sondern das amtlich-anonyme EG-Biosiegel wird in den Mittelpunkt des Verbraucherbewußtseins gerückt. Das ganze funktioniert stets gemäß dem Lenin'schen Diktum: "Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser". Sollte dem aber nicht besser die andere Losung entgegengesetzt werden: "Kontrolle ist gut, Vertrauen ist besser"³?

Der Konsument als Mitgestalter

Von der Aufklärung zur Mitarbeit

Positiv ist das Engagement von Verbraucherverbänden und -zentralen überall da, wo es um die Gewährleistung der Mündigkeit des Konsumenten geht. Das ist überall da der Fall, wo Produzenten und Handel veranlaßt werden, Inhaltsstoffe, Nebenwirkungen und Risiken offenzulegen. Allerdings wäre es besser, wenn die Regeln über diese Offenlegung in Gremien der Verbraucher, Händler und Konsumenten festgelegt würden, und der Staat nur darüber wachen würde, **daß** solche Regeln aufgestellt werden. Legitime Aufgabe des Staates ist auch die Gewährleistung der Transparenz und Überschaubarkeit von Kaufverträgen, die Gewährleistung der wirklichen Gleichberechtigung des Konsumenten als Vertragspartner. Informations- und Aufklärungsarbeit über Qualität ("Stiftung Warentest"), ökologische Aspekte des Warenangebots usw. sind Entscheidungshilfe für kritische Konsumenten und damit ebenfalls ein positiver Aspekt gegenwärtig bereits praktizierter Verbraucherarbeit.

Aber kann man bei einer reinen Aufklärungsstrategie stehenbleiben? - Wer sagt eigentlich, daß Mitmachen nur korrumpiert? - Was liegt eigentlich näher als die Zusammenarbeit zwischen denjenigen, die etwas brauchen, mit denen, die etwas machen bzw. beschaffen können? - Es würde sich darum handeln, die anonymen Verhältnisse wieder durchschaubar zu machen, gewissermaßen zu personalisieren. Das ist sicherlich

nicht auf die alte Weise möglich: Es geht nicht darum, an die Stelle der "Großbasare", die schon R. Steiner in seinem Nationalökonomischen Kurs als etwas Fortschrittliches ansieht, wieder viele "Tante-Emma-Läden" zu setzen. Notwendig sind vielmehr neue Formen des Austauschs zwischen allen Beteiligten.

³ So der Titel einer kleinen Schrift von Udo Herrmannstorfer. (Stuttgart 1989, hg. von der Arbeitsgruppe für Verbraucherfragen); einzelne Teile vorher veröffentlicht in der Zeitschrift "Die Grüne Schlange". Vgl. dort generell zur Problematik der Kontrolle und der Einbindung des Verbrauchers in die Zusammenarbeit.

Die Kraft der Zusammenarbeit

Die wichtigste vertrauensbildende Maßnahme ist die stärkere Einbeziehung des Verbrauchers in die Zusammenarbeit. Wo der Verbraucher mit dabei ist, wenn ein "Verhaltenskodex" in bezug auf die Ansprüche an Qualität, ökologische Verträglichkeit, Preisgestaltung usw. entwickelt wird, können Feindbilder nicht gedeihen. Wenn dem Konsumenten klar und durchsichtig ist, auf welche Weise Produzent und Handel die Einhaltung eines solchen Kodex sicherstellen, wird der Bedarf an Kontrollen von außen geringer werden. Wo sowohl über Kriterien der Professionalität als auch über Unternehmensphilosophien, -motive und -gesinnungen offen gesprochen wird, kann ein Raum gemeinsamer Verantwortlichkeit entstehen.

Dies ist kein Plädoyer für Vertrauensseligkeit und die Abschaffung aller Kontrollen - schon, weil es immer schwarze Schafe geben wird -, wohl aber ein Plädoyer für eine andere Grundorientierung. Ihr Kern besteht darin, daß der Verbraucher aktiv einbezogen und damit aus einem bloßen Schutzobjekt zum mitgestaltenden Subjekt des Wirtschaftslebens werden kann.

Aus der Geschichte der Konsumentenbewegung

Als R. Steiner seinerzeit den Grundgedanken des assoziativen Wirtschaftens entwickelte, waren die Verhältnisse in bezug auf die Verbraucherbewegung andere als heute. Mehr Verbraucher als heute waren in Verbrauchervereinen und Konsumgenossenschaften organisiert. Diese Vereinigungen haben sich als Selbsthilfeorganisationen besonders der sozial schwachen Bevölkerungsgruppen gebildet, um Gegenstände des täglichen Bedarfs im Großen einkaufen und im Kleinen an die Mitglieder verteilen zu können. Sie orientierten sich dabei an Grundsätzen, wie sie z.B. in England von den "Rochdaler Pionieren" aufgestellt wurden: einwandfreie Qualität, Barzahlung, Berechnung zu Tagespreisen, Rückvergütung des Überschusses an die Mitglieder entsprechend ihrer Beteiligung am Geschäftsverkehr der Genossenschaft. Solche Vereinigungen bildeten so ein Gegengewicht gegen die Tendenz einer Verselbständigung des Handels gegenüber seiner "Mittlerfunktion" mit ihrer Folge überhöhter Handelsprofite⁴.

⁴ Vgl. z.B. Günter Kalex: Wirtschaftsunternehmen der Arbeiterbewegung in Westdeutschland. Berlin (Ost) 1967. Hasselmann, Erwin, Geschichte der deutschen Konsumgenossenschaften. Frankfurt/M 1971.

Parallel zur Entwicklung von Unterstützungskassen als Selbsthilfeeinrichtungen bei Arbeitslosigkeit etc., bildeten sich Selbsthilfeeinrichtungen auf dem Konsumsektor. Erste Ansätze konsumgenossenschaftlicher Organisationen in Deutschland sind sog. Produktenverteilungsvereine. Im Mai 1845 wird in Chemnitz die erste deutsche (Arbeiter)konsumgenossenschaft gegründet. "Der Zweck des Vereins war, die nötigsten Lebensmittel durch größere Einkäufe billiger zu beschaffen und die hierzu nötigen Geldmittel durch wöchentliche Steuern aufzubringen. Diese Steuer durfte nicht unter zweieinhalb Groschen betragen." (Paul Göhre: Die deutschen Arbeiter-Konsumvereine, Berlin 1910, S. 34, zit. nach Kalex, a.a.O., S. 15. Vgl. auch: Dietrich von Oppen: Verbraucher und Genossenschaft. Zur Soziologie und Sozialgeschichte der deutschen Konsumgenossenschaften. 1959.

Der Chemnitzer Verein fungierte zugleich als Sterbekasse. Das Warensortiment umfaßte im Gründungsjahr lediglich Zigarren, Seife und Soda, seit 1846 zusätzlich Gemüse, erst allmählich wurde das Sortiment erweitert. Die Warenbeschaffung erfolgte auf Bestellung. Die Verteilung erfolgte wöchentlich abwechselnd in den Wohnungen der Mitglieder, wo gleichzeitig die "Steuern" eingezogen wurden. Nach einer Angabe von 1853 betrug die jährliche Rückvergütung zwischen 5 und 8%, sie erfolgte entspre-

In Deutschland bildeten sich zwischen 1845 und 1863 Arbeiterspar- und Konsumvereine als "Assoziationen" zur gemeinsamen Beschaffung von Bekleidung, Nahrung und Genußmitteln. Wäre die Lassalle'sche Idee der Schaffung von Produktivgenossenschaften aufgegriffen worden, hätte sich durch die Vernetzung von Verbraucher-, Handels- und Produktionsinitiativen ein tatsächlich assoziativer Wirtschaftsstil durchsetzen können. Auch Marken- und Rabattkonsumvereine entstanden, die mit Händlern für ihre Mitglieder Rabattgewährungsverträge abschlossen.

Die bestehenden Ansätze wurden dann vom Nationalsozialismus systematisch zerstört, indem die Konsumentenorganisationen in die nationalsozialistische Reichsarbeitsfront zwangsintegriert wurden.

Nach dem Krieg konnten sich die Konsumgenossenschaften zwar wieder betätigen⁵, ihre Arbeit wurde aber doch wiederum behindert. Besonders verhängnisvoll war in dieser Hinsicht das Rabattgesetz vom 21. Juli 1954, das die Rückvergütung der Konsumgenossenschaften auf maximal 3% des von den Mitgliedern getätigten Warenumsatzes beschränkte.⁶ Dies geschah offensichtlich aus marktwirtschaftsideologischen Gründen unter dem Gesichtspunkt der "Wettbewerbsfreiheit". Ein wesentliches Element der Bindung des Verbrauchers an "seine" Organisation war damit zerstört. An die Stelle der Rückvergütung trat nun die Rabattierung, unabhängig von der Verbindlichkeit einer Mitgliedschaft.⁷

Hierzu erklärte Carl Schumacher, Vorsitzender des Zentralverbandes der Konsumgenossenschaften, auf dem 40. Konsumgenossenschaftstag des ZDK 1963, der "Übergang von der Rückvergütung zum Rabatt" könne "allenfalls als Ausdruck einer zeitbedingten Notlage, nicht aber als ein adäquates Mittel genossenschaftlicher Vorteilsgewährung angesehen werden..."⁸ Ein "nicht sachkundiger Betrachter", so Schumacher, macht "sich keine Vorstellungen von den geradezu abnormen Schwierigkeiten, die unsere Rechtsordnung einer Genossenschaft - und einer Konsumgenossenschaft im besonderen - bereitet und wie sehr sie ihre Manövrierfähigkeit und damit Wettbewerbsfähigkeit einengt. Einmal sind es genossenschaftsrechtliche, ein andermal sind es steuerrechtliche, dann wieder sind es rabattrechtliche Vorschriften, die den Weg verstellen - und in einem perfektionistischen Zusammenspiel

chend dem Warenumsatz jedes Mitglieds. Der Steuerteil, der nicht verausgabt wurde, wurde zinstragend angelegt.

⁵ 1894 wurde eine "Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumgenossenschaften mbH" in Hamburg gegründet.

⁶ Im Rahmen einer "freien Gemeinwirtschaft" bildeten sich teils gewerkschaftseigene, teils konsumgenossenschaftliche bzw. von DGB und ZdK (Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften) gemeinsam getragene Unternehmen).

⁷ Das Rabattgesetz läßt i.ü. folgende Rabattarten zu: Skonti in Höhe von 3% bei unverzüglicher Zahlung, handelsübliche Mengenrabatte, Sonderrabatte für Vertreter, Großabnehmer und Werksangehörige, Treuerabatte bei Markenwaren. Gegenwärtig ist aus dem Bundesministerium für Wirtschaft zu vernehmen, daß an eine Überarbeitung oder Abschaffung des Gesetzes gedacht wird, offenbar im Hinblick auf eine noch "marktwirtschaftlich-flexibler" zu handhabende Preisgestaltung.

⁸ Die Verteilung der 3% übersteigenden Gewinne gemäß den eingebrachten Geschäftsanteilen wird gestattet.

Carl Schumacher: Das Leitbild der Konsumgenossenschaften in der Gegenwart, Hamburg 1963, S. 12. Nach Kalex, a.a.O., S. 189f.

schließen alle jene Bestimmungen Formen und Praktiken einer zwischengenossenschaftlichen Kooperation aus, die im ganzen europäischen Ausland als weiterentwickelte Formen genossenschaftlicher Zusammenarbeit im Sinne bester Solidarität längst zum eisernen Bestande des betriebs- und absatzwirtschaftlichen Instrumentariums gehören."⁹ Man mag daran zweifeln, ob die Situation im europäischen Ausland tatsächlich als befriedigend empfunden werden darf, die Diagnose der deutschen Verhältnisse trifft jedenfalls zu.

Zu den äußeren Behinderungen tritt aber auch eine Aushöhlung von innen her. In Verbindung mit zunehmendem Güterangebot und steigenden Einkommen reichte der Selbsthilfegedanke immer weniger als Motivation für eine wirklich "gemeinwirtschaftliche" Orientierung der Unternehmen der Arbeiterbewegung aus. So gerieten diese Unternehmen immer mehr ins konventionelle, ja teilweise sogar kriminelle Fahrwasser (Neue-Heimat-Skandal, Coop-Skandal). 1972 war die Coop (damals 4368 Läden umfassend) aus einer GmbH in die Coop AG umgewandelt worden. Der Mitgliedsbestand der Konsumgenossenschaften war 1972 bereits auf 1,9 Mio gesunken.

Zur Lage in der Naturkostszene

In der Naturkostszene gab es einmal eine relativ starke Konsumentenbewegung. Der Konsument mußte mit dafür sorgen, daß er überhaupt zu Naturkostware kam. So sind viele Läden aus Verbraucherinitiativen heraus entstanden. Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften - teilweise in der Form von Genossenschaften - bildeten sich. Heute hat sich die Lage grundlegend gewandelt. Das Angebot ist reichhaltig. Wo für den Produzenten der Absatz gesichert war, entstehen heute verschärfte Vermarktungsprobleme. Der Naturkostladen, früher relativ konkurrenzlos, wird von Supermärkten bedrängt, die die Naturkost als Umsatzträger entdecken.

Die Frage einer sinnvollen Zusammenarbeit wird damit immer mehr zu einer Lebens- und Existenzfrage für diesen ganzen Bereich. Von den Dimensionen her ist das Problem des Gleichgewichts zwischen Produktion und Bedarf nicht mehr allein im Rahmen kleiner Gemeinschaften lösbar. D.h. eine genossenschaftliche Verbindung von Produktion, Handel und Verbrauch ist bei 2-3000 Kunden in einem Gebiet sicher nicht mehr möglich.

Nach wie vor erscheint gerade dieser Bereich der Naturkost aber auch am ehesten gestaltbar: Ansprechbar ist ja hier ein relativ überschaubarer Menschenkreis, der recht bewußt mit dem Ernährungsproblem umgeht. Wenn eine ähnliche Bewußtheit, wie sie hier hinsichtlich der Produktqualität schon ansatzweise besteht, auch in Bezug auf den von der Erzeugung bis zum Endverbrauch reichenden Sozialvorgang erweckt werden könnte, wäre schon viel gewonnen.

Im Mittelpunkt: die Frage nach dem gerechten Preis

Der alte Impuls der Konsumenten-Selbsthilfe hat sich offenbar verbraucht. Ein neuer Anfang ist erforderlich. Weniger unmittelbare äußere Not, als die Einsicht in die Notwendigkeit sozialer und ökologischer Mitverantwortung wird hierfür ausschlaggebend sein. Es geht um Grundfragen der Verbraucherbewegung, letztlich darum, welche Wirtschaftsordnung dem Verbraucher am dienlichsten ist. Der Konsument wird über sein grundsätzliches Verhältnis zu Produktion und Handel entscheiden müssen. Die Frage aller Fragen wird dabei immer wieder die sein: Wie halten wir es mit dem Preis?

Im heutigen Bewußtsein des Durchschnittsverbrauchers spielt die Billigkeit - Pardon, Preisgünstigkeit - eine ganz entscheidende Rolle. Günstige Preise erwartet man aber primär von starker Konkurrenz. Für die Opfer ruinösen Wettbewerbs fühlt sich der Konsument unzuständig, ebenso wie für die Frage, ob der "preisgünstige" Kaffee etwa den Erzeugern das zu ihrem Leben Notwendige einbringt. Man macht sich nicht klar, daß man an der eigenen Arbeitsstelle wiederum davon abhängig ist, daß die Preise des eigenen Unternehmens den Mitarbeitern eine erträgliche Einkommenssituation ermöglichen. Der Preis muß eben nicht nur den Kauf ermöglichen, sondern auch die Produktion! Letztlich legitimiert nur eine Verbilligung der Produktion Preissenkungen.

Die Schizophrenie, die in der Aufrichtung eines künstlichen Gegensatzes zwischen dem Verbraucher und dem Produzentenstandpunkt liegt, wurde vielleicht nirgends deutlicher als in der Übergangszeit von der alten DDR zum vereinten Deutschland: Einerseits "bestreikte" die Bevölkerung zeitweilig die einheimische Produktion (nur Westware wurde gekauft), andererseits protestierte sie gegen den mit dadurch bedingten Verlust von Arbeitsplätzen und Einkommen.

Die Perspektive des: "Was bringt es mir, was kann *ich mir* leisten", ist offensichtlich einer arbeitsteiligen Wirtschaft nicht angemessen. "Ausbeutung" tritt nicht nur da auf, wo zu teuer verkauft wird, sondern vor allem auch da, wo zu billig eingekauft wird! Die Parole des Egoismus: "Billig einkaufen, teuer verkaufen", - durch Werbung und Firmennamen wie "Preisfix" etc. noch verstärkt - ist nicht einfach nur moralisch bedenklich, sondern auch ökonomisch kurzsichtig: Es ist ökonomisch falsch, möglichst billige Preise "um jeden Preis" erreichen zu wollen, und am falschesten wäre es, dies durch staatliche Preiskontrollen zu versuchen. Denn mit solchen Kontrollen würde die Vertragsfreiheit des Verbrauchers in Bezug auf den Preis zerstört: faktisch ein Entmündigungsvorgang.

Die Ökonomie kommt heute nicht mehr ohne Kategorien wie "Tauschgerechtigkeit" und "gerechter Preis" aus. Denn in diesen Kategorien sind gesamtwirtschaftliche Gleichgewichtsbedingungen formuliert. Der Verbraucher muß, wenn er an einer gesunden Wirtschaft interessiert ist, auch an gesunden Preisen interessiert sein. Preisgesundheit aber entsteht nachweislich nicht durch die Spontaneität des Marktes, sondern nur durch bewußte Zusammenarbeit, durch Verabredungen über die für die Herstellung eines fairen Preisgefüges jeweils notwendigen Maßnahmen.

⁹ Schumacher, a.a.O., S. 14.

Dabei ist zu beachten, daß die These, über den Preis müsse auch die Produktion ermöglicht werden, keine starre Formel darstellen kann. Es handelt sich selbstverständlich nicht um eine Bestandsgarantie für unwirtschaftlich arbeitende Unternehmen. Wo "zu teuer" produziert wird, wird die Produktion letztlich eben aufgegeben werden müssen. (R. Steiner erwähnt in seinen Vorträgen gelegentlich den Versuch, innerhalb der Anthroposophischen Gesellschaft eine Art "Assoziation" für Brot zu schaffen. Der Versuch habe aufgegeben werden müssen, weil das Brot nicht preisgünstig genug angeboten werden konnte.)

Bei der Erzielung "richtiger" Preise handelt es sich auch darum, Verabredungen zu treffen, die die wünschenswerte Qualität sicherstellen und verhindern, daß Preiskampf zu qualitativ minderwertigen Angeboten führt. Besonders bei den Grundnahrungsmitteln ist dies eine Frage, deren Beantwortung ihre Auswirkungen bis in das Gesundheitssystem hat.

Unser Preisbewußtsein ist heute vielfach korrumpiert: allein dadurch, daß in die Preise Komponenten eingerechnet werden müssen, die mit dem Leistungsprozeß gar nichts zu tun haben, wie Bodenwerte u.ä. Wir haben uns angewöhnt, der Herstellung von Preisgerechtigkeit dadurch aus dem Wege zu gehen, daß wir nach dem Staat rufen, der Einkommensungerechtigkeit durch Subventionen und Beihilfen nachträglich ausgleichen soll. Man erregt sich über Preisforderungen der Bauern, die angesichts einer katastrophalen Einkommensituation mehr als berechtigt erscheinen. Die Erhöhung der Subventionen für die Landwirtschaft dagegen nimmt man klaglos hin, man merkt es ja gar nicht, daß man letztlich hierfür über die Steuern doch zur Kasse gebeten wird.

Das Argument, es sei letztlich gleichgültig, wie jemand zu seinem Einkommen gelangt - über Preise oder über Umwegfinanzierungen - greift nicht: Denn Preise schaffen, Subventionen verdunkeln Bewußtsein. Ganz abgesehen davon sind die letzteren immer das Einfallstür für die Allzuständigkeit von Politik und Bürokratie.

Damit ist auch bereits eine **erste Aufgabe einer neuen Verbraucherbewegung** formuliert: Mithelfen zur Gesundung des Preisgefüges, Mitwirken bei der Schaffung von Zusammenarbeitsformen, die diese Gesundung immer neu bewirken können.

Verbraucher, Erzeuger und Händler

Die natürlichen Partner solcher Zusammenarbeit sind Produktion und Handel. Bei der Frage nach dem gerechten Preis müssen zunächst einmal die Einseitigkeiten überwunden werden, die aus den notwendig unterschiedlichen Gesichtspunkten der Partner resultieren. In diesem Zusammenhang stellte R. Steiner seinerzeit die These auf, daß die klassische Theorie des Preises als einer Funktion von Angebot und Nachfrage im Grunde genommen den Händlerstandpunkt verabsolutisiere. Er setzte dem eine differenzierende Betrachtung entgegen, indem er feststellte, daß der Konsument im Grunde eine "Wechselwirkung zwischen Preis und Nachfrage" im Auge habe. "Er fragt weniger nach, wenn ihm für seine Taschenverhältnisse der Preis zu hoch ist, und er fragt mehr nach, wenn ihm für seine Taschenverhältnisse der

Preis niedrig genug ist. [...] Sodaß wir sagen: *Beim Konsumenten haben wir mehr zu sehen auf das Wechselspiel zwischen Preis und Nachfrage.* (kursiv, C. Strawe) Beim Händler haben wir mehr zu sehen auf das Wechselspiel zwischen Angebot und Nachfrage. Und beim Produzenten handelt es sich darum, daß wir jetzt bei ihm zu sehen haben auf das Wechselspiel zwischen Angebot und Preis in Geld. Er richtet sich nämlich zunächst ein in bezug auf das Angebot nach den Preisen, die möglich sind im ganzen volkswirtschaftlichen Prozeß.¹⁰ In Gleichungen ausgedrückt:

$p = f(a, n)$: die Händlergleichung

$n = f(a, p)$: die Produzentengleichung

$a = f(p, n)$: die Konsumentengleichung.

Stellung zum Handel

Besonders wichtig ist es, die Stellung der Verbraucher zum Handel - als dem vermittelnden Glied zwischen Erzeugung und Konsum - zu bestimmen.

Die Entwicklung des Handels ist Folge und zugleich Katalysator der Arbeitsteilung. Das Auseinanderfallen von Erzeugung und Konsum führt zum Vermittlungsbedarf zwischen beiden. Die vermittelnde Tätigkeit des Handels verursacht Kosten, wobei heute oftmals die Distributionskosten (die "Marge" des Groß- und Einzelhandels) die Produktionskosten bei weitem übersteigen. So sehen Produzent und Verbraucher zunächst nur, daß der Handel verteuert. Daraus erwächst dann nur zu leicht das Bestreben, den Handel auszuschalten und die "Marge" selber "mitzunehmen". Der Ab-Hof-Verkauf des Bauern, das Gemüse-Ab-Angebot des Gärtners, der Ab-Werk-Verkauf von Textilfirmen wie Boss und der Aufbau einer eigenen Vertriebsorganisation (Yves Rocher und andere Firmen) sind gleichermaßen durch diese Figur bestimmt, ebenso wie Versuche von Verarbeitern, die Großhandelsstufe zu umgehen und die umsatzstärksten Läden selber zu beliefern. Auf der anderen Seite erhofft sich der Konsument auf diese Weise Vorteile (Food-Coops usw.). Begünstigt werden solche Tendenzen durch die Art, wie sich heute der Handel geriert. Längst hat er seine legitime Rolle als "Makler" zwischen Erzeugung und Verbrauch abgestreift und sich auf Maximalprofit orientiert. Das "Was" ist nebensächlich, was zählt, sind Umsatz und Gewinn. Der Handel, nicht der Konsument, bestimmt heute vielfach, was an Qualität überhaupt angeboten wird. Durch das System des Filialismus und der Mengenrabatte wird die Konzentration forciert, der Produzent gerät in immer größere Abhängigkeit. Er fügt sich

¹⁰ Nationalökonomischer Kurs (1922), 8. Vortrag, Dornach 1965, GA 340, S. 114.

Knebelverträgen, die das Risiko vom Handel auf ihn abwälzen, und zahlt hohe Einstandsgebühren, um die überlebenswichtige Präsenz in den Läden einer bestimmten Kette zu sichern. Die unüberbietbare "Billigkeit" von Aldi, Obi, Ikea, und wie sie alle heißen, ist das Ergebnis einer rücksichtslos ausgespielten Einkaufsmacht. Auch die Tendenz, an die Stelle der "Marke" des Herstellers Handelsmarken zu setzen - auch in der Naturkostszene beobachtbar - geht in diese Richtung. Viele Erzeuger in der Bio-Szene haben schlechte Erfahrungen mit Händlern gemacht, die z.B. rücksichtslos Billig-Produkte aus anderen Regionen in den Markt pumpen, zu Lasten z.B. der Bauern in der Region. Die Skepsis gegenüber einer Zusammenarbeit und die Tendenz zum Ab-Hof-Verkauf wird durch solche Erscheinungen natürlich verstärkt.

Trotzdem liegt all diesen Versuchen, den Handel auszuschalten, ein Denkfehler zugrunde: Letztlich verteuert der Handel nämlich nicht, sondern er verbilligt. Ein Computer würde unerschwinglich, wenn wir uns die Einzelteile selber in Fernost und anderswo zusammenkaufen müßten. Und was für den Computer gilt, gilt für fast alle Gebrauchsgüter, die wir benötigen. Im Einzelfall mag das einmal anders sein, wie im Falle des Einkaufs auf dem Bauernhof: gesamtwirtschaftlich betrachtet stimmt es allemale, und es stimmt auch - gesamthaft betrachtet - für die Naturkostbranche. Selbst die Vorteilhaftigkeit im Einzelfall erweist sich in der Regel als Milchmädchenrechnung, wenn man Zeit, Leistung und Kosten rechnet, die der Bauer als Händler und der Kunde als Spediteur aufbringt, - und die beim Bauern spätestens dann sichtbar werden, wenn der Hofladen soviel Zeit verschlingt, daß ein Mitarbeiter nur für den Laden da sein und damit auch von diesem leben muß. Ganz abgesehen von der Ökobilanz, die jene samstäglichen Automobilkarawanen verursachen, die mit dem Einkauf auf dem Hof zugleich das Erlebnis der reinen und unverdorbenen Natur suchen....

Im Einzelfall mag es für den Bauern keine Alternative geben - und solange es keinen Handel in der Region gibt, ist er ja ohnehin legitimer "Ersatzmann" des Händlers. Aufs ganze - und nicht einmal nur langfristig gesehen - wird sich das Direktmarketing als unzureichende Überlebensstrategie erweisen. Zur Sicherung der Lebensbedingungen der bio-dynamischen und biologischen Landwirtschaft ist Zusammenarbeit eine unabdingbare Voraussetzung.

Diese Zusammenarbeit setzt nun auf der anderen Seite voraus, daß sich im Handel Dinge ändern. Der Handel, wenn er seine Unternehmensphilosophie an dem Bild des ehrlichen Maklers orientiert, der beschafft, was der Kunde braucht, und berechnet, was er braucht, um die Leistung zu erbringen - nicht, "was der Markt hergibt" - wird eben auch vom Dogmatismus des Konkurrenzdenkens Abschied nehmen müssen. Es macht gesamtwirtschaftlich betrachtet eben keinen Sinn, wenn 3 Großhändler aus unterschiedlichen Regionen mit im wesentlichen gleichem Sortiment an drei Tagen der Woche den gleichen Mini-Naturkostladen anfahren. Die Alternative besteht in Absprachen über eine sinnvolle Aufgabenteilung. Das setzt auf der anderen Seite voraus, daß überbetriebliche Gestaltungen

entstehen, die den Beteiligten - anfangs wenigstens ein Stück weit - jene Existenzangst nehmen, die heute dazu führt, daß jeder auf Teufel komm heraus nur die eigene Umsatzsteigerung ins Auge faßt. Schon aus rein ökonomischen Gründen ist die Ablösung anarchischer Konkurrenz durch sinnvolle - und damit auch Kosten sparende - Zusammenarbeit im Interesse des Verbrauchers. Die Alternative zur Zusammenarbeit ist nämlich durchaus nicht die Vielfalt, sondern die zunehmende Uniformität des Filialismus, ist Konzentration und vormundschaftliche Konzernmacht.

Formen der Mitverantwortung des Verbrauchers - am Beispiel der Naturkostszene

Damit ist gesagt, wohin der Stoß der Konsumentenbewegung sich richten müßte: auf die Förderung des assoziativen Wirtschaftens. Hierfür sich mitverantwortlich zu fühlen, wäre ein Schritt über das Geltenmachen des rein individuellen Bedürfnisses etwa nach Naturkost hinaus. Es geht darum, nicht nur Biodyn-Qualität nachzufragen, sondern mitzuwirken daran, daß die Bedingungen sichergestellt werden, die die Produktion solcher Qualität ermöglichen, im Interesse *aller* Verbraucher und im Interesse der Erde...

Hier eröffnet sich ein weites Feld der Verbraucherarbeit: Kritische Verbraucher können sich zusammenschließen, um gemeinsame Aufklärungsarbeit zu leisten. Man denke nur daran, wie wenig selbst die Kundschaft der Naturkostläden die dramatische Lage der Landwirte im Bewußtsein hat. Die Eltern von Waldorfschülern, die Patienten anthroposophischer Krankenhäuser und Praxen sollten auf diese Probleme aktiv angesprochen werden. Wieviele Kantinen "alternativer" und "anthroposophischer Einrichtungen" tun sich immer noch schwer mit der Orientierung auf bio-dynamische Kost?

Nicht darum kann es sich handeln, die Konsumenten als "Schutztruppe" für einzelne Unternehmen zu organisieren. Wohl aber geht es um die Mitverantwortung des Konsumenten für eine Schutzwallbildung in bezug auf eine Produktionsweise als ganze. Das gegenwärtige Vermarktungsproblem erfordert zu seiner Bewältigung die Mitarbeit kritischer Verbraucher.

Und kritische Verbraucher sollten sich auch an der Bildung von Foren beteiligen, die es ermöglichen - am besten gemeinsam mit den Partnern aus Produktion und Handel - die konzeptionellen Fragen zu besprechen, die für die Entwicklung einer neuen Verbraucherbewegung geklärt werden müssen. Diese Foren können natürlich auch Vorschläge und Hinweise an Erzeuger und Händler herantragen. Dabei kommt es weniger darauf an, unmittelbar große Massen von Menschen zu organisieren, mehr darauf, überhaupt zu beginnen und entwicklungsfähige Keime zu pflanzen.

Zeitgemäße Organisation des Verbrauchers

Letztlich wird es aber nicht reichen, konzeptionell und "aufklärerisch" zu arbeiten, sondern darum, reelle Mitverantwortung für das Wirtschaftsgeschehen zu übernehmen. Die Frage muß geklärt werden, unter welchen Voraussetzungen dies geschehen kann.

Das Ziel wäre die Mitwirkung der Verbraucherschaft in Region und Branche an Verabredungen und

Vertragsgestaltungen in bezug auf Sortiment, Mengen, Preise usw.

Gelegentlich findet man Verbrauchervereine, die eine solche Situation herbeiführen wollen, indem sie von Produktion und Handel diese Beteiligung einfach einfordern. In dieser Situation entsteht aber natürlich sofort die Frage: "Wen repräsentiert Ihr genau?" - Es macht ja keinen Sinn, daß Verbrauchervertreter über die Sortimentsgestaltung "mitbestimmen" wollen, wenn sie tatsächlich nur 0,2 % der Kundschaft des betreffenden Ladens repräsentieren. Es geht um die Orientierung am Bedarf: und den kennt der Ladner aus seiner Lebenserfahrung heraus allemal genauer als der "Verbrauchervertreter". Welche Verbindlichkeit könnten Preisabsprachen unter diesen Bedingungen haben? - Verträge hätten sehr einseitigen Charakter: Der Handel legt sich fest, der Kunde behält sich vor, sich beim Einkauf alles noch einmal zu überlegen...

Man kann es drehen und wenden, wie man will: Solange die Verbraucherschaft nicht stärker organisiert ist, solange Formen einer verbindlichen und verantwortlichen Mitwirkung noch nicht vorhanden sind, solange kann es sich nicht um Mitgestaltung, sondern nur um Mitberatung handeln. Diese aber sollte überall auch ermöglicht werden: vom Ladenrat bis zu Begegnungsforen innerhalb der Region bzw. Branche. In einigen Regionen gibt es ja bereits Branchengruppen Naturkost - so in Stuttgart im Zusammenhang des Verbundes Freie Unternehmensinitiativen -, die hier große Möglichkeiten hätten, sich für die Verbraucherfragen zu öffnen.

Die Frage nach der "Repräsentativität" der Verbrauchervertreter stellt sich in dieser Phase auch noch gar nicht, sondern die andere Frage: Mit wem kann man zusammenarbeiten, wer macht mit?

Eine solche Mitberatung kann aber sicher nur Stufe 1 auf dem Weg zu wirklicher "Mittäterschaft" sein.

Zwei miteinander zusammenhängende Fragen sind dabei zu beantworten: die nach der Motivation und die nach den lebensgemäßen Organisationsformen der Konsumenten.¹¹

Zur Motivation: die Kant'sche Pflichtethik ist hier wie in anderen Fällen sicherlich kein fruchtbarer Ansatz. Vielmehr muß es darum gehen, neben dem Verantwortungsgefühl auch die Freude am Mitgestalten können zu aktivieren. (In diesem Sinne halte ich übrigens die Entwicklung der ästhetischen Seite des Einkaufserlebnisses für einen fruchtbaren Ansatz - die Naturata Überlingen mit ihrem neuen Gebäude hat hier sicherlich eine Vorreiterrolle übernommen).

Neben der Freude sollte aber sicher auch der gegenseitige Vorteil ein zwar nicht ausschlaggebender, aber eben auch nicht zu negierender Faktor sein. Kundentreue zahlt sich für Produktion und Handel aus: warum darf sie sich nicht auch für den Kunden selber auszahlen? Wenn der Großhandel Mengenrabatte aushandeln

kann, warum sollten nicht auch zahlenmäßig relevante Verbrauchervereine dies tun können? - Es gibt ja heute bereits Naturkosthändler, die "Stammkundenrabatte" gewähren.

Überhaupt darf man das Bild der Assoziation nicht statisch auffassen: Die Lösung der Verbindlichkeitsfrage kann durchaus von Branche zu Branche sachspezifisch differenziert werden. Eine solche Herangehensweise nimmt auch am ehesten jenen Zeitgenossen den Wind aus den Segeln, die unsinnige Vorstellungen bilden, an denen sie dann die fehlende Praktikabilität des assoziativen Grundgedankens "beweisen". (So gelangt man gelegentlich zu der Vorstellung, der Konsument sei doch sicher überfordert, wenn er montags in einer Assoziation für Schuhe, dienstags in der Möbel-Assoziation, mittwochs in der Branchengruppe "Bürowaren" usw. mitsprechen oder sich für die nächsten 50 Jahre auf die Abnahmetermine für den nächsten PKW - immer bei derselben Firma, versteht sich - festlegen sollte. Daß nur auf Bestellung produziert werden soll, ist sicher ein Kernsatz einer Bedarfswirtschaft: Aber der Besteller kann durchaus der Handel sein. Denn der Händler weiß eben, was im großen gesehen verlangt wird, ohne daß er hierfür das Konsumentenverhalten im Einzelfall voraussehen muß. Es geht um *Verlässlichkeit* des Konsumenten als Partner - nicht um seine totale Berechenbarkeit.

Preise im Naturkosthandel - durchaus ein Thema für den Verbraucher

Zur Frage der Preise habe ich grundsätzlich bereits argumentiert. Daß hier im Naturkostbereich ein Problem vorliegt, kann keiner leugnen. Auch wenn der Sättigungsgrad durch gesunde Kost ein höherer ist als durch chemisch behandelte und in ihren Nährwerten reduzierte Ware: die Preisunterschiede sind erheblich. Wenn man davon ausgeht, daß eine vierköpfige Familie in der BRD durchschnittlich DM 1.000,- für Lebensmittel im Monat ausgibt, wird das Problem deutlich. Selbstverständlich: ein Ansatz besteht darin, das Bewußtsein dahingehend zu verändern, daß Nahrung in der Wertordnung wenigstens denselben Platz einnimmt wie das "Blechselbst", an dem man ja auch nicht spart, koste es, was es wolle. Gerade bei den unteren Einkommensgruppen wäre hiermit das Problem allein aber nicht lösbar.

Selbst engagierte Naturkostfreunde neigen bekanntlich aus finanziellen Erwägungen zu Kompromissen: Man kauft nicht alles im Naturkostladen, sondern bei Preisunterschieden zwischen 2,70 DM und 8,35 DM pro Kilo werden die Bananen dann eben doch im Supermarkt erstanden. Um nur ein Beispiel zu nennen.

Auf der anderen Seite fehlen empirische Untersuchungen darüber, wie sich diese oder jene Preisveränderung bei gleichzeitiger Optimierung der Werbung auf die Umsätze auswirken und welche Möglichkeiten hier - evtl. auch durch eine intelligente Mischkalkulation - entstehen könnten. Es wäre sehr schlimm, wenn man solche empirischen Untersuchungen den Filialisten überließe (die sie längst anstellen!). Hier läge ein sinnvolles Feld des Gesprächs mit dem Verbraucher - und außerdem ein Anreiz zur Entwicklung eigener Marktforschungsinitiativen.

¹¹ Daß die Bemühungen, starke Verbraucherorganisationen zu schaffen, nicht aussichtslos sind, zeigt die Tatsache, daß es in Japan der Konsumentenkooperative Seikatsu-Club - 1965 von einer Hausfrau gegründet - inzwischen gelungen ist, 150.000 Haushalte (ca. 500.000 Menschen) zu organisieren. (Vgl. den Artikel "Ökologischer Landbau und Konsumenten-Kooperativen in Japan" von Nana Göbel, in "Lebendige Erde", Nr. 4/1993, S. 225f.

Die Verbesserung des Preisgefüges im Naturkosthandel ist durchaus ein Thema! Fragt sich allerdings, wie man diese Verbesserung erreichen kann. - Mit Sicherheit kann es sich nicht darum handeln, dem Produzenten noch mehr abzuknapsen. Im Gegenteil: Im Einzelfall können sogar Preiserhöhungen - mit dem Verbraucher abgesprochen - notwendig sein, um schlechterdings die Existenzbedingungen der Bauern als Voraussetzung für die Existenz von Naturkost zu sichern bzw. zu verbessern. Die Einkommen der Läden sind auch keine Quelle von legitimen Verbilligungen. Wo liegen überhaupt Reserven?

Reserven liegen in einer Steigerung der Produktivität: In der Landwirtschaft setzen Anbauweise und gewünschte Qualität hier jedoch Grenzen, die nicht überschritten werden dürfen. So dürften die Hauptreserven - neben der Gewinnung neuer Käuferschichten für Naturkost - bei einer intelligenteren und effizienteren, vor allem aber einer "assoziativeren" Gestaltung der Vertriebswege liegen. Die Reibungsverluste durch unfruchtbare Konkurrenzverhältnisse, mangelhafte Abstimmung, ungenügende Kooperation - kurz durch einen Mangel an assoziativem Verhalten - bilden letztlich "tote Kosten", die nicht zu sein bräuchten.

So muß der Verbraucher die Frage der assoziativen Wirtschaft nicht nur aus sozialen, sondern auch aus ökonomischen Gründen zu seiner eigenen Sache machen. Tut er das in verstärktem Maße, könnte davon auch ein heilsamer Einfluß auf jene Händler und Erzeuger ausgehen, die immer noch meinen, mit dem alten Instrumentarium rein betriebswirtschaftlichen Denkens weiterwursteln zu können.

Ergänzungen und Perspektiven

Was wird aus der Reklame? Bedarfsforschung und individuelle Käuferentscheidung

Wo der Konkurrenzdruck als Handlungsmotiv durch Zusammenarbeit zurückgedrängt wird, wird ein Teil der heutigen Werbung überflüssig. Für das, was sinnvollerweise übrigbleibt - Sachinformation über Produktangebote - wird sicherlich ein ganz anderer Stil gefunden werden müssen als der heute übliche. Anthroposophisch orientierte Werbefachleute und Unternehmer haben ja bereits erste Schritte in eine derartige Richtung unternommen. Auch die Marktforschung, heute nur dem einzelnen Unternehmen und den Vermarktungschancen seiner Produkte verpflichtet, wird sich verwandeln: Unabhängige Marktforschungsinstitute könnten mit ihren Untersuchungen erweiterte Urteilsgrundlagen für das assoziative Gespräch zur Verfügung stellen, durch Gutachten tätig werden.

Verbraucher-Mitwirkung am Beispiel der Energiewirtschaft

In der Literatur über die Fragen des assoziativen Wirtschaftens hat das Beispiel der Elektrizitätswirtschaft eine besondere Rolle gespielt. Es wurde durch Hans Georg Schweppenhäuser ins Spiel gebracht, der selber in diesem Bereich tätig war. Rein materiell ist hier bereits eine quasi idealtypische Situation vorhanden. Denn das Kraftwerk produziert und transportiert erst auf "Anforderung" durch den Konsumenten, der den

Schalter betätigt. Produzent und Konsument sind dauerhaft assoziiert durch die Leitungen. Da "freie Konkurrenz" in diesem Bereich im üblichen Sinne schon aus rein technischen Gründen unmöglich ist, greift der marktwirtschaftliche Mechanismus sowieso nicht und muß weitgehend durch andere Formen ersetzt werden.

Eine zukunftsfruchtige Form entstand in dem an Schleswig-Holstein angrenzenden Teil Dänemarks, wo die Elektrizitätsversorgung als genossenschaftliche Selbstversorgung gestaltet wurde: "Die Konsumenten stellen ihre Vertreter in den Organen der Verteilungs- und der Kraftwerks-Genossenschaft. Sie beschließen Ausbau, Preis und Bedingungen mit dem Ergebnis, daß landauf und landab ein allgemeines Vertrauen in die 'eigene' Stromversorgung und zu den technisch und kaufmännisch verantwortlichen Persönlichkeiten besteht; und daß niedrigste Strompreise im Lande erzielt werden, trotz der ungünstigen Bedingungen infolge der geringen Bevölkerungsdichte."¹²

Schweppenhäuser schlug von diesem Beispiel ausgehend als allgemeine Form der Einbeziehung des Konsumenten in der Elektrizitätswirtschaft das Folgende vor: "Alle Konsumenten sind durch den Anschluß an das Versorgungsnetz Genossen und Mitverantwortliche des Unternehmens. Sie organisieren sich als Konsumentenvereinigung. Diese schickt ihre Vertreter in die Gremien der Verwaltung, so daß Entscheidungen zwar wie bisher auf Grund von Sach- und Fachkenntnissen und von Branchenerfahrungen getroffen werden, daß dort aber auch die Preisfragen und all den Konsumenten betreffenden Probleme durch Einsicht in die Sach- und Kostenzusammenhänge in gegenseitigem Einvernehmen von Produzenten (Kraftwerken), Stromverteilern und Konsumenten geregelt werden. Ein fortlaufender Informationsfluß wird dann sachliche Urteile ermöglichen und eine Vertrauensbasis schaffen können."¹³ Mit diesem Ansatz ließen sich nach Auffassung Schweppenhäusers auch die komplizierteren Verhältnisse in anderen Branchen assoziativ gestalten.

Die Sinnfrage des Wirtschaftslebens

In der heutigen Marktwirtschaft ist der Verbrauch zum Selbstzweck geworden. Der Hedonismus hat den Geist der innerweltlichen Askese, der Max Webers berühmter Analyse zufolge der Marktwirtschaft auf die Welt geholfen hat, abgelöst. Man muß weder der Askese das Wort reden, noch den Verbraucher zum Heiligen machen wollen, um doch klar zu sehen, daß wir einen Paradigmenwechsel brauchen. Er kann nur aus Einsicht kommen, die durch ein sich befreiendes Geistesleben gefördert wird. Verbrauch, Selbsterhaltung und -verwirklichung haben miteinander zu tun. Aber der Sinn der Selbsterhaltung liegt darin, daß wir mit ihr die Bedingungen unserer personalen Entwicklung, der Entfaltung unserer Fähigkeiten für die Welt sicherstellen. Für anderer Menschen die Verbrauchsgüter herzustellen, die ihre Entwicklung fördern können, das ist ein

¹² Hans Georg Schweppenhäuser, Neue Wirtschaftsordnung. Skizze der Assoziationen. In: Macht des Eigentums - Auf dem Weg in eine neue soziale Zukunft, Stuttgart 1970, S. 69-84. Abgedruckt in Leber, Hg.: Der Mensch in der Gesellschaft, S. 172-180. Wir zitieren nach diesem Sammelband, S. 178f.

¹³ Schweppenhäuser, Skizze, S. 179.

Motiv, das dem Wirtschaftsleben erst seinen vollen

Sinn gibt.

Notizen und Berichte

Plädoyer für aktive Verbraucherarbeit

In einem Brief an "alle aktiven, aufgeklärten Verbraucher" weist Ingrid Merglen aus Stuttgart auf den Ruf aus der Wirtschaft (Pharmazie, Demeterbereich) nach dem aufgeklärten Verbraucher hin und stellt die Frage nach einer Gemeinschaftsbildung, die Mitgestaltung des Verbrauchers ermöglicht.

"Was hindert uns, wenigstens gemeinsam "an einem Tisch" den Versuch zu wagen? ... Wir stellen fest, was wir brauchen, z.B. an biologisch-dynamischen Erzeugnissen (Familie, Nachbarn, Freunde, Schulfahrgemeinschaft usw.). Gemeinsames Sammeln und Erarbeiten der tatsächlichen Bedürfnisse und Gegebenheiten (Läden, Höfe, Verkehrswege, Preise). Vielleicht haben wir nach dem gemeinsam Erlebten so viele Fragen, daß wir uns einen Experten einladen wollen (und müssen), oder/und wir müssen uns einstudieren in das Assoziationswesen, weil wir die Einsicht gewonnen haben, daß wir uns gemeinsam binden wollen und können. Ziel: Freie Verbrauchervereinigung..."

Kontakt: Ingrid Merglen, Albuchweg 11, D-70188 Stuttgart.

Gesundheitsreform 2000: Ist die Biologische Medizin am Ende?

Holger Schüle

Wer die gesundheitspolitische Diskussion über die zukünftige Gesundheitsstruktur aufmerksam verfolgt, beobachtet in der letzten Zeit Stimmen, die einen Rückzug der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) von der umfassenden Versorgung der Versicherten fordern. So hört man etwa von Gesundheitsminister Seehofer, daß von der Krankenkasse zukünftig nur noch verschreibungspflichtige Arzneimittel erstattet werden sollen. Im Klartext bedeutet das nun, daß für ca. 90% der biologischen Präparate die Erstattung über die GVK entfällt, da sie nicht unter die Verschreibungspflicht fallen. Mehreren Stimmen, entweder von Seiten der Ärzte oder der Politiker, ist zu entnehmen, daß sich die GVK neben der privaten Krankenversicherung (PKV) zukünftig auf eine Grundsicherung für alle Versicherten zurückziehen sollte. Die übrigen Leistungen, neben dieser "*Großschadensversicherung*", sollen dann privat abgedeckt werden. Entweder bieten die GKV neben der PKV dann Zusatzversicherungen an, oder der Patient bezahlt die Leistungen aus eigener Tasche.

Solche Umstrukturierungsmaßnahmen, also die Verlagerung auf private Initiativen, werden mit dem Begriff "*Deregulierung*" bezeichnet und werden in Zeiten leerer Kassen hoch gehandelt. Im Gesundheits-

wesen sind solche Vorschläge nur denkbar, wenn gleichzeitig die üblichen GKV-Beiträge gesenkt werden. Das heißt, der Großschaden wird mit wesentlich geringeren Beiträgen finanziert und der "Rest" wie etwa Arzneimittel, ambulante ärztliche Versorgung, Heil- und Hilfsmittel wie Krankengymnastik, Heilrhythmie oder Brillen, ist Sache des Versicherten. Dabei kann sich der eine oder andere überlegen, ob er überhaupt eine Zusatzversicherung abschließen möchte oder ob er seine Leistungen privat bezahlt.

Nun ist es auf der einen Seite sehr schmerzlich, auf liebgewordene Einrichtungen wie die der umfassenden Sachleistungen zu verzichten. Man gibt seinen Krankenschein ab und hat außer ein paar Selbstbeteiligungen nichts beizusteuern. Auf der anderen Seite liegt in der Veränderung auch eine große Chance! Was nämlich der einzelne mit seinem freiwerdenden Betrag an "Gesundheitsleistungen" einkauft, ob überhaupt, privat oder versicherungstechnisch, liegt in seinem Ermessen. In den USA etwa kennt man Einrichtungen, die von einer Gruppe von Menschen getragen werden. Beispielsweise werden Kliniken von einer Gemeinschaft getragen mit einem monatlichen Beitrag, wodurch sie den Anspruch erhalten, in dieser Klinik unentgeltlich behandelt zu werden. Diese Klinik wurde womöglich auch aus dieser Gemeinschaft heraus entwickelt. Sicherlich wird es in der Bundesrepublik nicht soweit kommen, daß Kliniken von einer relativ "kleinen" Zahl von Menschen getragen werden. Vorgesehen ist ja, daß der Großschaden weiterhin nach den bisherigen Verlautbarungen über eine Pflichtversicherung abgedeckt werden muß. Im ambulant therapeutischen Bereich gäbe es jedoch Gestaltungsmöglichkeiten.

Problemen, denen wir heute gegenüberstehen, sind nicht zuletzt aus der Anonymität bzw. der Vielzahl der Mitglieder einer Versicherung geboren. So werden Gesundheitsleistungen in Anspruch genommen, weil man ja nichts dafür bezahlen muß, weil man ja jeden Monat einen bestimmten Beitrag leistet, den man gerne wieder "zurückholt". Und dann werden unzählige Vorschriften erlassen, um festzulegen, was medizinisch notwendig oder wissenschaftlich allgemein anerkannt ist, um zu klären, was erstattet werden kann und was nicht. Alleine die bestehende Abrechnungsweise über die kassenärztlichen Vereinigungen oder Anfragen bei medizinischen Diensten etc. verschlingen Unsummen. Einen kostenintensiven Verwaltungsaufwand leistet man sich heute für Gerechtigkeit und Praktikabilität. Würde sich eine Zahl von Menschen zusammenfinden und ein Therapeutikum ihrer Wahl unterhalten, entfielen ein großer Teil dieser Kosten. Und letztlich würde die Verantwortung des einzelnen für den andern wachsen. Man kennt sich in dem Kreise, kennt die Probleme des

"Mitversicherten", kennt die Probleme der Therapeuten, der Ärzte etc. Gemeinsinn könnte entstehen für eine Sache, die man sich selbst geschaffen hat, ganz im assoziativen Sinne eines modernen Wirtschaftslebens.

Es war davon die Rede, daß die Pläne der Politik, sofern sie realisiert werden sollten, auch Chancen in sich bergen - mehr nicht. Assoziative Veränderungen haben sicher auch ihre Probleme, die nicht geleugnet werden sollen. Denken wir nur daran, was Menschen tun, die kein Vertrauensverhältnis zum im Therapeutikum assoziierten Arzt entwickeln können, wenn sie sich an das Therapeutikum gebunden haben. Was geschieht mit Menschen, die auf Reisen erkranken? Wie steht es um die freie Arztwahl; wie werden die Therapeuten und Ärzte entlohnt etc.? Fragen über Fragen, die vielleicht jede Gemeinschaft für sich beantworten sollte, wenn es denn zu solchen Entwicklungen kommen sollte.

Ist die Biologische Medizin am Ende, wenn ihre Präparate nicht mehr erstattet werden, oder bergen die Vorschläge zur Gesundheitsreform 2000 gerade für die Biologische Medizin ungeahnte Möglichkeiten? Eine Frage, die sich in den nächsten 10 Jahren sicherlich klären wird, ja klären muß.

Holger Schüle, Verein für ein erweitertes Heilwesen e.V., Johannes-Kepler-Str. 58, D-75378 Bad Liebenzell.

Neue Wege bei der Swissair - Ein Projektbericht

Klaus Fischer

Die großen Fluggesellschaften waren bis vor kurzem ausgesprochene Nutznießer des wirtschaftlichen Wachstums. Heute aber verzeichnen sie einen dramatischen Einschnitt in ihre Marktsituation. So führten z.B. die durch den Golfkrieg heraufbeschworenen Ängste zur ersten, aber deutlich spürbaren Abnahme der Flugpassagierzahlen. Auch die Einführung des freien europäischen Luftverkehrs und der damit einhergehende freie Wettbewerb zeichneten sich in einem gewaltigen "Sinkflug" der Erträge ab.

Grenzen sind erreicht!

Diese äußeren Ereignisse durchrütteln das Innenleben der Unternehmung: Kosten werden reduziert, Mitarbeiter werden entlassen. Hat man als Unternehmen nur die Möglichkeit, in diesem Sinne konsequent, aber wohlgeachtet als "Opfer" zu reagieren, d.h. von außen gewandelt zu werden?

Diese Fragestellung war einer Ausbildungsleiterin der Swissair zum eigenen Anliegen geworden. Und aus diesem inneren Erleben heraus suchte sie mit Mut nach Wegen der Erneuerung. In dem Berater Klaus Fischer, Heidelberg, von der anthroposophisch orientierten Beratergruppe Sagres Services und in Johannes Matthiessen, Kunstpädagoge an der Heidelberger Waldorfschule, fand sie die Partner, die ihr bei der Suche nach neuen Antworten halfen. Beide griffen die Initiative auf und übernahmen sowohl die gestalterische Verantwortung als auch die Begleitung der sozialen Prozesse.

"Wie können die Mitarbeiter in der ihnen eigenen (berufs)biographischen Entwicklung so gefördert werden, daß sie in ihr als 'Selbstgestalter' auftreten?" "Muß

sich nicht solche individuelle Gestaltungskraft positiv auf das Gesamtunternehmen auswirken?" Mit Fragen dieser Art näherte man sich gemeinsam der Aufgabenstellung.

Der Impuls der Bereichsleiterin wurde von den Mitarbeitern dankbar aufgenommen. Und es wuchs im Laufe der Zeit das Bewußtsein, daß ohne externe Unterstützung dieser intensive Weg nicht zu beschreiten gewesen wäre.

Eine Reihe von Seminaren und Workshops wurde geplant. Bislang fanden acht Veranstaltungen statt. Der inhaltliche Bogen spannt sich von einer möglichst korrekten und umfassenden Wahrnehmung der vorliegenden Problemsituation über die projektmäßige Erarbeitung neuzusteckender Ziele bis zur Begleitung ihrer praktischen Umsetzung. Die Mitarbeiter der verschiedenen Projektteams erfahren sich so in einem Wandlungsprozeß, der sowohl die betriebsbedingten, äußeren Strukturen als auch ihren eigenen inneren Menschen umfaßt.

Bald befanden sie sich auf für sie vollkommen neuen und unbekanntem Wegen: Künstlerische Übungen wurden eingesetzt, um die Kreativität nicht nur - wie üblicherweise formuliert - zu wecken, sondern sie als individuelle Gestaltungskraft bewußt zu beobachten und sie darüberhinaus beim Einsatz in einer Gruppentätigkeit kennenzulernen - aufbauend, aber auch zerstörerisch.

Die Teilnehmer verstanden oft das Erkannte als Spiegelbild für ihr eigenes Verhalten und Wirken im sozialen Gefüge des Unternehmens. Ihnen wurde auch klar, daß künstlerische Tätigkeit durchaus ein Übungsfeld ist, wo das eigene "Spiegelbild" bearbeitet werden kann. Das heißt, wo gelernt werden kann, wie *individuelle* Gestaltungskraft *fruchtbar* in gemeinsame Aufgaben des Arbeitslebens eingebracht werden kann.

Seminar Teilnehmer und Berater verstanden sich als "Entwicklungsteam", das gemeinsame Schritte im Sinne einer Organisations"kunst" wagen wollte: Sicher ist eine solche Organisations"kunst" eher noch Zukunft als Gegenwart. Man kann dennoch hoffen, daß sich Swissair-Nachahmer für diese bemerkenswerte Initiative finden.

Initiative "Schweiz im Gespräch"

(cs) Über die Initiative "Schweiz im Gespräch" haben wir bereits in den letzten Nummern berichtet. Inzwischen haben sich die Aktivitäten der Initiative weiter verstärkt, neue Kontaktstellen und Gruppen sind dazugekommen. Die Initiative, in der Auseinandersetzung über den EWR-Beitritt der Schweiz entstanden, greift in einer Vielzahl von Vorträgen, Podiumsdiskussionen, Gesprächsrunden und Intensivseminaren brennende soziale Fragen (Arbeitslosigkeit, Migration, Unabhängigkeit des Schulwesens) auf und bemüht sich um einen breiten öffentlichen Dialog über die Rolle der Schweiz in Europa. Wir dokumentieren im folgenden einige der Aktivitäten und Positionen.

Zur Zielsetzung von Schweiz im Gespräch

"Die sozialen Probleme wachsen. Die staatlichen Instanzen beschließen Maßnahmen, über die der Bürger abstimmen darf. Oft ist die Abstimmung der einzige aktive Beitrag eines Bürgers zur Problemlösung. Reicht dies aus in einer Zeit, wo es auf das praktische Handeln jedes einzelnen ankommt? Wie werden aus mündigen Bürgerinnen und Bürgern initiative Menschen? Dies ist auch eine Frage, ob die Gesellschaft Initiative zuläßt. 'Schweiz im Gespräch' dient der Suche nach den Türöffnungen in die Gestaltungsräume des sozialen Lebens." (Aus einem Prospekt)

Die politische Unabhängigkeit des Schulwesens - eine Existenzfrage der Demokratie

Zu diesem Thema führt die Initiative "Schweiz im Gespräch" Veranstaltungen an verschiedenen Orten durch. So fanden in der Universität Zürich im November folgende Veranstaltungen statt: Ein Vortragsabend mit Udo Herrmannstorfer zum Thema: "Wie unabhängig müssen Schulen sein? Notwendigkeiten, Möglichkeiten, Grenzen und Hindernisse". Ein Podiumsgespräch zum Thema "Können wir uns unabhängige Bildungseinrichtungen überhaupt leisten? Finanzierungsformen für ein unabhängiges Bildungswesen" (Teilnehmer u.a. der Rektor der Universität Zürich, der Chefredakteur der Handelszeitung und ein Vertreter der Arbeitsstelle für Bildungsfragen der Schweizer Katholiken). Ein Podiumsgespräch zum Thema "Erfahrungen mit unabhängigen Schulen und Bildungseinrichtungen", an dem u.a. der Rektor der Uni Herdecke Konrad Schily teilnahm.

Dokumentation

Fragen zum Völkerdrama - Integration durch Partizipation? Zu diesem Thema führte die Initiative "Schweiz im Gespräch" u.a. vier Veranstaltungen an der Uni Bern mit Udo Herrmannstorfer durch, der auch die hier dokumentierten Fragen zum Podiumsgespräch vom 11.11.93 und zum Vortrag vom 18.11.93 verfaßte.

1. Eine halbe Milliarde Menschen sind heute weltweit auf der Flucht - vor Gewalt, Katastrophen, wirtschaftlichem Elend. Der weitaus größte Teil von ihnen bewegt sich innerhalb der südlichen Welt. Immer mehr aber sind auch unterwegs nach Europa. 19 Mio Menschen sind es gegenwärtig, die sich aus politischen Gründen gezwungen sehen, ihr Heim zu verlassen. Sie gelten als "echte" Flüchtlinge, denen allenfalls Asyl gewährt wird. In der Schweiz leben 28.000 "anerkannte" Flüchtlinge. Das sind ungefähr 5% all jener Schutzsuchenden, die es schaffen, in unserem Land einen Asylantrag zu stellen. 95% der Gesuchsteller werden nach und nach wieder ausgeschafft.

Welches Bild werden die vielen abgewiesenen und zurückgeschafften Flüchtlinge in ihren Heimatländern von Europa, von der Schweiz vermitteln? Wie unterscheidet sich dieses Bild von jenem, mit welchem sie gekommen waren? Suchten diese Menschen wirklich nur physischen Schutz oder materiellen Wohlstand bei uns?

2. Das heutige Migrationsproblem ist eine der Konsequenzen der eigennützigen wirtschaftlichen und politischen Veränderungen, die Europa in den letzten Jahrhunderten in aller Welt bewirkt hat.

Wie sollen wir dafür Verantwortung übernehmen, wenn jetzt nach Ausgleich gefragt wird? Wie vereinbaren wir diese Verantwortung gegenüber unserer eigenen Tradition und Kultur? Welche Möglichkeiten dafür sind in der politischen und sozialen Tradition der Schweiz angelegt?

3. Asylsuchende Menschen gelangen aus einer anderen Kultur und darum mit anderen Bedürfnissen, Fähigkeiten und Verständigungsarten in die Schweiz. Hier treffen sie auf Einrichtungen, die nach hiesigen Verhältnissen funktionieren und darum von ihnen z.T. auch dann nicht verstanden werden können, wenn sie dafür zugänglich sein sollten.

Wie können wir der individuellen Situation der hier Ankommenden gerecht werden? Welche Einrichtungen müssen geschaffen werden, die in der ersten Zeit Orientierung und Information im Gastland auf eine mündige Art ermöglichen? Welche Eigenheiten und immateriellen Werte unserer Kultur sind es wert, vermittelt zu werden, und wie ist dies machbar?

4. Menschen, die ihren angestammten Lebenszusammenhang verlassen mußten, droht der Verlust ihrer Identität. Auch Niedergelassene leben im Gastland entweder über Generationen hinweg im subkulturellen "Getto", das nur minimalen Austausch mit der Umgebung zuläßt und seitens dieser die Gefahr der Aggressivität gegenüber den Fremdbleibenden beinhaltet; oder sie leben vereinzelt und entwurzelt, anfällig für psychosomatische Krankheiten, Alkohol und andere Drogen, Kriminalität. Beides bedeutet eine zunehmende Desintegration unserer Gesellschaft insgesamt und führt zu sozialer Unrast.

Wie läßt sich der Übergang aus dem verlassenen in den neuen Lebenskreis ermöglichen, ohne daß die mitgebrachten kulturellen und sozialen Traditionen und Eigenheiten zwangsweise aufgegeben werden müssen, sondern sogar für das Gastland fruchtbar werden können?

5. Durch den Ausländer-Status finden sich mehrere Hunderttausend erwachsene Menschen in der Schweiz von menschlichen Rechten ausgeschlossen, da ihnen das aktive Stimm- und Wahlrecht vorenthalten bleibt. Andererseits ist ihr Mutterland zu weit weg, als daß sie sich an dessen Belangen weiterhin mitgestaltend beteiligen könnten.

Was wären die Konsequenzen einer Öffnung der politischen Rechte für die in der Schweiz lebenden Ausländerinnen und Ausländer? Wie müßte eine solche Öffnung aussehen, daß sie sowohl der Würde und den Rechten der aus anderen Ländern Eingewanderten, als auch der Identität und dem Charakter des Gastlandes gerecht wird?

Verschiedenes

Arbeitskreis Soziale Dreigliederung im Ruhrgebiet geht in die breite Öffentlichkeit

(cs) Der Arbeitskreis, über dessen Aktivitäten wir wiederholt berichtet haben, trat jetzt mit zwei Veranstaltungen an die breite Öffentlichkeit. Am 29. November fand in Zusammenarbeit mit dem Freien Bildungswerk Bochum und dem Treffpunkt Eickel e.V. ein Podiumsgespräch "zur politischen Krise im wiedervereinigten Deutschland" statt. Unter dem Leitthema "Verspielen die Parteien unsere Zukunft - Wege zur Mündigkeit" diskutierten: Udo Herrmannstorfer, Dr. Helmut Stubbe da Luz (Hamburger "Parteirebellen"), Michael Müller (MdB/SPD), Jörg van Essen (MdB/FDP), Dr. Norbert Lammert (MdB/CDU) und Beate Scheffler (Die Grünen). Prof. Lothar Udert moderierte.

Am Vorabend hielt Udo Herrmannstorfer einen öffentlichen Vortrag zum Thema "Massenarbeitslosigkeit im Ruhrgebiet - Schicksal oder Aufforderung zum Umdenken?"

Gesamtdeutsche Verständigung - aber wie geht das? - Neue Wege zur Suche nach interkulturellem Konsensus

(cs) Unter dem obigen Titel hat Otto Ulrich, den Rundbrief-Lesern bekannt z.B. durch sein Buch "Politik als Kunst", einen Artikel für die Dezember-Nummer der Zeitschrift UNIVERSITAS verfaßt.

Zusammenfassung: "Zur Signatur der geistigen Situation im Nach-1989er Deutschland gehört die Wahrnehmung einer kulturellen Unfähigkeit zur zwischenmenschlichen Verständigung über Mentalitäten, Erfahrungen, Weltbilder, Religionen und Hautfarben hinweg.

Wir brauchen eine neue Gesprächskultur. Nur das gemeinsame Gespräch liefert Chancen zur Entwicklung einer neuen Kultur der Verständigung. Damit öffnen sich neue, gleichberechtigt wirkende Möglichkeiten, durch eigenes Mit-Tun-Können die lähmende Politikverdrossenheit abzubauen. Das Einlassen auf die Offenheit künstlerischer Prozesse macht dieses Neue möglich. Tragende Elemente eines 'Neuen Wohlstandsmodells' lassen sich politikfähig formulieren."

Otto Ulrich, Am Swistbach 4, D-53340 Meckenheim. Telefon: 02225-13725.

Bundesverwaltungsgericht: Stuttgarter Waldorf-Seminar gleichwertig mit Pädagogischen Hochschulen in staatlicher Trägerschaft

(cs) Am 23. Juni 1993 wurde vom Bundesverwaltungsgericht ein Urteil in der Streitsache zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Trägerverein des Seminars für Waldorfpädagogik Stuttgart verkündet (BVerwG 11 C 11.92 VGH 9 S 1682/89). Konkret ging es in der Streitsache zunächst um die Gleichwertigkeit und damit Bafög-Fähigkeit der vierjährigen Klassenlehrer- und -pädagogenausbildung. Das Gericht stellte in dieser bemerkenswerten Entscheidung klar, daß die Vorinstanz zu Recht das Seminar als Hochschule in nichtstaatlicher Trägerschaft im Sinne des Landeshochschulgesetzes betrachtet habe. Im Sinne des LHG bedürfe es "für die Errichtung einer Hochschule durch nichtstaatliche Träger einer hochschulrechtlichen - Anerkennung oder Zulassung nicht...". Vielmehr komme es ausschließlich auf die "Qualität der vermittelten Ausbildung" an, die am Lehrplan, der fachlichen und pädagogischen Eignung

der Dozenten und dem erreichbaren Abschluß festzumachen sei. § 2 Abs. 2 BAföG räume der zuständigen Behörde für die von ihr zu treffende Entscheidung über die Anerkennung der Gleichwertigkeit keinen Beurteilungsspielraum ein. Gleichwertigkeit der Ausbildung bedeute keine vollständige Gleichartigkeit.

Das Urteil darf als Erfolg für die Bemühungen um ein freies Hochschulwesen im Sinne der Dreigliederung betrachtet werden. Zu beachten ist allerdings, daß aufgrund der unterschiedlichen Landeshochschulgesetze das Urteil die Behandlung vergleichbarer Einrichtungen in anderen Bundesländern nicht präjudiziert.

Transplantationsgesetz

Derzeit ist man in den Bundesländern dabei, die Fragen der Organtransplantation durch Gesetze zu regeln. Die damit zusammenhängende Problematik wurde vor einiger Zeit von Monika Neve in der Zeitschrift "Lazarus" aufgegriffen. Dabei wurde einerseits die Frage behandelt, was menschenkundlich betrachtet durch die Organentnahme geschieht, andererseits wurde das rechtliche Problem einer Entmündigung des einzelnen durch die Erleichterung des Zugriffs auf die Organe sogenannter "Hirntoter" thematisiert.

In Rheinland-Pfalz legte die Fraktion der GRÜNEN einen Antrag zu Grundsätzen und Eckpunkten eines Transplantationsgesetzes vor (Landtagsdrucksache 12/3637 vom 5.10.93). Darin wird unter anderem festgestellt: "Wie für die Implantation von Organen, so kann auch für die Organentnahme - sei es bei lebenden, sterbenden (als hirntot definierten) oder toten Menschen - nur eine Zustimmung der Person selbst der Ausgangspunkt sein. Diese Zustimmung muß Ergebnis einer freien, bewußten und selbstbestimmten Entscheidung sein." Dieses Recht auf Zustimmung dürfe nicht übertragbar, ein Import von Organen aus anderen Ländern nur dann statthaft sein, wenn in diesen Ländern vergleichbare, die Mündigkeit des einzelnen respektierende, gesetzliche Regelungen vorhanden seien. Sogenannte "Lebenspenden" sollten nur unter Verwandten ersten Grades und Lebenspartnern möglich sein. Die Notwendigkeit eines Transplantationsgesetzes dürfe nicht dazu führen, "daß der Schutz aller Menschen und ihrer unveräußerlichen Rechte einem vermeintlichen Organbeschaffungsdruck untergeordnet" werde.

Nach Auffassung von Monika Neve könnte dieser Antrag eine gewisse Plattform für das Vorgehen auch in anderen Bundesländern bilden. Wer in dieser Sache aktiv werden möchte, setze sich bitte in Verbindung mit:

Monika Neve, Fridtjof-Nansen-Str. 7, D-24223 Ralsdorf, Telefon: 04307-6182.

Hausinitiative Hamburg

Dagmar Kübacher

Angenommen, Sie würden in einer Großstadt, irgendwo in Deutschland, ein freies Studium beginnen wollen,

- ein Studium, das den Anspruch hat, wirklich persönlichkeitsbildend zu sein,

- das Verwandlung fordert, die inneren Raum benötigt.

Eine notwendige Voraussetzung dafür ist zweifellos ein angemessener und bezahlbarer Wohnraum.

Das Angebot, soweit es überhaupt vorhanden ist, sind winzige möblierte Zimmer, Kellerzimmer, Zimmer zu horrenden Preisen... und das für Menschen, die wirtschaftlich ganz und gar nicht konkurrenzfähig sind. Denn sie müssen schon unter erschwerten Bedingungen arbeiten: keine staatliche Unterstützung, die Probleme der Studienfinanzierung generell, kein Bafög, keine Ermäßigungen in den meisten Bereichen. Und doch ist gerade die finanzielle Unabhängigkeit eine Voraussetzung für die künstlerische Ausbildung. So trifft sich seit etwa zwei Jahren ein Kreis von Studenten mit Mitarbeitern der Treuhandstelle Hamburg und der Triongenossenschaft, um sich mit diesen Fragen zu beschäftigen. Unser Anliegen ist der Freikauf von Wohnraum, Grund und Boden, Ausschluß von Spekulation mit Immobilien und die Ermöglichung der freien Gestaltung dieses Wohnraums für die Bewohner. Zudem wünschen wir uns eine "Vernetzung" dieser Projekte, um nach deren Freikauf die Mittel wieder der Verwirklichung neuer Ideen zur Verfügung zu stellen.

Modelle dieser Art gibt es bereits beispielsweise in Alfter, Den Haag, Ottersberg, - und auch in Hamburg existiert bereits ein solches Haus. In Anlehnung an

diese Beispiele machten wir uns auf die Suche nach einem geeigneten Objekt, was ein nahezu unmögliches Unterfangen schien. Jetzt endlich! - diesen Sommer wurde uns ein geeignetes Haus angeboten, das Wohnraum für 9-11 Studenten bieten kann. Die Besichtigung mit Sachverständigen war positiv, trotz einiger notwendiger Umbau- und Instandsetzungsmaßnahmen ist das Haus in einem guten Zustand. Auch die Besitzerin ist daran interessiert, das Haus an uns zu verkaufen. Die Trägerschaft wird der Verein für alternatives Wohnen übernehmen, der in Zusammenhang mit dem Kauf des ersten Hamburger Hauses gegründet wurde.

Die Zeit drängt! Wir sind mit allen Kräften daran, unseren Finanzplan zu verwirklichen und die nötigen Mittel zu organisieren. Dabei sind wir auf jede Unterstützung angewiesen. Der Kaufpreis beträgt 650.000,- DM, mit den Umbaumaßnahmen und anderen anfallenden Kosten steigert sich die Summe auf 800.000,- DM. Um die Mieten in dem für uns möglichen Rahmen zu halten, sollen etwa 400.000,- DM durch Schenkungsgelder aufgebracht werden. Der Grundstock hierfür wird durch eine Leih- und Schenkungsgeldgemeinschaft gelegt, durch Menschen aus dem Umkreis der Marie Steiner Akademie.

Um das Projekt zu verwirklichen, benötigen wir die Hilfe vieler Menschen! Wenn auch Sie sich an unserem Projekt beteiligen wollen und mit Rat und Tat und vor allen Dingen finanziellen Zuwendungen zur Seite stehen wollen, würden wir uns sehr freuen.

Es danken Ihnen für Ihre Hilfe und Hinweise: Die Studenten der Marie Steiner Akademie.

Kontaktadresse: Dagmar Kübacher, Vereinsstr. 61, D-20357 Hamburg, Tel.: 040-4393176, Fax: 040-456159.

GLS-Gemeinschaftsbank

(GLS) Am 25. November hat die GLS-Gemeinschaftsbank e.G. Bochum eine neue Beratungsstelle in Berlin eröffnet. Somit bestehen jetzt vier Beratungsstellen (neben Berlin, Hamburg, München und Hannover) und eine Filiale in Stuttgart.

Mit einem neuen Projektsparbrief der GLS können sich Anleger an der Modernisierung von 3.500 qm Wohn- und Arbeitsfläche in einem Berliner Altbaukomplex beteiligen, der vom Forum Kreuzberg genutzt werden soll.

Die neu aufgelegten Sparbriefe haben eine Laufzeit von 5 bis 10 Jahren und werden nach Wahl zwischen 0% und 3,5% verzinst. Die geringere Verzinsung der Einlagen kommt direkt dem Forum zugute, das mit ersparten Darlehenszinsen weitere Berliner Wohnprojekte unterstützen will.

Insgesamt ist die Bank an der Finanzierung von über 800 Projekten von Kiel bis München beteiligt. Die Bilanzsumme der GLS betrug Ende 92 112 Mio DM. Einschließlich der Gemeinnützigen Kreditgenossenschaft (GKG) und der Gemeinnützigen Treuhandstelle (GTS) betrug die Bilanzsumme 182 Mio DM. Aufgebracht wurde der Betrag von knapp 14.000

Mitgliedern und Kunden. *Gemeinschaftsbank, Oskar-Hoffmann-Str. 25, D-44789 Bochum. Tel.: 0234-30793-0/-37. Fax: 0234-30793-33.*

"Karmischer Übertragungsbonus"

(cs) "Entdecken Sie Ihr liebendes Selbst unter den ruhelosen Stimmen, die vorgeben, Sie zu sein. - Nutzen Sie die Heilung Ihrer "inneren Wirtschaft" als Mittel, den äußeren Fluß zu verstärken... Und nimm wieder DIE GROSSE ARBEIT auf, die zu erfüllen Du gekommen bist." Mit solchen Sätzen wirbt eine "Heal Our Planet Enterprise, Inc." "im Auftrag der Bruderschaft des Sterns" für ein "Inner Leadership Training for Spiritual Economics", dessen Beginn für 15. Oktober in Berlin angekündigt war. Zum Gesamtpreis von DM 4.600,- sollen den Teilnehmern in "Modulen" (mit den ebenso wohlklingenden wie wenig sagenden Namen

"Divine Wedding 1-4" und "World Server 1-3") entsprechende Verhaltensweisen antrainiert werden. Vielsagender sind schon die folgenden Passagen der Ankündigung: "Unsere beträchtlichen Kenntnisse in diesem Verfahren deuten in überwältigendem Ausmaß darauf hin, daß, je eher jemand einwilligt, seine finanziellen Blockaden und karmischen Möglichkeiten in die Hand zu nehmen und zu handeln, desto sanfter werden sie aufgelöst. *Aufschieben lohnt nicht, handeln Sie heute.* Um bei dieser Wahrheit zu bleiben, ist das Gesamthonorar im voraus fällig." Für vorfristige Überweisungen gibt es einen je nach Zahlungseingang zwischen 1% und 15% gestaffelten "unverzöglichen karmischen Übertragungsbonus". Wer da nicht zugreift! Verantwortlich für die Veranstaltung zeichnet u.a. Richard Groß (Schöntal-Westernhausen).

Hinweise auf Veröffentlichungen

Zwei Publikationen zur Organisationsentwicklung

Elaine Beadle, Albrecht Hemming: Die Organisation für "Stachelschweine"- Das föderative Prinzip in der Bundesphase einer Organisation. 127 S., DM 30,-

"Ein praktisches Handbuch für Menschen in den verschiedensten Organisationen, die wissen, wie schwierig es ist, zusammenzuarbeiten - ausgelöst durch unsere allzumenschliche "Stachelschwein"-Natur, die sich umso stärker zeigt, je individueller wir werden." So nennen die Autoren ihre Veröffentlichung, in der sie diesen Trend nicht zurückweisen, sondern einen Weg aufzeigen wollen, mit ihm konstruktiv umzugehen und Formen einer erträglichen Zusammenarbeit zu entwickeln. Dabei versuchen sie, den Arbeitsansatz der Dreigliederung mit Lievegoeds Darstellung der Entwicklungsphasen von Organisationen zu verbinden, was für sie in "eine föderativ gestaltete Organisation" mündet - insoweit wird in dem Phasenmodell von Pionier-, Differenzierungs- und Integrationsphase der letzteren eine "Bundesphase" vorgeschaltet, die der Veranlagung der Integration dient. "In der 'Bundesphase' lernen die für die 'Länder' Verantwortlichen, mit anderen Bereichen föderative Beziehungen aufzunehmen. Alle Beteiligten gehen bewußter mit ihrer jeweiligen Interessenlage um. Es wird so möglich, den eigenen Egoismus teilweise aufzugeben, aber es wird nicht gefordert, daß sich jeder sofort selbstlos einem größeren Ziel unterzuordnen habe." (S. 15) Der "Verhandlungsstil", die Herausbildung allseits akzeptabler Rechtsverhältnisse sei für diese Phase typisch.

Inhaltsübersicht: Aufgabenstellung und Lösungsansätze / Standort und Perspektive im Sinne von Entwicklungsphasen von Organisationen / Elemente zur Gestaltung der Bundesphase (Dreigliederung sozialer Verhältnisse - Drei Gebiete: Individuelles Geistesleben,

Wirtschaftsleben, Rechtsverhältnis im Verhältnis zu Geistes- und Wirtschaftsleben - Die Rechtsskala) / Unterstützende Führung / Fähigkeiten für Führende und Mitarbeiter: Interessen, Verhandeln, soziales Tun, Auswerten / Rahmenbedingungen: Geistige Rahmenbedingungen, Verfassung, Struktur der Organisation, Devolution.

Elaine Beadle und Albrecht Hemming sind seit vielen Jahren in der Unternehmensberatung tätig.

Das Buch ist zu beziehen durch: MIRA Entwicklungsberater, Im Rondell 1, D-79219 Staufen. Fax 07633 - 500633.

F. Glasl, B. Lievegoed: Dynamische Unternehmensentwicklung - Wie Pionierbetriebe und Bürokratien zu schlanken Unternehmen werden. 220 S., gebunden DM 88,- ISBN 3-7725-1162-7 (Verlag Paul Haupt Bern / Verlag Freies Geistesleben Stuttgart)

(cs) Vor beinahe 20 Jahren (1974) erschien das Buch *Organisation im Wandel* von Bernhard Lievegoed in deutscher Übersetzung. Darin wurde das bekannte 3-Phasen-Modell der Evolution von Unternehmen ausführlich dargestellt. Glasl, als Autor und Unternehmensberater gleichermaßen ausgewiesen, versucht dieses Konzept im Lichte des heutigen wissenschaftlichen Diskussionsstandes und der Debatte um das Lean Management neu darzustellen.

Während Hemming/Beadle in ihrem mehr populär geschriebenen Büchlein der Integrationsphase eine "Bundesphase" vorschalten, entdeckt Glasl in dem wissenschaftlich anspruchsvollen Werk (die kleingedruckten Literaturhinweise umfassen allein 10 Seiten) die sogenannte "Assoziationsphase". Diese wird als vierte Phase - nach der Integrationsphase - betrachtet. "Die *Assoziationsphase* wendet sich ... der *Kernaufgabe* zu, das Unternehmen mit den Umwelten assoziativ so zu integrieren, daß es sich vorausschauend pro-aktiv und partnerschaftlich-dialogisch mit seinen verschiede-

nen Umwelten auseinandersetzen kann und in diesem Spannungsfeld verbindliche Maßnahmen trifft." "Anstelle der Dominanz eines Unternehmens müssen Mittel und Wege gefunden werden, wie mit gegenseitiger Abhängigkeit aller Beteiligten konstruktiv umgegangen werden kann. Dadurch entstehen weitläufige, miteinander vernetzte Unternehmens-Gruppen, die ich 'Unternehmens-Biotop' nenne." (S. 103).

Das Buch enthält eine Fülle wertvoller Gesichtspunkte zur Führungs- und Organisationslehre. Gleichzeitig darf der Begriff der "Assoziationsphase" nicht darüber hinwegtäuschen, daß der assoziativwirtschaftliche Ansatz R. Steiners in der Organisationsentwicklung bisher nur sehr anfänglich zur Kenntnis genommen wurde. Unternehmens-Biotop, "strategische Allianzen" etc. sind noch keine assoziativen Organbildungen (Glasl sieht deshalb zu Recht hier ein Machtproblem), sie könnten allenfalls zu solchen weiterentwickelt werden. Andererseits stellt sich das Problem der Zusammenarbeit von Unternehmen miteinander und mit den Verbrauchern durchaus bereits in der Pionierphase.

Eine Bibliographie zur Dreigliederung des sozialen Organismus

Erwin Haas

Erstellung: Die neu erschienene Bibliographie entstand im Rahmen eines Projekts der Sozialwissenschaftlichen Forschungsgesellschaft e.V. Stuttgart in jahrelanger Arbeit durch mehrere Mitarbeiter, zuletzt durch den Autor, der auch die Verstichwortung und die Schlußredaktion besorgte. Es wurde mit den ca. 3600 Hinweisen auf Bücher und Zeitschriftenartikel aus dem Zeitraum von 1919 bis 1992 ein großer Teil des relevanten Schrifttums jeweils mit einer Inhaltsangabe thematisch gegliedert erfaßt. Das Werk Rudolf Steiners ist bereits durch vorhandene Übersichtsbände erschlossen und wurde deshalb nicht bibliografiert.

Inhalt: Die Bibliographie enthält zunächst ein Kapitel mit Hinweisen auf grundlegende Werke. Es folgt ein Kapitel über allgemeine Aspekte des Sozialen, in dem Hinweise auf Schriften über das Thema "soziale Fähigkeiten", "soziale Kunst" und "Individualität und Gemeinschaft" enthalten sind, sodann ein Kapitel über Beiträge zur Geschichte. Den Hauptteil der Bibliographie stellen die drei Abschnitte über das freie Geistesleben (speziell auch zum freien Schulwesen), das Staats- und Rechtsleben und das Wirtschaftsleben dar. Drei weitere Kapitel behandeln Beiträge aus der praktischen Arbeit, Berichte und Sonstiges. Zur Übersicht ist noch ein Kapitel mit Sammelwerken angefügt. Die Einzelbeiträge aus den Sammelwerken sind außerdem in den thematischen Kapiteln enthalten.

Durch die Bibliographie ist der Zugang zu einem wertvollen, aber oft weit verstreuten Schrifttum erleichtert. Recherchen sind dadurch weniger zeitraubend oder vermeidbar. Ein nützliches Hilfsmittel für die auf diesem Gebiet Arbeitenden, für Interessierte und für die gelegentliche Literatursuche etwa in Büchereien ist damit gegeben.

Bezug: Die Broschüre (266 S., DIN A4-Format, kart.) kann bezogen werden durch Überweisung eines Kostenbeitrags von DM 35,- zzgl. DM 5,- für Versand auf Konto Nr. 352 767-707 (Erwin Haas) beim Postscheckamt Stuttgart (BLZ 600 100 70) oder durch Scheck an: Sozialwissenschaftliche Forschungsgesellschaft e.V., c/o Erwin Haas, Haußmannstr. 106, D-70188 Stuttgart. (Bitte die Adresse - Straße, PLZ und Ort - vollständig und deutlich in den Zeilen "Verwendungszweck" des Überweisungsformulars angeben!)

Dreigliederung und anthroposophische Gesellschaft

Peter Boock: DAS TOR OFFENHALTEN - Die Aufgaben der Anthroposophie und die Konstitution der Anthroposophischen Gesellschaft, Drei Hasen Verlag Elzach 1993, DM 22.-.

Peter Boock

Ob von der Anthroposophie her Impulse für eine sachgemäße Gestaltung des Sozialorganismus wirksam werden können, hängt nicht unwesentlich davon ab, wieweit sich die für Anthroposophie Engagierten bei der Gestaltung ihrer eigenen Lebenszusammenhänge als sachkundig erweisen.

Rudolf Steiner hat mit der Weihnachtstagung 1923 die Anthroposophische Gesellschaft neu begründet. Nach Rudolf Steiners Tod war die Mitgliedschaft über Jahre hinweg durch schwere, oft auch stark emotional geführte Auseinandersetzungen über das "richtige" Verständnis der Weihnachtstagungskonstitution belastet.

Seit einigen Jahren ist in den anthroposophischen Zeitschriften eine kritische Auseinandersetzung über die Fragenkomplexe "Aufgaben" und "Struktur" in Gang gekommen, die sich durch Offenheit und Sachlichkeit auszeichnet - bei aller Unterschiedlichkeit der Standpunkte. Eine gewisse Ausnahme macht das Heft von Info 3 (April 93), das auch einige recht polemische Beiträge enthält. Gerade aus diesen aber wird deutlich, daß die Diskussion zu kurz greift, wenn die Erörterung von Strukturfragen lediglich als interne Angelegenheit der Anthroposophischen Gesellschaft gesehen wird. Es darf nicht übersehen werden, daß in nicht geringer Anzahl Menschen, die ein positives Verhältnis zur Anthroposophie haben, keine Beziehung zur Anthroposophischen Gesellschaft finden. Mit diesem Sachverhalt korrespondiert die Frage, wieweit das unzureichend geklärte Verhältnis der tätigen Anthroposophen zueinander zum Hindernis wird, aus der Zeit heraus gestellte Aufgaben zu erkennen und in Angriff zu nehmen. Diese Frage ist aufzuwerfen trotz der Fülle der von Anthroposophen ergriffenen Initiativen und Aktivitäten, die viele bis an die Grenze ihrer Möglichkeiten in Anspruch nehmen.

"Anthroposophische Gesellschaft" steht vor der Welt als ein Zusammenhang von Menschen, die sich in einer vertieften Weise um die Auseinandersetzung mit den heute vom Leben gestellten Fragen und Aufgaben bemühen. Sie wird im allgemeinen Sozialzusammenhang anerkannt und akzeptiert, soweit sie zeigen kann,

daß sie die auch sonst bestehenden sozialen Probleme für sich selber in einer menschlichen Weise zu lösen bzw. zu bewältigen vermag.

Den allgemeinen Sozialzusammenhang interessiert es zunächst nicht, ob es den tätigen Mitgliedern gelingt, sich etwa über die Frage zu einigen, wie die "Struktur einer modernen Mysteriengesellschaft" beschaffen sein müsse. Von erheblichem Interesse ist es aber für sie, ob sich die Anthroposophische Gesellschaft mit ihrer Organisationsstruktur offen und beispielgebend in den gesamten Sozialorganismus hineinzustellen vermag. Es dürfte unstrittig sein, daß Rudolf Steiner eben dies mit der Neugründung 1923 beabsichtigt hatte.

Ob die "Dreigliederung des sozialen Organismus" als sachgemäße Lösung der weltweiten sozialen Probleme gesehen und verstanden werden kann, hängt wesentlich davon ab, wieweit die für Anthroposophie Verantwortlichen ihre Beziehungen untereinander

ebenso wie ihr Darinnenstehen in der modernen Gesellschaft aus der Erkenntnis der sozialen Gesetzmäßigkeiten der Gegenwart zu gestalten vermögen.

Bei den bisherigen Erörterungen der Strukturfragen der Anthroposophischen Gesellschaft scheint mir diesem Aspekt noch nicht genügend Aufmerksamkeit zugewendet. Darüber ein kritisches Gespräch anzulegen ist die Intention von zwei Aufsätzen über Aufgaben und Konstitution der Anthroposophischen Gesellschaft, die ich in diesem und im letzten Jahr veröffentlicht habe (s.o.). M.E. sollte dieses Gespräch nicht nur intern - unter den Mitgliedern der Anthroposophischen Gesellschaft bzw. der Freien Hochschule für Geisteswissenschaft geführt werden, sondern unter allen, denen das Wirksamwerden der Anthroposophie ein Anliegen ist.

Peter Boock, Grabenstr. 8, D-79215 Elzach, Telefon: 07682-7387.

Bekanntmachungen und Termine

Tagung "Rudolf-Steiner-Schulen und die sozialen Fragen der Gegenwart"

Tagung für Lehrer, Geschäftsführer und Schulvereinsvorstände, 24.1. - 28.1. 1994, Lehrerseminar Dornach, Brosiweg 5.

Veranstalter: Institut für zeitgemäße Wirtschafts- und Sozialgestaltung. Leitung: Udo Herrmannstorfer

Programm: 8.30 - 10.00 Uhr: Einführungskurs in die Dreigliederung des sozialen Organismus (Udo Herrmannstorfer)

10.30 - 12.30: Vom sozialen Erleben zum sozialen Verständnis - Die soziale Frage im Entwicklungsgang des Kindes von der Vorschulzeit über das Volksschulalter bis zur Oberstufe (Andreas Schubert, Georg Geier, Werner Spalinger).

15.00 - 16.30: Kunst und Sozialität (Angelika Hausmann, Leonard Orta)

17.00 - 18.30: Die Freie Schule als soziales Übungsfeld. Zur Sozialgestalt der R.Steiner-Schule. Schule als Vertragsform - Stellung des Kollegiums - Stellung der Eltern - Finanzierung freier Schulen - Schule als Einheit. Berichte über beispielhafte Entwicklungen (U. Herrmannstorfer, Werner Spalinger, Michael Harslem u.a.)

Abends: Aussprache. U.a. Behandlung aktueller Geschehnisse in der Schule.

Teilnahmegebühr Fr. 300,- / 330,- DM (Ermäßigung nur auf Antrag). Anmeldung über Institut für zeitgemäße Wirtschafts- und Sozialgestaltung, Brosiweg 8, CH-4143 Dornach, Tel.: (0041)061 / 701 74 78, Fax: 701 84 14.

Neuer Start des Begleitstudiums für Studenten sozialwissenschaftlicher Disziplinen

André Bleicher

Der von der *Arbeitsgemeinschaft für Sozialwissenschaft und Sozialgestaltung (ASS)* veranstaltete Kurs war bisher v.a. auf Studenten der Südwest-Region (Freiburg, Basel, Zürich) ausgerichtet; er besteht nun seit 1990 (vgl. Netzwerk-Rundbrief 3/91) und dauerte jeweils anderthalb Jahre mit einem Seminarwochenende pro Monat, insgesamt etwa 18 Wochenenden. Gearbeitet wurde in einer kleinen Gruppe mit maximal 15 Teilnehmern an Steiner-Texten sowie später zunehmend an Fallbeispielen.

Mit Beginn des Jahres 1994 hat nun eine neue Generation von Studenten die Initiative und Verantwortung für den Kurs übernommen und auf einem Treffen vom 12.-14. November in Herrisried folgende Grundlagen vereinbart:

1. Treffen und Termine: Der Teilnehmerkreis hat sich auf Nord- und Ostdeutschland erweitert, deshalb soll nun ca. zweimonatlich nach Möglichkeit an verlängerten Wochenenden seminaristisch gearbeitet werden. Die nächsten Termine sind der 21.-23. Januar, der 11.-13. März und der 12.-15. Mai.

2. Themen: Neben der Textarbeit wird zunehmend auch themenspezifisch gearbeitet werden. Selbständiges Arbeiten wird wie bisher an Protokollen und Referaten geübt; durch Fallbeispiele und Übungen zur Organisationsentwicklung wird der Praxisbezug weiterhin ein integraler Bestandteil der Arbeit sein. Als Themen werden zunächst die methodischen Grundlagen der Sozialwissenschaft bearbeitet, daran anschließend die Menschenkunde und das Verhältnis von Menschenbild und Gesellschaftsordnung. Es folgen die klassischen Themen der "Kernpunkte der sozialen Frage" wie das Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln und an Grund und Boden, die Gliederung von Arbeit und Einkommen, die assoziative Wirtschaftsgestaltung durch

Betriebs- und Wirtschaftsräte und der Rechtsbegriff R. Steiners. Daran anknüpfend soll die Krise der Landwirtschaft und die ökologische Frage als Problem assoziativer Wirtschaftsgestaltung behandelt werden. Einen weiteren Schwerpunkt bilden die soziologischen Themen wie Schwellenübertritt, Gruppenbildung und Gesprächsgliederung. Breiten Raum werden Themen der Gesellschafts-, Bewußtseins- und Ökonomiegeschichte einnehmen.

3. Organisation: Der Kurs wird von den Studenten selbst verwaltet. Sie organisieren die Treffen, vereinbaren die Themen und wählen die Dozenten aus. Die ASS bildet als gemeinnütziger eingetragener Verein den institutionellen Rahmen. Um dem schmalen studentischen Budget Rechnung zu tragen, sind die Kosten der Seminare mit 5 DM je Essen und Übernachtung so niedrig als irgend möglich angesetzt. Tagungsort ist bislang Haus Murgquelle, Lochhäuser 19, 79737 Herrischried. Auch wenn die Treffen an anderen Orten als bisher stattfinden, werden sich für einige Studenten hohe Anreisekosten ergeben. Deshalb hoffen wir, das Projekt eines Begleitstudiums für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften z.T. auch durch Spenden finanzieren zu können.

4. Beziehungen zu anderen Institutionen: Vorbild unseres Projekts sind ähnliche, von Studenten selbstverwaltete Initiativen: zum einen die anthroposophischen Hochschulwochen in Stuttgart; dort hat sich innerhalb des wirtschaftswissenschaftlichen Fachkurses eine kontinuierliche Zusammenarbeit der Studenten entwickelt, durch welche die Einrichtung des Begleitstudiums erst möglich wurde. U.a. konnte ein Dozent des Fachkurses, Mathias Küster, als Dozent für die Grundlagenarbeit des Januartreffens gewonnen werden. Das andere Vorbild ist die langjährige von Studenten organisierte Dreigliederungsausbildung in den Niederlanden. Mit Absolventen dieses Kurses kam es während der traditionellen Sommertagung der ASS zu einem angeregten Austausch, den wir auf der nächsten Sommertagung (Ende August, eine Woche) hoffen, weiterentwickeln zu können. Darüber hinaus sind wir für jegliche Anregung zu Kooperationen dankbar, um auf diese Weise vielleicht ein echtes Wanderstudium realisieren zu können.

5. Arbeitsweise: Anliegen des Kurses ist es sicher nicht, die Seelenfähigkeiten von Denken und Wollen durch eine abstrakte Trennung noch weiter zu zerteilen, sondern sie im Gegenteil zu verbinden. In diesem Sinne ist der Kurs nicht auf immatrikulierte Studenten beschränkt, sondern richtet sich an alle, die sich in der skizzierten Form soziale Erkenntnisse erarbeiten wollen. Anhand von separaten Gesprächen und vor allem durch die Lektüre der Protokolle soll auch ein späterer Einstieg ermöglicht werden. Auf die Zusammenarbeit der Dozenten wird von uns besonders Wert gelegt; es soll kein Potpourri von Meinungen nebeneinander stehen, sondern der wissenschaftliche Diskurs mit immanent kritischer Methode gepflegt werden.

Kontakt: Cornelia Gretz, Ernst-Fahlbusch-Str. 30, D-37077 Göttingen, 0551-377905. André Bleicher, Weidenstr. 7, D-68165 Mannheim, 0621-403842. Ge-

schäftsstelle der ASS, Lochhäuser 19, D-79737 Herrischried, 07764-6612.

Fortbildungsreihe für Berufstätige "Individualität und soziale Verantwortung"

Fr, 21. - So, 23. Januar 1994: **Grundlagen einer organischen Geldordnung - Neue Formen im Umgang mit Geld.** Einführendes Wochenendseminar, Rudolf-Steiner-Haus Nürnberg, Rieterstr. 20.

Freitag abend: Einleitender Vortrag: Das Rätsel des Geldes - Entwicklung des Geldwesens, geldtheoretische Ansätze (Dr. Christoph Strawe)

Samstag vormittag: Seminar zum Thema "Kaufgeld, Leihgeld, Schenkungsgeld" (Einleitende Referate: Udo Herrmannstorfer / seminaristische Arbeit). Mittags Stadtbesichtigung. Nachmittags Fortsetzung der Arbeit zum Thema "Kaufgeld, Leihgeld, Schenkungsgeld". Abends: Praktische Beispiele (GLS-Bank, Verbund Freie Unternehmensinitiativen). Sonntag: Fortsetzung der seminaristischen Arbeit.

Do, 10. - So, 13. Februar 1994: **Computer und Wirklichkeit.** Verlängertes Wochenendseminar, Software AG Darmstadt, Schulungszentrum, Neue Bergstr. 9-13, D-64665 Alsbach-Hähnlein

Donnerstag abend: Voraussichtlich Vernissage "Kunst und Computer": Demos, Spiele, Kunstobjekte, Grafik, Animation.

Freitag: Phänomenologische Experimente zum Tagungsthema (P. Nöbauer). Vortrag: Der Sinnesprozeß des Menschen (Prof. Klas Diederich/angefragt). Vortrag: "Imaginationen" - Von der Realität zur virtuellen Realität (Prof. Dr. Udo Bleimann). Plenumsgespräch. Vortrag: Auswirkungen des Computers im sozialen Leben (U. Herrmannstorfer)

Samstag: Gesprächs- und Arbeitsgruppen: Computereinsatz im Bankwesen (Klaus Auls). Der Computer aus der Sicht des Benutzers (Prof. Dr. Udo Bleimann). Computer, Denken und Bewußtseinsentwicklung (C. Strawe). Künstlerischer Ausgleich oder Verwandlung des Umgangs mit dem Computer (P. Nöbauer). Soziale und technische Probleme der Einführung des Computers in einem kleineren Unternehmen (Hans-Udo Zöller, Friedhelm Schmidt). Einsatz des Computers in der technischen Anwendung (Hans Pröls, Erwin Haas). Zum Wesensverständnis des Computers (Michael Hälsig). Der Sinnesprozeß des Menschen (Klas Diederich/angefragt).

Sonntag vormittag: Fortsetzung der Gruppenarbeit. Aussprache im Plenum. Vortrag: Computer und Moralität (U. Herrmannstorfer).

Do, 17. - So, 20. Februar 1994: **Die Trennung von Arbeit und Einkommen.** Verlängertes Wochenendseminar, Anthroposophisches Zentrum Kassel, Wilhelmshöher Allee 261.

Donnerstag abend: Vortrag "Arbeit und Lohn - Zur geschichtlichen Entwicklung des Lohnverhältnisses" (C. Strawe)

Freitag vormittag: Künstlerischer Kurs. Referat: Die Trennung von Arbeit und Einkommen - Zum "Sozialen Hauptgesetz" (Udo Herrmannstorfer). Gesprächsarbeit. Nachmittag: Referat: Bedürfnislohn oder Leistungslohn? (C. Strawe). Gesprächsarbeit. Abends: Podiumsdiskussion "Zukunft der Lohnentwicklung" (Gewerkschaften und Unternehmer im Dialog)

Samstag, vormittag: Künstlerischer Kurs. Referat: Die rechtliche Stellung des Mitarbeiters - Das Prinzip der Ertragsteilung (U. Herrmannstorfer). Gesprächsarbeit. Nachmittags Forum: Möglichkeiten und Kriterien der Lohnfindung in der Praxis. Abends Vortrag: Arbeitslosigkeit, Grundeinkommen (U. Herrmannstorfer)

Sonntag vormittag: Künstlerischer Kurs. Gesprächsarbeit, Rückblick, Schlußwort.

Weitere Veranstaltungen in der ersten Jahreshälfte 1994:

Seminar, Mo, 14. - Fr, 18. März 1994, Land en Bosch, Holland: **Zusammenarbeit und Organisationsentwicklung - Arbeit mit dem NPI, Institut für Organisationsentwicklung.** Eigene Praxisfälle, Übungen, Einführungen. Mit Fert van Koolwijk und anderen.

Verlängertes Wochenendseminar, Do, 12. - So, 15. Mai 1994, Naturata Überlingen: **Lebensfelder der Gleichheit: Recht, Staat, Politik.** Mit U. Herrmannstorfer, C. Strawe, Peter Lüdemann-Ravit und Paul Pollock.

Wochenendseminar, Sa, 4. - So, 5. Juni 1994, Waldorfschule Schwäbisch Hall: **Buchführung als Instrument der Bewußtseinsseele - Grundlagen und Praxis.** Seminar für Fortgeschrittene mit Christian Czesla.

Arbeitswoche, So, 26. Juni - Sa, 2. Juli 1994, Goetheanum Dornach: **Sternenwirksamkeit und soziale Gestaltung - Astronomie, Embryologie, Sozialwissenschaft.** In Verbindung mit der Mathematisch-astronomischen, der Sozialwissenschaftlichen und der Medizinischen Sektion am Goetheanum. Mitwirkende u.a.: Georg Glöckler, Leo de la Houssaye, Albrecht Hemming.

Veranstalter: Institut für soziale Gegenwartsfragen Stuttgart / Institut für zeitgemäße Wirtschafts- und Sozialgestaltung Dornach. Verantwortlich: Udo Herrmannstorfer und Dr. Christoph Strawe

Teilnahmegebühren (ohne Unterbringung und Verpflegung). Geldseminar DM 220,-. Computerseminar DM 400,- (für regelmäßige Teilnehmer der Fortbildungsreihe DM 300,-. "Arbeit und Einkommen"/"Recht, Staat und Politik" DM 250,-. NPI-Seminar DM 420,-. Astronomie-Woche DM 380,-. Ermäßigte Gebührensätze für Teilnehmer aus den neuen Bundesländern auf Anfrage. **Anmeldeunterlagen** können Sie anfordern beim Institut für soziale Gegenwartsfragen, Büro Strawe, Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Tel.: 0711-2368950. Fax: 0711-2360218.

Quo vadis, Europa? -Tagung in Wien, 7.-10. April 1994

Vom 7.-10. April findet in Wien eine Europa-Tagung statt, bei der es um Chancen, Risiken und Gestaltungsmöglichkeiten auf dem Weg in ein vereintes Europa geht. Sie wird vom Helikon-Institut für Sozialgestaltung und Integrationsberatung durchgeführt. Mitveranstalter sind das Institut für zeitgemäße Wirtschafts- und Sozialgestaltung Dornach und das Institut für soziale Gegenwartsfragen Stuttgart.

Geplanter Ablauf: Donnerstag abend Vortrag von U. Herrmannstorfer: Die Europäische Gemeinschaft - ein richtiger Weg in die Zukunft?

Freitag: Stadtrundfahrt Wien. Vortrag von Erich Cibulka: 75 Jahre Österreich - Reich an Tradition - reif für Innovation.

Samstag: Vortrag von C. Strawe: Zur Überwindung des Nationalismus - Lebensbedingungen für Minderheiten in einer multikulturellen Gesellschaft. Gruppenarbeit zum Thema. Vortrag U. Herrmannstorfer: Zusammenarbeit statt Konkurrenz in der Wirtschaft. Gruppenarbeit zum Thema. Abends Vortrag C. Strawe: Die Verantwortung Mitteleuropas für den Osten. Sonntag: Vortrag von Friedrich Platzer: Die Verwandlung des Obrigkeitsstaates. Gruppenarbeit und Plenum.

Teilnehmerbeitrag (ohne Unterkunft und Verpflegung) ÖS 1.900,- bzw. DM 270,- (davon Anzahlung: ÖS 500,- bzw. DM 70,-)

Nähere Informationen und Anmeldeunterlagen: Helikon, Erich Cibulka, Franz-Josefs-Kai 65/22, A-1010 Wien, Tel./Fax: 0043-1-310 50 34.

Arbeitskreis "Soziale Dreigliederung im Ruhrgebiet"

1. Offener Studienkreis

(wn) Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Angst vor Europa - immer mehr Menschen fragen sich: Wie soll das noch weitergehen? Unser Arbeitskreis hat keine fertigen Patentlösungen anzubieten. Doch sind wir überzeugt, daß der Impuls der *Dreigliederung des sozialen Organismus*, wie Rudolf Steiner ihn formuliert hat, die Möglichkeit eröffnet, drängende Probleme zu lösen. Unser - zugegebenermaßen hochgestecktes - Ziel ist es, gemeinsam mit interessierten Menschen dieser Idee zum Durchbruch zu verhelfen. Machen Sie mit, wir laden Sie ein. 30 Kursstunden - jeweils Fr, 20.15 Uhr, seit 27.8. 93. Ort: Treffpunkt Eickel, Reichstr. 66, Wanne-Eickel.

2. Die Dreigliederung des sozialen Organismus - eine systematische Einführung in die Ideenbildung Rudolf Steiners. Leitung Herbert Schneider, Soziologe, Dozent beim Paritätischen Bildungswerk. Beginn Di, 2.11., 20.00 - 21.30 Uhr. 14tägig. Kostenbeitrag 5,- DM pro Person und Abend.

Kontaktaufnahme über Wilhelm Neurohr, Hukesteinstr. 5, D-45657 Recklinghausen. Tel.: 02361-15543, oder Edgar Forster (02327-71311).

"Unternehmen in der Krise: Umschalten auf ein anderes Wachstum"

Unter diesem Titel findet am 10./11. Dezember 1993 in den Räumen der Firma Hassinger in Ludwigshafen-Oggersheim das fünfte Unternehmer-Seminar von Sagres Services statt. Themen sind die Perspektiven eines neuen Führungsstils, die Entfaltung des Mitarbeiterpotentials in der Unternehmung (Flexibilität, Motivation und Mitgestaltung am Arbeitsplatz), mehr soziale Kompetenz durch künstlerische Kreativität, Kunst als Ausdruck des sozialen Wandels und als Gestaltungsmittel von Unternehmensprozessen. Es wirken u.a. mit: Elmar Lampson, Johannes Matthiessen, Yvonne Macieczyk, Karl Martin Dietz und Klaus Fischer. Tagungsgebühr DM 400,-.

Nähere Information und Anmeldung über Klaus Fischer, Sagres Services, Am Taubenfeld 12, D- 69123 Heidelberg, Tel.: 06221-831094, Fax: 06221-839026.

Demetria-Projekt Brasilien in finanziellen Nöten

Christoph Strawe

Im Rundbrief Nr. 1/93 haben wir das Demetria-Projekt in Botucatu vorgestellt, dem eine Schlüsselrolle insbesondere für die biologisch-dynamische Landwirtschaft in Brasilien zukommt (u.a. liegt bei dem dortigen Forschungsinstitut die Kontrolle des Demeter-Warenzeichens in Brasilien).

Der Trägerverein ist durch die Rezession in großen Schwierigkeiten, bisherige Unterstützungsgelder sind nicht mehr verfügbar; eine notwendige wirtschaftliche Umstrukturierung verschlingt Mittel. Hinzu kommt die Zerstörung des Brunnens durch Blitz (anteiliger Betrag am neuen Gemeinschaftsbrunnen 13.600,- DM). Insgesamt ergibt sich ein Fehlbetrag von bis zu 37.000,- DM. Für deutsche Verhältnisse keine gewaltige Summe, für brasilianische ein Vermögen.

Wer irgendwie helfen kann, ist herzlich gebeten, etwas zu geben. Das Geld kann auf das Konto bei der GLS Gemeinschaftsbank eG in Bochum, Kto.Nr.

11 575-600 ABT-Estancia Demétria überwiesen werden. Wer eine Spendenbescheinigung benötigt, wende sich bei der GLS an Herrn Burkhardt (GLS, Oskar-Hoffmann-Str. 25, D-44789 Bochum, Telefon: 0234/ 37 653).

Edelsteine für Botucatu

(CS) Eine Finanzierungsquelle unter anderen für die Schule in Botucatu war bisher ein Edelsteinverkauf bei verschiedenen Dreigliederungsveranstaltungen, der von einem brasilianischen Freund durchgeführt wurde. Da dieser inzwischen wieder nach Brasilien zurückgekehrt ist, will sich Reinhold Hach dieser Sache annehmen und sucht hierfür noch Mitarbeiter. Die Aufteilung des Erlöses aus dem Verkauf stellt er sich wie folgt vor: 1/3 für den Ankauf neuer Steine, 1/3 als Spende an die "Freunde der Erziehungskunst Rudolf Steiners", Stichwort: Aitara-Schule, Botucatu, PGA Stgt, Kt.Nr. 39800-704, BLZ: 60010070 (steuerliche Absetzung ist

möglich). 1/3 will er zur Deckung der Kosten der Aktion und als Rücklage verwenden.

Kontakt: Reinhold Hach, Am sonnigen Hang 4, D-55127 Mainz-Marienborn, App. 1112. Tel.: Mo-Do, 8-15h: 06131-802185, ab 16h: 06131-364844, am Wochenende: 0651-85857.

Die anthroposophische Initiative in Kaluga bittet um Unterstützung

(nb/cs) Die anthroposophische Initiative in Kaluga, die von Nikolai und Ludmilla Bansljuk begründet wurde, besteht schon einige Jahre. Kaluga liegt 180 km südwestlich von Moskau entfernt und hat ca. 300.000 Einwohner. Seit 1991 haben dort erste öffentliche Aktivitäten (IDRIART-Festival, Waldorf- und Kindergartenseminare) stattgefunden. Letztes Jahr entstand der Verlag "Geistige Erkenntnis GmbH", der anthroposophische Bücher auf Russisch veröffentlicht. Weitere Aktivitäten in Richtung auf Waldorfpädagogik, soziale Dreigliederung und Architekturausbildung sind in Vorbereitung.

Die Arbeit wird durch das Fehlen eigener Räume sehr erschwert. Inzwischen hat der Stadtrat positiv auf einen entsprechenden Antrag reagiert. So besteht jetzt die Möglichkeit zum Erwerb eines Grundstücks mit einem wiederaufzubauenden Haus in schöner zentraler Lage, außerdem könnte evtl. auch ein Grundstück in der Nähe des Stausees am Stadtrand erworben werden.

Der erste Schritt zur Förderung wurde von dem bisherigen Freundeskreis mit einem kleinen Spendenbetrag von DM 3.500,- bereits getan. Damit konnte gegenüber der Verwaltung gezeigt werden, daß die Initiatoren ernste und aktive Unterstützung aus dem Ausland haben. Es geht nun darum, mit einem weiteren Betrag den Wiederaufbau des Hauses in einem ersten Bauabschnitt einzuleiten. Benötigt werden für diesen ersten Abschnitt ca. 50.000,- DM, für die Totalrenovierung weitere 70.000,- DM (umgerechnet sind dies insgesamt 6-7 Mio Rubel). Um die günstige, lang ersehnte Möglichkeit nutzen zu können, bitten Nikolai und Ludmilla Bansljuk alle Freunde um materielle Unterstützung des Projekts.

Spenden werden erbeten auf IDRIART e.V. Sonderkonto Kaluga, Kto.Nr. 525 30 67 006, Deutsche Bank Hamburg-Pöseldorf (BLZ 200 700 00).

Waldorfschule Salzburg

(loe/cs) Der Neubau der Waldorfschule Salzburg wird ein öffentlich anerkanntes Modellschulprojekt. Für Österreich, wo um die Anerkennung der Waldorfpädagogik noch schwer gekämpft werden muß, ein bedeutender Erfolg! Nach langen und zähen Verhandlungen trägt die öffentliche Hand nun fast 75% der Baukosten (fast 11 Mio Mark). Die 220 Eltern der Schule haben aber immer noch 30 Mio Schilling (ca. 4,3 Mio DM) zu zahlen. Einen Teil wird man aus eigener Kraft aufbringen. Dieser Teil wird aber nicht ausreichen, weil die laufenden Betriebskosten und Lehrergehälter bis heute erst zu rund einem Fünftel vom Staat getragen werden.

Durch diese Situation muß jede Familie hiervon umgerechnet ca. 7000,- DM selbst aufbringen.

Geholfen wäre mit Spenden, Tilgungszusagen für die aufgenommenen Kredite über einen längeren Zeitraum oder auch mit Bürgschaften.

Nähere Informationen: Freunde der Waldorfpädagogik in Salzburg - Förderverein, Nonntaler Hauptstr. 58a, A-5020 Salzburg. Direkte Spenden sind möglich über die "Freunde der Erziehungskunst R. Steiners", PGA Stgt, Kto.Nr. 39800-704 (BLZ 60010070), Kennwort "Neubau Salzburg" (steuerlich abzugsfähig).

Spendenaufwurf der "Aktion Kulturland"

Die Aktion Kulturland ist eine gemeinnützige Stiftung für Landwirtschaft und Ökologie. Für Landkauf-

Aktionen der gemeinnützigen Hofprojekte werden dringend Mittel gesucht.

Nähere Informationen über die Projekte: Aktion Kulturland, Mittelweg 147, D-20148 Hamburg, Tel. 040/4102880. Spenden sind möglich auf das Konto Nr. 1158-201, PGA Hamburg (BLZ 200 100 20).

Initiative DEMokratie Entwickeln (IDEE) - jetzt in München

Die IDEE - wir haben wiederholt über ihre Aktivitäten berichtet - hat inzwischen ihr Büro von Bonn nach München verlegt. Dort erscheint nach wie vor auch die von der IDEE herausgegebene "Zeitschrift für direkte Demokratie".

Adresse: IDEE e.V., Fritz-Berne-Str. 1, D-81241 München. Tel.: 089-821 17 74. Fax: 089-821 11 76.

Finanzierung der Initiative "Netzwerk Dreigliederung": Etat 94 - Aufruf zum Kostenausgleich

Christoph Strawe

Charakter und Aufgabenfeld der Initiative "Netzwerk Dreigliederung" haben wir im Editorial dieser Nummer noch einmal dargestellt. Dabei wurde auch bereits darauf hingewiesen, daß die weitere Arbeit von der aktiven - auch finanziellen - Unterstützung der Freunde abhängt.

Gemeinsam getragen werden müssen die Kosten für die Informations-, Vermittlungs- und sonstige Arbeit des Büros, die im gemeinsamen Interesse für notwendig erachtet wird. Finanziert werden müssen zum einen die Sachkosten, zum andern müssen auch in angemessenem Umfang die Einkommen derer, die im Büro die Arbeit leisten (d.h. Christoph Strawe und Marita Holst) mitfinanziert werden.

Zur finanziellen Situation

Die bis zum Oktober eingegangenen Beiträge zum Kostenausgleich lagen mit ca. 25.000,- DM deutlich unter dem Etatansatz von 39.500,- DM. Wir mußten uns deshalb für den Rest dieses Jahres zu einem radikalen Sparkurs entschließen. Mit der Herausgabe von Rundbrief 3 und 4 als Doppelnummer vermeiden wir z.B. die Portokosten für eine weitere Versandaktion. Das ist auch deshalb sinnvoll, weil Rundbrief 3 und 4 relativ dicht aufeinander gefolgt wären.

Inzwischen sind weitere 4000,- DM an Kostenausgleichsbeträgen eingegangen. Wenn sich noch einige Freunde entschließen können, für dieses Jahr etwas zu geben oder nachzuschließen, hoffen wir, einigermaßen über die Runden zu kommen.

Wir kommen im neuen Jahr allerdings nicht umhin, den Richtsatz für den Rundbrief auf DM 30,- anzuheben. Das war einmütige Meinung beim Trägerkreistreffen in Frankfurt am 17. Oktober. Auch werden wir in Zukunft für die sehr vorbereitungsintensiven Treffen bzw. Seminare des Netzwerks einen Kostenbeitrag von denjenigen erbitten, die *nicht* an der Kostenumlage teilnehmen (Kostenausgleichbeiträge werden natürlich voll angerechnet!).

Etat 1994

Für 1994 wurde bei dem Trägerkreistreffen am 17.10.93 in Frankfurt folgender Etat einmütig gebilligt:

	Einnahmen	Ausgaben
Sachkosten Rundbrief	12.000,00	12.000,00
Sachkosten allgemein, incl. Büro		8.000,00
Reise-, Verpflegungs- und Unterbringungskosten		2.000,00
Gehaltsanteile und Honorare		25.000,00
Zusammen	12.000,00	47.000,00
<u>Erwartete Unterdeckung</u>		<u>35.000,00</u>

Dieser Betrag muß durch das Kostenausgleichsverfahren aufgebracht werden.

Wir möchten hiermit an alle Freunde herzlich appellieren: Helfen Sie durch Ihren Beitrag bei der Kostendeckung mit! Die Weiterführung der Arbeit im Jahr 1994 kann nur dann sichergestellt werden, wenn sich genügend Menschen finden, die sich an den Kosten beteiligen.

Die Überweisung Ihres Kostenausgleichsbeitrags sollte das Kennwort "Kostenausgleich Initiative 'Netzwerk Dreigliederung'" enthalten. Wichtig: Den Beitrag (Richtsatz 30,- DM) für den Dreigliederungs-Rundbrief können Sie in ihren Kostenausgleichsbeitrag einkalkulieren. Wir rechnen diese 30,- DM dann für den Rundbrief an, so daß Sie nicht zwei Überweisungen tätigen müssen. Sie helfen uns bei der Finanzplanung, wenn Sie auf dem Antwortabschnitt auf der letzten Seite vermerken, wieviel Sie beitragen können. Dies gilt besonders dann, wenn Sie nicht gleich zu Jahresbeginn überweisen wollen. Denn wir können dann Ihr "Kostenausgleichsversprechen" notfalls zur Zwischenkreditierung bei der GLS-Bank verwenden.

Zur Technik des Kostenausgleichs

Ihren Kostenbeitrag setzen Sie nach eigenem Ermessen an. Zielgröße für die Einschätzung bildet das dargestellte Budget für 1994. Bei einer aufgrund der bisherigen Erfahrungswerte hypothetisch angenommenen Zahl von 170 Teilnehmern am Kostenausgleich ergibt sich ein Richtwert von 205,88 DM pro Person. Aufgehen kann die Rechnung in jedem Fall nur dann, wenn der geringere Beitrag von finanziell schlechter gestellten Menschen durch einen höheren Beitrag der Bessergestellten ausgeglichen wird.

Um den buchhalterischen Aufwand gering zu halten, wäre es das Beste, wenn Sie Ihren Jahresbeitrag

nicht stückeln, sondern gleich zu Jahresanfang 1994 überweisen. Falls erforderlich, können Sie aber auch in Raten zahlen. **Nach Ablauf des Jahres 1994 werden wir dann über die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben Rechenschaft ablegen.** (Kostenausgleicher des Jahres 1993 erhalten im ersten Quartal die Abrechnung für das vergangene Jahr.)

Ergibt sich dabei ein Restdefizit, so ist es jedem einzelnen überlassen, ob er zu dessen Deckung beitragen will; eine "Nachschußpflicht" besteht selbstverständlich nicht. Ergibt sich etwa durch höhere Beiträge ein Überschuß, so entscheidet wiederum letztlich der einzelne über seinen Anteil. (Er kann ihn z.B. für das nächste Jahr stehenlassen, falls er ihn nicht zurückhaben will.)

Zur steuerlichen Seite des Kostenausgleichs

Alle am Kostenausgleich beteiligten Menschen, Firmen und Institutionen bilden faktisch eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts als reine Innengesellschaft. Das bedeutet, daß diese Gesellschaft nach außen hin (z.B. einem Finanzamt gegenüber) nicht selbständig auftritt.

Die Kostenbeiträge sollten bei Menschen, Firmen und Institutionen, für die die Beteiligung am Netzwerk in einem Zusammenhang mit ihrer beruflichen bzw. gewerblichen Tätigkeit steht, als Werbungskosten bzw. als Betriebsausgaben steuerlich abgezogen werden. Wo immer möglich, sollte der Kostenbeitrag als Aufwandsgröße fester Bestandteil der Etat-Kalkulation der "Netzwerker" sein - und nicht eine "Restgröße Spende" aus dem sogenannten "frei verfügbaren Einkommen".

Bei gemeinnützigen Einrichtungen ist die Beteiligung am Netzwerk geradezu Voraussetzung für die Erfüllung von Satzungszwecken aus der Anthroposophie heraus.

Auslandsüberweisungen

Um hohe Überweisungsgebühren zu vermeiden, empfehlen wir die Übersendung eines Geldscheins. Falls Sie über ein Postscheckkonto verfügen, können Sie auch auf das Konto-Nr. 278699-707 (C. Strawe Sonderkonto Netzwerk) beim Postgiroamt Stuttgart (BLZ: 600 100 70) überweisen. (Eine Rundbriefabonnentin aus der Schweiz hat uns gerade mitgeteilt, daß die Postschecküberweisungsgebühren nur sfr 2,- betragen). Bitte benutzen Sie das Sonderkonto aber nach Möglichkeit nur für solche Auslandsüberweisungen; ansonsten erbitten wir die Überweisungen auf das Treuhandkonto Czesla (Konto Nr. 11 61 625 bei der Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 600 501 01).

Zur Finanzierung des Dreigliederungs-Rundbriefs

Eine große Bitte: Denken Sie daran, Ihren Beitrag für den Bezug des Rundbriefs für 1994 zu bezahlen. Bezieher, die für das vergangene Jahr 1993 noch nicht bezahlt haben, sind gebeten, dies umgehend nachzuholen.

Wir haben bisher bewußt darauf verzichtet, individuelle Mahnungen für den Rundbrief zu versenden - auch wegen des damit verbundenen Aufwands. Dadurch sind wir natürlich ganz darauf angewiesen, daß jeder Bezieher von sich aus seinen Beitrag dazu leistet, daß der Rundbrief auch weiterhin erscheinen kann.

Wir bitten noch einmal um Verständnis dafür, daß wir den Richtsatz - im Hinblick auf die Kostenentwicklung besonders im Portobereich - auf DM 30,- anheben mußten. Da dieser Betrag gerade die

Sachkosten abdeckt und immer einige Bezieher (Studenten, Arbeitslose usw.) nur einen geringeren Betrag aufbringen können, sind wir natürlich dankbar, wenn Sie Ihren Beitrag höher ansetzen können.

Für Ihre Überweisung benutzen Sie bitte das **Kennwort "Dreigliederungs-Rundbrief"**. Das Kennwort benutzen Sie bitte auch, wenn Sie uns einen Geldschein schicken. "Kostenausgleicher" können - wie gesagt - Ihren Rundbrief-Beitrag in ihren Gesamtbeitrag einkalkulieren.

Alternativen und Arbeitsformen der Dreigliederungsbewegung

Aufgaben im "Superwahljahr" 1994 und darüber hinaus

Seminar, Sonntag, 17. April 1994

Anthroposophisches Zentrum Kassel

Wilhelmshöher Allee 261, D-34131 Kassel

Vorläufiger Ablauf (Entsprechend der aktuellen Entwicklung kann sich die Thematik noch modifizieren):

10.30: Formen des öffentlichen Wirkens für die Dreigliederung - Am Beispiel der Initiative "Schweiz im Gespräch" (Einleitendes Referat: N.N.)

Ca. 12.15 Uhr Mittagspause (Essen in umliegenden Restaurants).

14.00 Uhr: Perspektiven politischer Erneuerung im wiedervereinigten Deutschland (Einleitendes Referat: Otto Ulrich, Autor des Buches "Politik als Kunst", Bonn)

15.30 Uhr Pause.

15.45 Uhr: Alternativen und Arbeitsformen der Dreigliederungsbewegung - Aufgaben im Superwahljahr 94 und darüber hinaus (Einleitendes Referat: Dr. Christoph Strawe).

17.30 - 18.15: Kurzberichte der Teilnehmer.

Im Anschluß Sitzung der Teilnehmer am Kostenausgleichsverfahren (Trägerkreis der Initiative "Netzwerk Dreigliederung"). Aussprache über die bisherige und die weitere Arbeit der Initiative, Stand des Kostenausgleichsverfahrens.

Ende spätestens gegen 20.00 Uhr.

Kostenbeteiligung von DM 80,- erbeten. Für die Teilnehmer am Kostenausgleich ist die Teilnahme frei. Anmeldung über das Netzwerkbüro erbeten. Anfahrtsbeschreibung siehe Seite 35.

Anfahrtsbeschreibung zum Netzwerk-Seminar in Kassel

Das Anthroposophische Zentrum, Wilhelmshöher Allee 261, D-34131 Kassel, ist drei Gehminuten vom ICE-Bahnhof Kassel-Wilhelmshöhe entfernt.

Autofahrer finden eine Orientierung für ihre Anreise auf dem Lageplan. Zum Parken steht eine begrenzte Anzahl von Parkplätzen (kostenpflichtig) auf dem Parkdeck des ICE Bahnhofs zur Verfügung; sonst herrscht die in Städten übliche Parksituation.

Antwortformular

Bitte ausfüllen und einsenden an Initiative "Netzwerk Dreigliederung", c/o Institut für soziale Gegenwartsfragen Stuttgart, Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart

0 Ich beteilige mich am Kostenausgleich 1994 der Initiative "Netzwerk" mit DM
(Konto Nr. 11 61 625, Treuhandkonto Czesla, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 600 501 01)

0 Ich komme zum Seminar am 17. April 1994 in Kassel

0 Bitte schicken Sie mir bis auf Widerruf den "Dreigliederungs-Rundbrief" zu (mein Kostenbeitrag für den Rundbrief beträgt DM /Jahr; Kontonummer s. o.).

0 Bitte schicken Sie mir Expl. Probenummern des Rundbriefs zum Weitergeben (Werbung).

0 Bitte schicken Sie eine Probenummer des Dreigliederungs-Rundbriefs an die folgende Adresse:

Name des Absenders.....
(Name und Adresse bitte in Druckschrift)

Adresse/Telefon.....
(bitte zur Aktualisierung unserer Kartei neue PLZ korrekt eintragen)

Datum, Unterschrift